Willy Klages

Die Geheimorganisationen des globalen NWO-Terrorimperiums

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen vom 17. Dezember 1999 bis August 2000

NWO-Sonderheft Nr. 102

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen vom 17. Dezember 1999 bis August 2000

NWO-Sonderheft Nr. 102

Terror der Antichristen vom 17.12.1999-31.08.2000

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 17. Dezember 1999 bis August 2000	2-9
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 17. Dezember 1999 bis August 2000

> Der Undankbare ist ein Mensch, der etwas für nichts bekommen hat, und der zu denselben Bedingungen mehr haben will.
> *Elbert Hubbard (1856-1915, nordamerikanischer Schriftsteller)*

1999

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.

Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte.

... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.

Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerech-

tigkeit bringen wird".
Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.
Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.
In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."
Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**
... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...
Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...
Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete später über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**
Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.
Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?
Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise

sprachen von einer "bösen Überraschung".
Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.
Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.
Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.
Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.
Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.
Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.
Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?
Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.
Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.
Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.
Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche

nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden.
Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.
Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1999) berichtete am 27. Dezember 1999 über den luxemburgischen Politiker Jean-Claude Juncker (seit 2014 Präsident der Europäischen Kommission): >> **Die Brüsseler Republik**
Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.
Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. …<<
Der französische Historiker Stéphane Courtois erklärte im Jahre 1999 während einer Rede vor der "Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für Internationalen Dialog" (x087/232-246): >>... Mit der Veröffentlichung des Schwarzbuchs des Kommunismus vor fast einem Jahr kam es in Frankreich und Europa, ja sogar in den Vereinigten Staaten, in Brasilien und Asien zu zahlreichen Debatten unterschiedlichster Art: Man hatte es einerseits mit den stupidesten Formen der Polemik zu tun, andererseits kamen aber auch überaus notwendige Grundsatzdiskussionen auf.
Ausschlaggebend für das ungewöhnlich große Ausmaß dieser Debatten sind in erster Linie das Thema und die Art und Weise, wie dieses Thema bisher behandelt worden ist. Mit den Verbrechen des kommunistischen Systems behandelt das Schwarzbuch nämlich einen Bereich, der bisher für die Forschung an den Hochschulen und Akademien nahezu völlig tabu war.
In den vergangenen Jahrzehnten wurden zwar unzählige Abhandlungen über die kommunistische Welt geschrieben, doch abgesehen von einigen wohlbekannten Studien zu ganz bestimmten Schwerpunkten – beispielsweise die Veröffentlichungen von Robert Conquest über den Großen Terror und die sowjetische Kollektivierung oder von Jean-Luc Domenach über den chinesischen Laogai – ist bis jetzt keine Arbeit erschienen, die den ganzen Zeitraum (von 1917 bis heute) und das gesamte kommunistische System (und zwar sowohl der an der Macht sitzenden als auch der für die Machtübernahme kämpfenden Parteien) auf seine kriminelle Dimension hin untersucht hätte.
Neu am Schwarzbuch ist auch die Tatsache, daß es sich hier nicht um eine allgemeine geschichtliche Zusammenfassung der verschiedenen Repressionsformen handelt, untersucht wurden nämlich lediglich Mord- und Todesfälle, die direkt auf die Politik der kommunistischen Machthaber zurückzuführen sind. Zahlreiche weitere Aspekte repressiver Politik – wie etwa die Gefängnis- oder Exilstrafen, die kulturellen Zerstörungen usw. – wurden nicht berücksichtigt.
Im Schwarzbuch werden verschiedene Bereiche angesprochen. Der ursprüngliche Titel – "Le Livre des crimes communistes" (deutsch: "Das Buch der kommunistischen Verbrechen") – hat

dies deutlicher zum Ausdruck gebracht: Das französische Wort "crime" hat nämlich mehrere Bedeutungen. Zum einen bezeichnet es ganz allgemein einen Tatbestand: die Mordhandlung an einer Person. Daneben besitzt das Wort aber auch noch eine juristische Bedeutung: Das französische Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen Verbrechen und Vergehen, und die Tötung stellt das schwerste Verbrechen dar.
Außerdem kennt das Wort "crime" noch einen moralischen Aspekt. Dieser kommt in dem wohlbekannten französischen Ausspruch "Plus qu'une faute, c'est un crime" (deutsch: Das ist kein Fehltritt mehr, sondern ein Verbrechen) deutlich zum Ausdruck. Auch wenn die Autoren des Schwarzbuchs nur den historischen Aspekt - die Ausarbeitung von Tatbeständen - im Auge hatten, ergeben sich aus ihrer Arbeit unweigerlich auch moralische Überlegungen, ja selbst juristische Konsequenzen.
Das Schwarzbuch ist ein Produkt seiner Zeit. Denn es waren konkrete historische Umstände, die zu seiner Realisierung geführt haben. Erst durch das Eintreten von zwei Bedingungen war nämlich die Arbeit am Schwarzbuch möglich geworden.
Wir hätten das Buch sicherlich nie angefangen, wenn das Kräfteverhältnis im Lager der Intellektuellen und innerhalb der Forschung sich nicht grundlegend verschoben hätte. Offenbar vergißt man heute, daß die UdSSR noch vor sieben Jahren die zweitstärkste Weltmacht darstellte und als solche im Zentrum eines stark strukturierten kommunistischen Weltsystems stand.
Zu diesem System gehörten auch Staatsparteien, die in vier Kontinenten an der Macht saßen, ferner ein in der ganzen Welt fest installiertes Netz von mehr als achtzig kommunistischen Parteien und ein Bündnissystem mit nichtkommunistischen Kräften - beispielsweise beim Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus, beim "Kampf für den Frieden" oder etwa bei den Kämpfen der Gewerkschaften.
Dieses System verfügte damals über eine politische Macht und Mittel der propagandistischen Einschüchterung und schuf damit auch im intellektuellen Lager ein Kräfteverhältnis, dem sogar die unabhängigsten Forscher – ob sie wollten oder nicht – unterworfen waren. Kein französischer Universitätsdozent hätte sich vor zehn Jahren in ein so gefährliches Unternehmen wie das Schwarzbuch gestürzt, und außerdem wären damals für ein solches Buch weder ein Herausgeber noch Autoren zu finden gewesen.
Seit sechs oder sieben Jahren hat sich dieses mit einem Schlag außer Kraft gesetzte Kräfteverhältnis umgekehrt. Wir haben es nicht mehr mit einer auf Propaganda, Lüge, aber auch auf administrativen und politischen Druck fußenden Macht zu tun, so wie sie noch bis vor kurzem auf unserer intellektuellen Arbeit lastete. Dies ist natürlich auf den Systemzusammenbruch in Moskau zurückzuführen, aber auch – als zweiten Faktor – auf eine Revolution im dokumentarischen Bereich, die sich in den Jahren 1990 und 1991 abzeichnete und eine Öffnung der Archive der ehemaligen Sowjetunion und der meisten Länder des einstigen Ostens zur Folge hatte.
Natürlich ist der Öffnungsgrad dieser Archive heute nicht überall derselbe, und einige der entscheidenden Archive - etwa das Stalins oder seiner politischen Polizei (Tscheka - GPU - NKWD - KGB) - sind nach wie vor nicht zugänglich.
Trotzdem: Ohne ein Minimum an über alle Zweifel erhabenen neuen Archivbeständen hätte ich nie den Entschluß gefaßt, ein Schwarzbuch zu schreiben. Ohne diese Dokumente hätten wir uns mit einem Gesamtüberblick über die vorhandenen Zeugnisse zufriedengeben müssen. Für die Geschichtsschreibung wäre dies sicherlich von Interesse gewesen, aber die Last der historischen Wahrheit hätte ein solches Buch nicht getragen. Durch die heute zugänglichen Archive kennen wir nämlich unbestreitbare Fakten. Fakten, mit denen die kommunistische Propaganda mangels Beweisen bisher ein leichtes Spiel hatte.
Ich verweise hier lediglich auf die umfangreichen Zeugenberichte über den kommunistischen

Terror, angefangen bei Sergej Melgunows "Roten Terror in Rußland" aus dem Jahre 1924 bis hin zu Alexander Solschenizyns in den siebziger Jahren erschienenen Roman "Archipel Gulag".
Sie alle wurden von den Kommunisten, ihren Freunden und Bundesgenossen pauschal als Machwerke der antikommunistischen und reaktionären Propaganda abgetan. Absolute Verschwiegenheit war übrigens schon immer eine Waffe totalitärer Henker gewesen, besonders dann, wenn es um ihre tatsächlichen Ziele und die dafür eingesetzten Mittel ging, und deshalb ist die Tatsache, daß deren Entscheidungen nun bis ins kleinste Detail nachvollziehbar sind, für die Historiker eine grundlegende Veränderung.
Von einigen geringfügigen und sofort korrigierten Fehlern einmal abgesehen, ist die im Schwarzbuch veröffentlichte Fülle von Information von niemandem ernsthaft in Frage gestellt worden.
Die Reaktionen auf diese Informationsflut waren jedoch äußerst zwiespältig. Einerseits nahm die Öffentlichkeit das Werk triumphierend auf. Dies ist für ein so dickes und relativ teures Werk, für das kein einziger Autor mit großem Namen verantwortlich zeichnet, ziemlich ungewöhnlich.
In Frankreich wurden bereits an die 180.000 Exemplare verkauft, ebenso viele in Italien, und auch in Deutschland steht das Buch sechs Monate nach seiner Veröffentlichung auf den Bestsellerlisten immer noch ganz oben. Auf dieses Buch, das inzwischen in 26 Sprachen übersetzt wird, hatte man ganz offensichtlich gewartet. Auf der anderen Seite entfachte das Buch eine heftige Polemik, auch gegen den einen oder anderen Koautor. Es gab auch Versuche, eine entsprechende Debatte zu verhindern, und in mehreren Ländern war zeitweise sogar das Buch zum Gegenstand einer politischen Debatte geworden.
Die beiden eben genannten Vorbedingungen des Buches – die Umkehrung des bis dahin für den Kommunismus günstigen Kräfteverhältnisses und die im dokumentarischen Bereich einsetzende Revolution – sind also auch Voraussetzung für einen Großteil der heute in den Debatten zur Sprache kommenden Themen.
Auf der einen Seite stehen diejenigen, die nicht begreifen oder nicht begreifen wollen, daß sich mit diesen beiden Bedingungen weitreichende Konsequenzen für die Erforschung der kriminellen Dimension des Kommunismus ergeben, und auf der anderen Seite diejenigen, die diesen Veränderungen Rechnung tragen, um mehr über das fundamentale Phänomen des 20. Jahrhunderts in Erfahrung zu bringen.
Die Erstgenannten sind entschiedene Gegner einer Grundsatzdebatte und inszenieren deshalb eine Polemik der niederträchtigsten Art, die an die alten Methoden der kommunistischen Propaganda erinnert.
In Frankreich haben sie bereits vor der Veröffentlichung des Buches versucht, über Machenschaften und Druckmittel, die selbst in den Forschungseinrichtungen zu spüren waren, einen Konflikt zwischen den Koautoren vom Zaun zu brechen. Man wollte mit allen Mitteln eine Trennung zwischen den "guten" Historikern und dem widerwärtigen Ideologen Courtois, der für dieses Buch die Einführung geschrieben hat. Als ob diese Einführung nicht genau den verschiedenen Texten des Buches entspräche und nicht mit den wichtigsten Autoren ausführlich in der Gruppe diskutiert worden wäre.
Und ebendiese Leute wiesen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und in Italien ständig darauf hin, wie sehr das "Schwarzbuch des Kommunismus" den Rechtsextremismus begünstigen würde. Als ob die Historiker das Ergebnis ihrer Arbeit nur unter Berücksichtigung einer wie auch immer gearteten politischen Wetterkarte veröffentlichen dürften, einer Wetterkarte natürlich, nach der die – meist nur in der Einbildung existierende – rechtsextreme Gefahr immer viel zu bedrohlich ist, um der kommunistischen Frage nachgehen zu dürfen.
Dieselben Leute gingen sogar so weit, zu behaupten, wer das Augenmerk auf die Opfer des

Kommunismus richte, wolle den von den Nazis begangenen jüdischen Völkermord banalisieren. Und selbst in einer so angesehenen Zeitung wie "Le Monde" suggerierte man, daß diese Banalisierung eine heimliche Taktik wäre, um - ich zitiere – "schlicht und einfach im Gedächtnis der Völker die Verbrechen der Nazis durch die Verbrechen der Kommunisten zu ersetzen".
Es begreift wohl jeder, daß die Opfer des Kommunismus die Opfer des Nationalsozialismus in keinster Weise ins Abseits stellen. Andererseits wird jedoch klar, was diese Polemik bezwekken soll: Die Opfer des Nationalsozialismus, über die man seit fünfzig Jahren zu Recht sehr viel spricht, sollen die Opfer des Kommunismus in den Hintergrund drängen, und manch einer sähe es sicherlich gern, wenn man überhaupt nicht mehr über sie sprechen würde.
Vor dem Hintergrund einer solchen Polemik möchte ich lediglich auf drei Fragenkomplexe näher eingehen. Sie beziehen sich im Gegensatz zu den anderen Fragen auf den Inhalt des Buches und verdienen deshalb eine Antwort.
Der erste Fragenkomplex betrifft die Zahlen: Warum konzentriert man sich über weite Strekken der Einführung in so starkem Maße auf die Opferzahlen (zwischen 85 und 100 Millionen)? Stand da nicht ein billiges Geschäftsmanöver im Vordergrund? Wollte man da nicht um jeden Preis mit Sensationen aufwarten? Habe ich, was die Methode angeht, nicht eine "Geschichtsforschung mit dem Taschenrechner" betrieben? So zumindest lautet der mehr als deplazierte Vorwurf eines deutschen Kollegen.
Machen wir uns doch zunächst einmal bewußt, daß der Leser anhand dieses ominösen "Taschenrechners" erfährt, wie zigmillionen unschuldige Männer, Frauen und Kinder ihr Leben auf dem Opfertisch der von ihrer Ideologie überzeugten Einheitspartei lassen mußten.
Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.
Es versteht sich von selbst, daß allein schon die Zahl der Opfer ein Gegenstand der historischen Forschung ist. Hätte das kommunistische System "nur" hunderttausend Menschen das Leben gekostet, hätte es nie ein Schwarzbuch gegeben. Das Problem ist jedoch, daß das System etwa 100 Millionen Menschen umgebracht hat.
Der zweite Kritikpunkt zielt auf die Art und Weise, wie gezählt wird. Zum Teil wirft man mir vor, "Karotten, Rüben und Lauchstangen zusammengezählt zu haben". Ich enthalte mich hier eines Kommentars zu diesem völlig deplazierten Bild, das jedoch über die Denkungsart dieser Kritiker und ihres Respekts gegenüber den Opfern sehr viel aussagt, und möchte hier lediglich die Kriterien der "Schwarzbuch-Zählung" erläutern.
Wir haben die Menschen, deren Tod eine direkte Folge der Politik der kommunistischen Regimes ist, in drei Kategorien eingeteilt: diejenigen, die als Regimefeinde ermordet (erschossen, aufgehängt usw.) worden sind, diejenigen, die man in die Arbeitslager gebracht hatte und die dort infolge der katastrophalen Zustände und miserablen Lebensbedingungen umgekommen sind, und schließlich diejenigen, die den durch die Regierungspolitik (absichtlich oder nicht) ausgelösten großen Hungersnöten zum Opfer gefallen sind.
Das den kommunistischen Regimes sehr wohl anzulastende Massensterben aufgrund der schweren Arbeitsunfälle, der chronisch schlechten Versorgungslage und des fehlenden (nämlich nur den von der Regierung Privilegierten zur Verfügung stehenden) Gesundheitswesens wird im Schwarzbuch nicht berücksichtigt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß die überwiegende Mehrheit der Opfer Arbeiter und Bauern waren und somit zu dem Teil der Bevölkerung zählten, aus dem angeblich auch die Regierung kam und für deren Rech-

te sie zu kämpfen vorgab.
Der letzte Kritikpunkt, auf den ich eingehen möchte, zielt auf die Tatsache, daß in ein und demselben Buch die "kommunistischen Verbrechen" von Regimes abgehandelt werden, die zum Teil recht unterschiedlichen Zeiten und Regionen angehören.
Ist es sinnvoll, fragen unsere Kritiker, die unter Pol Pot und Ceausescu, unter Stalin und Castro, unter Kim II Sung und Mengistu begangenen Untaten unter demselben Begriff ("kommunistisch") zusammenzufassen und gemeinsam abzuhandeln?
Durch seine universelle Zielsetzung und globale Ausrichtung hat der Kommunismus tatsächlich in die unterschiedlichsten Länder eingegriffen, in Länder mit völlig verschiedenen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen und diametral entgegengesetzten Kulturen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß ein gewisser Lenin im November 1917 ein völlig neues Regime errichtet hat, ein Regime, das er im März 1918 zur besseren Unterscheidung von der vorausgehenden sozialistischen Bewegung "kommunistisch" nannte und im Frühjahr 1919 zur Grundlage einer Weltbewegung mit dem Namen "Kommunistische" Internationale machte.
Es entstand eine Weltpartei der "kommunistischen" Revolution, und jede "kommunistische" Partei bildete eine nationale Sektion dieser Weltpartei, in den Anfangszeiten auch die russische Sektion. Das leninistische und später stalinistische Regime hatte recht bald ein Modell erarbeitet, das in seinen Grundelementen in allen kommunistischen Regimes wiederzufinden ist. Im Handumdrehen war das idealtypische Konzept des Totalitarismus geboren: die alle Aufgaben des Staates übernehmende Einheitspartei mit einem allmächtigen Parteiführer, die obligatorische Einheitsideologie und der Massenterror.
In den heute großenteils offen zugänglichen Moskauer Archiven der Kommunistischen Internationale fanden die einen den Beweis und die anderen die Bestätigung dafür, daß die kommunistische Bewegung bis in die sechziger und siebziger Jahre hinein weitgehend von einer Gründergeneration von Männern getragen wurde, die vollkommen der Moskauer Kontrolle unterstanden: Dies gilt für sämtliche Führer der "Volksrepubliken" (Dimitrow, Ulbricht, Gottwald, Rakosi, Bierut, Tito), aber auch für die chinesischen und vietnamesischen Volksführer (Mao, Tschu En Lai, Ho Chi Minh, Kim II Sung) und alle kommunistischen Parteiführer (Thorez, Togliatti, Cunhal, Ibarruri und Carrillo).
Selbst den erst später zum Kommunismus stoßenden Führern aus der Dritten Welt wie Castro, Neto oder Nadschibullah wurden in großer Zahl alte Hasen der kommunistischen Bewegung zur Seite gestellt. Mit dieser sowohl für die Organisationsform als auch für die Doktrin und die strategisch-taktische Linie maßgeblichen sowjetischen Schablone erreichte man trotz aller nationalen Unterschiede eine derart starke Einheitlichkeit, daß man mit Recht nicht nur vom politologischen, sondern auch vom historischen Standpunkt aus von ein und demselben kommunistischen Phänomen sprechen kann. Und eines der gemeinsamen Grundelemente dieses kommunistischen Phänomens war eben der Terror.
Seiner Geschichte und seinen Erfahrungen mit dem Kommunismus (und Nationalsozialismus) entsprechend reagierte jedes Land anders auf die Veröffentlichung des Schwarzbuchs. In Frankreich hat die von den Kommunisten und der extremen Linken entfachte Polemik mit erstaunlicher (und zum Teil verletzender) Heftigkeit Kritikpunkte aufgegriffen und weitergeführt, die schon drei Jahre zuvor in bezug auf Francois Furets "Ende der Illusion" zu hören gewesen waren.
Alle sich als revolutionär ausgebenden Kräfte, die gegenüber unseren demokratischen Gesellschafts- und am Markt orientierten Wirtschaftssystemen radikale, absolute Kritik laut werden lassen, verbündeten sich zum Kampf gegen das Schwarzbuch.
Dazu zählen die orthodoxen Kommunisten, aber auch sämtliche trotzkistische und maoistische Gruppen, ja selbst dem Anarchismus nahestehende Strömungen und Randgruppen der sozialistischen und ökologischen Parteien.

In Frankreich sind das 15 bis 18 Prozent der Wählerstimmen und lautstarke Minderheiten, die ihren Einfluß sogar bei den angesehensten Zeitungen, ja selbst bei der Regierung geltend machen können. Sie brachten sogar den Premierminister dazu, sich wegen der kommunistischen Minister in seiner Regierung glücklich zu schätzen.
In Italien hingegen fiel die Reaktion auf das Schwarzbuch anders aus: Massimo d'Alema, der Vorsitzende der PDS, der ehemaligen kommunistischen Partei, nahm die Veröffentlichung des Schwarzbuchs zum Anlaß, um in der Zeitung "Unitá" einen langen Artikel abdrucken zu lassen. Darin verurteilte er entschieden das leninistische Experiment und bekannte sich erneut zu den demokratischen Idealen und der Marktwirtschaft. Heute ist er Premierminister ...
Auch innerhalb eines Landes kam es zu den unterschiedlichsten Reaktionen. Auf deutscher Seite versuchte man in Berlin, eine öffentliche Debatte über das Buch zu verhindern und die Frage nach der kriminellen Dimension des Kommunismus schlicht und einfach zu verneinen. Hier wird man mit einer kommunistischen Verneinung konfrontiert, die den Forschungen über den Terror und seine Opfer jegliche Legitimität abspricht.
In Frankreich versuchten diese Verneiner neuen Typs mit der Veröffentlichung eines "Schwarzbuchs des Kapitalismus" ein klägliches Ablenkungsmanöver. Das Buch ist jedoch in theoretischer und historischer Hinsicht so schwach, daß selbst die wohlmeinendsten Zeitungen nicht darüber zu berichten wagen.
Es wurden jedoch nicht nur kritische Stimmen laut. Am 18. Juni 1998 fand in Dresden eine bemerkenswerte Diskussionsrunde statt. Fast vier Stunden lang konnte jeder – auch die Kommunisten – vor 600 Zuhörern in aller Ruhe seine Ansichten darlegen. Der ehemalige kommunistische Bürgermeister der Stadt nutzte diese Gelegenheit und stellte sich mutig und in würdiger Haltung seinen Mitbürgern.
Er stürzte sich nicht in eine entehrende Selbstkritik oder in nutzlose Formeln des Bedauerns, sondern stellte sich in aller Öffentlichkeit die Frage, warum er sich in jungen Jahren dem kommunistischen Jugendverband und später der Partei angeschlossen hat, warum er anschließend den Bürgermeisterposten und die Zusammenarbeit mit der Stasi akzeptiert hat und zu welchem Zeitpunkt er schließlich diese Zusammenarbeit aufgekündigt und eine bestimmte Rolle beim Sturz des Regimes übernommen hat.
Dies war direkter Anschauungsunterricht in Sachen Demokratie und zeugt von einem staatsbürgerlichen Selbstverständnis. Hieran zeigt sich deutlich, daß für die Reaktionen auf das Schwarzbuch auch die persönlichen und kollektiven Erfahrungen mit dem Kommunismus maßgeblich sind. In der ehemaligen DDR braucht man bestimmte Gegebenheiten nicht erst lange zu erklären, sie sind allgemein bekannt und zählten für viele zu den ureigensten Erfahrungen. In Berlin hingegen scheinen die jungen Linken aus dem Westteil der Stadt an einer mythischen, völlig realitätsfernen Vision des Kommunismus festzuhalten.
In Lissabon fiel das Erscheinen der portugiesischen Ausgabe des Schwarzbuchs auf ein entscheidendes Datum: Der bedeutende Romancier Jose Saramago, einer der orthodoxesten Mitglieder der Portugiesischen Kommunistischen Partei, war soeben für den Nobelpreis der Literatur nominiert worden. Außerdem hatte man kurz zuvor Fidel Castro auf dem Jahrestreffen der lateinamerikanischen Staatsoberhäupter in Porto wie einen modernen Helden empfangen. Auch hier prallten Mythos und Wirklichkeit hart aufeinander.
Als während des Castro-Besuchs General Pinochet in England verhaftet wurde, sah sich der bekannte Schriftsteller Mario Vargas Llosa veranlaßt, in der spanischen Tageszeitung "El Pais" einen langen Artikel zu veröffentlichen, in dem er die Verhaftung Pinochets guthieß, sich aber gleichzeitig darüber empörte, daß man mit Castro nicht genauso verfuhr.
Vargas Llosa erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß das Regime des Maximo Lider die letzte Diktatur Lateinamerikas ist ...
Die Veröffentlichung des Schwarzbuchs zeigt deutlich, wie jedes Land seinen Erfahrungen

entsprechend reagiert. Entscheidend ist, wie der Kommunismus in die Erinnerung eingegangen ist. In Ländern wie Frankreich und Italien gilt der Kommunismus als die entscheidende Kraft im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus, er steht für den Patriotismus in seiner reinsten Form. Die Erinnerung an den Kommunismus ist in diesen Ländern positiv besetzt.
Mehr noch: In der Erinnerung wird der Kommunismus verklärt und verherrlicht. Eine Verherrlichung, die sogar zunimmt, denn seit zehn Jahren etwa bekommt die "Erinnerung" in unseren Gesellschaftssystemen einen immer höheren Stellenwert. Es besteht die Tendenz, die Arbeit des mit langem Atem forschenden Historikers durch die "Pflicht der Erinnerung" zu ersetzen. Träger dieser Erinnerung sind die Kommunisten und Ex-Kommunisten, die gesamte extreme Linke, aber nicht nur die Linke, sondern auch die Rechte, die sehr viel Respekt vor der kommunistischen Macht hat.
Dieses von den kommunistischen Parteien regelmäßig wieder aufgefrischte und gepflegte Bild der Verklärung hat nie einen Riß bekommen. Wer über irgendwelche dunklen Seiten des Systems informieren wollte, wurde sofort von der kommunistischen Propaganda niedergewalzt. Und da diese kommunistischen Parteien (PCF und PCI) nie direkt an der Macht saßen, waren sie auch nie gezwungen, durch ihre politische Praxis dieses Bild der Verklärung zu zerstören. Sie waren immer fest mit dem demokratischen System verwachsen und mußten, wenn sie keine schweren Sanktionen erleiden wollten, die fundamentalen Regeln dieses Systems respektieren.
Aus diesem Grund kamen die totalitären Züge ihrer Ideologie nie zum Vorschein. - Kurz: Die meisten der im Westen lebenden Anhänger dieses in der Opposition kämpfenden Kommunismus hatten ein nur vages (und vor allem falsches) Bild vom realen Kommunismus. Das Schwarzbuch entsprach ganz und gar nicht diesem verklärten Bild des Kommunismus. Der Konflikt zwischen einem Geschichtsbild, das sich auf Informationen aus den inzwischen geöffneten Archiven des kommunistischen Systems stützt, und einem vor allem die eigene Identität bestimmenden, emotional besetzten Bild der Verklärung war unausweichlich.
Neben diesen unmittelbaren, oft recht oberflächlichen Reaktionen hat das Schwarzbuch auch eine Grundsatzdiskussion ausgelöst und vor allem die alte Streitfrage, inwieweit der Marxismus in die vom Kommunismus eingebrachte kriminelle Dimension verwickelt ist, wieder aufgegriffen. Für einen Historiker ist es natürlich absurd, wenn man Marx' 1848 veröffentlichtes "Manifest der kommunistischen Partei" in welcher Weise auch immer für Stalins Verbrechen von 1948 verantwortlich macht.
Außerdem ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die bedeutendsten Marxisten zur Zeit Lenins die ersten waren, die den 1917 in Rußland von den Bolschewiki eingeschlagenen Weg schwer kritisierten, seien es Rosa Luxemburg und später Karl Kautsky in Deutschland oder Leon Blum in Frankreich. Es gibt jedoch bei Marx eine wissenschaftsgläubig-messianische Seite, welche die historische Notwendigkeit des als Bürgerkrieg verstandenen Klassenkampfes propagierte und so unbestreitbar zum Nährboden für das Vorgehen Lenins oder Stalins geworden ist.
Besonders deshalb, weil Marx in seiner Theorie Realitäten wie die Nation, den Staat und die Demokratie, die in den letzten zwei Jahrhunderten zu den Grundlagen unserer Geschichte wurden, nicht berücksichtigt und aus diesem Grunde seine Forderung nicht relativiert hat. Die marxistische Theorie war voller emanzipatorischer Ansätze, trug aber auch eindeutig totalitäre Keime in sich. Neben der abstrakten Ideologie fehlte gewissermaßen der Blick auf den wirklichen Menschen. Dies brachte Marx dazu, auf den ersten Seiten seines "Manifestes" folgenden, im nachhinein überraschenden Satz zu schreiben:
"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Barone und Leibeigene, ... kurz Unterdrücker und Unter-

drückte standen in einem steten Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen ... Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."
Die Wahl war also bereits klar: entweder der Triumph der Ideologie oder der Untergang der Gesellschaft.
Dies scheint mir der beste Ansatzpunkt für eine gewinnbringende Diskussion zu sein: Was war im historischen Sinne das Neue am bolschewistischen Kommunismus, und was findet man davon in anderen totalitären Phänomenen wieder? In meinen Augen ist es die unbestreitbare Tatsache, daß man nun nach ideologischen und nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten vorging.
Man verabschiedete sich von der modernen, machiavellistischen Vorstellung von Politik, die dank rechtsstaatlicher Formen und einer friedlichen Konfliktlösung auf das Allgemeininteresse ausgerichtet war, und orientierte sich statt dessen an einem archaischen, vom reinen Machtdenken geprägten Politikbild, bei dem das Freund-Feind-Verhältnis als Vorwand diente, um aus jedem Konflikt einen Bürgerkrieg machen zu können. Bei Marx entwickelte sich der Bürgerkrieg sozusagen aus einer natürlichen Bewegung heraus, einer natürlichen Bewegung sozialer und historischer Kräfte.
Lenin hingegen war fest entschlossen, diese Bewegung zu beschleunigen, und führte – ganz gegen die Tradition der Zweiten Internationale – als Ad-hoc-Instrument eine geheime, professionelle Revolutionspartei ein, die sofort nach der Machtübernahme den Staat als rechtsgültigen Ort der Politik ablösen und nicht nur die Gesellschaft, sondern auch den Menschen selbst im Sinne der kommunistischen Ideologie völlig umgestalten sollte.
Marx war Philosoph und Sozialkritiker. Seine Schriften hätten auf Jahrzehnte hinaus den Stoff für interessante Diskussionsrunden liefern können. Lenin hingegen war ein Ideologe der Tat. Er sah sich als Messias des Marxismus und war fest entschlossen, seiner ideologischen Vision der Begriff "Vision" ist hier im eigentlichen Sinne zu verstehen – überall zum Triumph zu verhelfen, notfalls auch mit Terror, wenn es nicht anders zu machen war. Er beschritt so einen Weg, den in der Folge auch andere – beispielsweise Mussolini oder Hitler – recht bald einschlugen.
Diese erste Diskussionsrunde zieht eine zweite nach sich: Es ist der nicht zu umgehende und lohnende Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus. Mit der Veröffentlichung des Schwarzbuchs richtete sich das Augenmerk vor allem auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Völkermord, zwei Phänomene, die zwar in der bisherigen Weltgeschichte auch nicht unbekannt waren, aber im 20. Jahrhundert unter dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus eine starke Intensivierung und Verallgemeinerung erfuhren und deshalb für den Historiker ebenso viele Fragen aufwerfen wie für den Philosophen.
Diese Fragen zielen jedoch weiter: Inwieweit gleichen sich die beiden Systeme in ihren grundlegenden Punkten, die sich keineswegs nur auf den Terror und das Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschränken?
In dieser Frage stelle ich mich ganz hinter Francois Furet, wenn er schreibt:
"Die absurde Ansicht, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus das gleiche seien, wurde noch von keinem ernstzunehmenden Menschen geäußert.
Die Frage ... ist hier vielmehr, ob der Vergleich legitim ist und inwieweit man die Geschichte unseres Jahrhunderts begreifen kann, ohne die beiden Systeme unter verschiedenen Gesichtspunkten miteinander zu vergleichen. Ich wähle ausdrücklich den Begriff "legitim", denn die Kommunisten haben selbst das Ansinnen eines solchen Vergleichs immer mit Entschlossenheit zurückgewiesen."
Als Ergänzung zu Furet möchte ich daran erinnern, daß in diesem Jahrhundert der Kommu-

nismus und der Nationalsozialismus die beiden großen Feinde der Demokratie, des staatsbürgerlichen Selbstverständnisses und der individuellen Freiheit waren. Schon allein aufgrund dieser Tatsache hat es durchaus seine Berechtigung, wenn die sich mit dem 20. Jahrhundert beschäftigende Forschung diese beiden Systeme zum Vergleich einander gegenüberstellt. Bis zu den neunziger Jahren war dieser Vergleich ausschließlich Sache der politologischen und philosophischen Spezialisten gewesen. Denn für den Kommunismus fehlte jegliche Dokumentationsgrundlage.

Mit der Öffnung der Archive können sich nun auch die Historiker endlich an die entscheidende Arbeit machen. Es wird jedoch noch eine Weile dauern, bis man einen mit der am Nationalsozialismus arbeitenden Forschung vergleichbaren Wissensstand erreicht haben wird. Doch trotz dieses ungleichen Forschungsstandes ist der Vergleich Nationalsozialismus/Kommunismus nicht mehr auf den Bereich theoretischer Überlegungen beschränkt. Vielmehr treten wir nun in die entscheidende Phase eines effektiven Vergleichs, und zwar beinahe mit einer Eins-zu-Eins-Entsprechung.

Die kürzlich veröffentlichte Privatdiskussion zwischen Francois Furet und Ernst Nolte zeugt von einer Annäherung der Sichtweisen. Ein wesentlicher Gegensatz bleibt jedoch bestehen: Für Furet liegt dem nationalsozialistischen Vorgehen ein irrationaler Trieb zugrunde. Bei den Kommunisten hingegen sieht er in einem rational begründeten Ideal den Ausgangspunkt des Handelns. Die Frage nach der Tragweite dieser revolutionären Idee und ihrer bewußt angestrebten radikalen Kritik an unseren Gesellschaftssystemen bringt die Diskussion wieder in Gang.

Die Zahl derer, die in der nationalsozialistischen Katastrophe eine logische Folge der nationalsozialistischen Idee sehen, entspricht exakt der Zahl derer, die nach wie vor davon überzeugt sind, daß zwischen der kommunistischen Katastrophe und dem Ideal der auf vollkommener Gleichheit und absoluter Gerechtigkeit beruhenden kommunistischen Gesellschaft kein Ursache-Wirkung-Zusammenhang besteht. Immer noch gibt es viele von revolutionärer Leidenschaft beseelte Menschen, die für die Idee der universellen Befreiung große utopische Vorhaben zur Veränderung unserer unvollkommenen Gesellschaftssysteme unterbreiten.

Manche Leute verweisen auf einen idealen Kommunismus, einen Kommunismus, der nie existiert hat und also reine Fiktion ist, und machen uns Vorhaltungen, weil wir über die Verbrechen des real existierenden Kommunismus berichtet haben. Es sind Leute, die sich als Marxisten und Materialisten ausgeben ...

Die kommunistische Tragödie ist jedoch eine schreckliche Lektion, die jedem begreiflich machen muß, daß die Gesellschaft und auch der Mensch keine vulgären Mechanismen und Organismen sind, an denen jeder im Namen einer Ideologie – ganz gleich ob Klassen- oder Rassenideologie – irgendwie herumexperimentieren darf, sei es nun im genetischen oder soziologischen Sinne.

Natürlich ist die Utopie für denjenigen, der die augenblickliche Situation des Menschen und der Gesellschaft kritisch hinterfragt, ein fundamentales Element. Doch sobald die Utopie sich von ihrer philosophischen Dimension entfernt und sich in einen Machtgedanken und in ein Handlungskriterium verwandelt, löst sie furchtbare Tragödien aus. Dies gilt sowohl für den Kommunismus als auch für den Nationalsozialismus, den man ja durchaus als Utopismus der reinen Rasse betrachten kann.

In diesem Zusammenhang kann man sich sehr wohl vorstellen, zu was für Katastrophen der menschliche Stolz und ein von der Wissenschaft geprägtes Menschenbild mit den Genmanipulationen führen können, zu Katastrophen, die den jeweiligen Zeitgenossen genauso unwahrscheinlich erscheinen wie diejenigen des Kommunismus und des Nationalsozialismus.

Zum Schluß stellt sich die Frage, warum sich so viele intelligente, kultivierte und aufrichtige Menschen auf solche Bewegungen einlassen konnten und es heute noch ablehnen, die tragi-

schen Folgen "ihrer" Bewegung zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn die Verantwortung für sie zu übernehmen.
Die Archive des ehemaligen Ostens – diejenigen von Moskau genauso wie diejenigen von Prag – zeigen die führenden Kommunisten als gläubige Anhänger einer von Lenin gegründeten messianischen Bewegung religiösen Charakters, deren Ziel die proletarische Weltrevolution war.
Marcel Proust schrieb seinerzeit: "Die Fakten dringen nicht in die Welt unserer Glaubensvorstellungen ein."
Die historischen Fakten – auch wenn sie noch so schrecklich und einwandfrei belegt sind – dringen nicht in die Welt der marxistisch-leninistischen (oder maoistischen, guevarischen, trotzkistischen) Glaubensvorstellung der orthodoxen oder kritischen Kommunisten ein.
Ganz gleich, wie groß die Blockaden, Schwierigkeiten und Hindernisse sind, unsere Gesellschaftssysteme kommen um die unvermeidliche historische Aufarbeitung der kommunistischen Tragödie nicht herum. Doch wir Westeuropäer, die wir den Kommunismus nur in seiner abgemilderten Form kennengelernt haben, dürfen das Trauma unserer osteuropäischen Brüder nicht unterschätzen.
Das eklatanteste Beispiel für dieses Trauma ist die augenblickliche Situation in Rußland. Europas tausendjähriges Streben nach Einheit ist 1917 das erste Mal und 1945 das zweite Mal zerbrochen. Wenn wir an diese Einheitsbestrebung wieder anknüpfen wollen, müssen wir uns um eine genauere Kenntnis und ein stärkeres Bewußtsein des kommunistischen Desasters bemühen, damit wir die Opfer der Tragödie genauer verstehen und besser unterstützen können. Wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" auch nur einen bescheidenen Beitrag zur Stärkung dieses Verantwortungsgefühls leisten kann, glauben seine Autoren, ihre Aufgabe erfüllt zu haben.<<
Der deutsche Historiker Horst Möller schrieb im Jahre 1999 in seinem Buch "Der rote Holocaust und die Deutschen über die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/11-16): >>Kann man von "rotem Holocaust" sprechen?
Das "Schwarzbuch des Kommunismus" trägt diese Bezeichnung weder im Titel noch in den Kapitelüberschriften, doch kehrt in der durch das Werk ausgelösten Diskussion diese Kennzeichnung immer wider. ... Sind die Verbrechen kommunistischer Diktaturen derart massenhaft, daß eine ursprünglich für den Massenmord an den Juden verwandte Wortprägung auch das Wesen weltweit millionenfach verübter kommunistischer Verbrechen trifft? ...
Im strengen Sinne singulär (einzigartig) ist jedes der Massenverbrechen, die die totalitären, sich selbst durch eine fanatische Ideologie legitimierenden Diktaturen des 20. Jahrhunderts begangen haben. Durch ihre totalitäre Zielsetzung der Gleichschaltung, die religiöse, soziale, nationale und andere Minderheiten aus der Gesellschaft ausgrenzte, sie diffamierte, entrechtete, vertrieb oder gar ermordete, wurden viele Millionen Menschen planmäßig organisiert zu Opfern, ganz gleich, wie ihre Ermordung motiviert wurde. Um die objektive, empirisch fundierte Analyse kann sich keine ernstzunehmende geschichtswissenschaftliche Interpretation herumdrücken.
Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen – gleich welcher Ideologie, gleich, welchen Herrschaftssystems, gleich, in wessen nationaler Verantwortung sie begangen worden sind – ist ein Prüfstein jeglicher humanitär, ethisch oder politisch motivierter Argumentation: Sie wird unglaubwürdig, wenn sie ausschließlich Verbrechen einer der Diktaturen des 20. Jahrhunderts anprangert, bei anderen aber wegsieht oder sie nicht wahrhaben will. Gefahren für rechtsstaatliche Demokratien gehen von allen Extremismen aus, unabhängig davon, welcher Herkunft, Richtung oder Zielsetzung sie sind.
Die Autoren, die in einer Reihe von Länderstudien die kriminelle Praxis kommunistischer Herrschaftssysteme untersucht haben, machen eine erschreckende Bilanz auf – eine Bilanz,

die sich an der Zahl der Opfer orientiert, die allein durch ihre Zahl eine Wortwahl nahelegt, die der Ungeheuerlichkeit dieser Massenmorde Rechnung trägt. Ob mit Fragezeichen oder ohne: Die Diskussion über den Begriff ist zwangsläufig eine Diskussion über den Inhalt.
Während die Massenmorde der nationalsozialistischen Diktatur von keinem ernstzunehmenden Historiker, Politiker oder Publizisten bestritten oder bagatellisiert werden und sie seit langem im gesellschaftlichen Bewußtsein innerhalb und außerhalb Deutschlands als Wesensmerkmal des Nationalsozialismus gegenwärtig sind, hat sich die Diskussion über die Massenmorde der kommunistischen Regime, sei es zu Zeiten Lenins, Stalins, Maos oder Pol Pots nicht in gleichem Maße zu der Einsicht verdichtet, daß das organisierte Verbrechen ein Wesensmerkmal aller bisher real existierenden kommunistischen Diktaturen gewesen ist, obwohl auch darüber kein Zweifel bestehen kann.
Daher überraschen auf den ersten Blick der Riesenerfolg und die heftigen Kontroversen, die das "Schwarzbuch des Kommunismus" sogleich nach der Publikation in Frankreich 1997 ... gefunden und ausgelöst haben. Schon drei Monate nach Erscheinen waren in Frankreich etwa 200.000 Exemplare verkauft, die deutsche Ausgabe erreichte bis Jahresende 1998 innerhalb von sieben Monaten zehn Auflagen. ... Die Diskussionen in den großen Zeitungen und Zeitschriften erstreckten sich auch in Deutschland zum Teil über Monate.
Was war so überraschend, was so neu? Welche Kenntnis existierte über den totalitären Charakter kommunistischer Diktaturen und ihre Verbrechen? ...
Sieht man einmal von der schieren Größenordnung der im Schwarzbuch dargestellten Opferzahlen (weltweit 80 bis 100 Millionen, die zum Teil nachgewiesen werden, zum Teil auf Schätzungen beruhen) ab, dann handelte es sich hier wie dort im Kern um eine seit langem geführte, immer wieder auflebende Kontroverse.
So hat beispielsweise der ehemalige Kommunist Arthur Koestler in seinem zuerst 1940 erschienen Buch "Darkness at Noon", das 1948 unter dem Titel "Sonnenfinsternis" auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, aus eigener Anschauung über die stalinistischen Schauprozesse in der Sowjetunion während der dreißiger Jahre berichtet, der Tausende kommunistischer Funktionäre – also der eigenen Partei – zum Opfer fielen.
Hannah Arendt, die vom nationalsozialistischen Regime wegen ihrer jüdischen Herkunft in die Emigration gezwungene Philosophin, hat in ihrem zuerst 1951 in englische Sprache, dann bald darauf auch in Deutschland veröffentlichten epochemachenden Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" im Anschluß an das in den dreißiger Jahren zuerst in den USA entwickelte Totalitarismusmodell völlig zu Recht nationalsozialistische und kommunistische Herrschaft gleichermaßen als totalitäre Diktaturen beschrieben und schon damals den "Rassenkampf" des einen Regimes mit dem "Klassenkampf" des anderen verglichen: Seinerzeit führte diese Charakterisierung keineswegs zu heftigen Reaktionen, wie dies während des sogenannten Historikerstreits Mitte der achtziger Jahre gegenüber einer verwandten Begriffsbildung Ernst Noltes der Fall war. ...
Wer die Wahrheit über kommunistische Herrschaft wissen wollte, der konnte sie also längst wissen – aus diesen Büchern wie aus zahlreichen weiteren. Doch darum ging es nicht: Der Kommunismus blieb über Jahrzehnte, wie es Raymond Aaron in seiner 1954 veröffentlichten Streitschrift über die "Sucht nach Weltanschauung" treffend formuliert hatte, "Opium für Intellektuelle", er blieb dies bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa seit 1989.
Manche der kommunistischen Intellektuellen haben sich von dieser Sucht befreit, als sowjetische Panzer (in der Regel durchaus kommunistische) Reform- oder Protestbewegungen niederwalzten: zuerst 1953 in Berlin, dann 1956 in Budapest, schließlich 1968 in Prag, oder als sich der Kommunismus an der Macht als imperialistisch erwies, beispielsweise 1979/80 in Afghanistan oder schon 1950 im Koreakrieg.

Auf der anderen Seite erlangte die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, mit denen erstmals eine amtierende Parteiführung mit den eigenen Verbrechen – genauer, einem kleinen Teil der von Stalin befohlenen Verbrechen – abrechnete, bei ihrem Bekanntwerden eine durchaus ambivalente Wirkung:
Zum einen provozierte die "Entstalinisierung" das Entsetzen über den kriminellen Charakter der Herrschaft Stalins und der Machtinstrumente des Kommunismus, zum anderen eine irrige Schlußfolgerung.
Die neue Illusion leitete aus der vermeintlichen "Selbstreinigung" des Kommunismus die Möglichkeit eines Reformkommunismus mit menschlichem Antlitz ab. So zählte es zu den historisch abwegigen Versuchen, allein die stalinistische Phase der Sowjetunion mit kriminellen Akten in Verbindung zu bringen und Lenin davon freizusprechen. Doch tatsächlich beginnt die rücksichtslose Eliminierung politischer Gegner, der gezielte politische Terror, bei Lenin selbst: Er praktizierte ihn nicht nur, sondern versuchte auch, ihn theoretisch zu rechtfertigen. ...
In Deutschland endete die Debatte über das Schwarzbuch, die durchaus auch rein geschichtswissenschaftlich geführt werden könnte und müßte, bei dem spezifischen nationalen Trauma der nationalsozialistischen Diktatur und der Frage der Vergleichbarkeit – als ob sich etwas an der Beurteilung und Verurteilung nationalsozialistischer Verbrechen änderte, wenn man auch diejenigen des Kommunismus erforscht und darstellt. ... Ein Teil dieser Auseinandersetzung wird paradoxerweise geführt, als ob das Schwarzbuch weniger Theorie und Praxis kommunistischer Herrschaft im 20. Jahrhundert untersuchte als das Thema "Die Deutschen und der Nationalsozialismus".
Tatsächlich aber stellt ein Vergleich – der in keinem Falle eine Gleichsetzung bedeutet – erst die zweite Stufe dar, nachdem ein hinreichender Grad an empirischer Sicherheit in bezug auf die Massenverbrechen des Kommunismus gewonnen ist. Strukturelle Ähnlichkeiten haben schon vor vielen Jahren Historiker vom hohen Rang wie Karl Dietrich Bracher herausgearbeitet. Und heute ist der Vergleich für die Geschichtswissenschaft unentbehrlich.
Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Gelingt der Nachweis, daß alle funktionierenden Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts nicht allein gescheitert sind, sondern – nach Zeit und Ort in unterschiedlichem Ausmaß – Massenverbrechen begangen haben, dann delegitimiert dies alle politischen Zielsetzungen und Parteien, die sich im Prinzip auf marxistische Ideologie stützen. Die heftige Reaktion von dieser Seite ist also verständlich, geht es bei solchen historischen Erkenntnissen doch nicht allein um die Vergangenheit, sondern um Gegenwart und Zukunft. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:
1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.
6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die

Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...
Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.
Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes. Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, " so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 (x887/...): >>**"Den Kampf mit Deutschland beginnen"**
Über das neueste Buch von Wolfgang Strauss "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit"
Nach dem deutschen Historikerstreit der russische, aber der läuft wesentlich anders ab als deutscherseits gewohnt. In seinem neuesten Buch gibt Rußlandkenner Wolfgang Strauß, leidenschaftlich und doch glaubwürdig, ein sehr überzeugendes Bild vom jetzigen Stand der Forschung und von der in diesem Zusammenhang damit geführten Diskussion in Rußland.
Hitlerdeutschland hat die friedliebende Sowjetunion überfallen. Ein Stehsatz der antifaschistischen Zeitgeschichtsschreibung. Hier: der von Haus aus verbrecherische Nationalsozialismus, dort: der im Ansatz gutmeinende, menschheitsbeglückende Kommunismus. Letzteres hörte man gerade erst wieder nach Erscheinen des "Schwarzbuchs des Kommunismus". Auch und besonders in Deutschland. Die Geschichte des II. Weltkrieges wird in Deutschland seit Jahrzehnten nur mittelbar zum Nationalsozialismus mit Hitler als Zentralfigur gesehen.
Jeder Historiker, der aus dem Schatten Hitlers zu treten versucht, wird sofort als Revisionist gebrandmarkt. Aussagen von dieser Seite werden sofort moralisch gewertet und auf ihren ideologiepolitischen Gehalt geprüft. Und dann und wann wurde auch schon einmal versucht, Geschichte mittels Gerichtsurteil zu schreiben. Nicht Historisierung, sondern Instrumentalisierung der Geschichte scheint das Bestreben der deutschen Historikerelite nach wie vor zu sein. Quellenforschung, vergleichende Quellenkritik und -bewertung sowie Zusammenschau des aus den Quellen sich ergebenden Geschehens - ganz unter dem Gesichtspunkt der Belastung Deutschlands - werden von einigen Historikern zu monopolisieren versucht.
Deren eigene politische Einstellung wird mit der vorgeblich unumstößlichen Wahrheit gleichgesetzt, damit deren meist antifaschistische Quelle nicht versiegen möge, werden zweifelhafte Nebenquellen hinzugeführt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen. Der darüber oder deswegen geführte Historikerstreit, bei dem die Wogen scheinheiliger Empörung ziemlich hoch gingen, ist noch gut in Erinnerung.
Völlig anders läuft die Diskussion in Rußland, sehr zum Mißfallen hiesiger Zeitgeschichtler. Zwecks Schadensbegrenzung wird deshalb von deutscher Antifa-Seite wieder scharf quergeschossen: Im Visier unserer vergangenheitsbewältigenden Experten ist dieses Mal die russische Geschichtsrevision, der zufolge Hitler mit seinem "Unternehmen Barbarossa" Stalins Angriffspläne nur zuvorkommen wollte.

Während sich die etablierte deutsche Geschichtsschreibung in dieser Frage vornehmlich auf zweifelhafte sowjetische Aufzeichnungen vor 1989 stützt, hat der Zusammenbruch der Sowjetunion zur Öffnung eines Teils von bis dahin unzugänglichen Quellen (insgesamt fast 14 Millionen Dokumente) geführt, die einen etwas anderen Blick auf die damaligen Ereignisse und handelnden Personen freigeben.
Dies betrifft nicht nur den deutsch-russischen Vertrag vom 23. August 1939, den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, sondern auch die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten bis hin zum Krieg, und davon nicht ganz abstrahiert auch das Bild der beiden beteiligten Armeen. Von entscheidender Bedeutung bleibt dabei natürlich sowohl der historische wie der ideologische und politische Hintergrund, vor dem sich dieses für das russische wie das deutsche Volk verhängnisvolle und blutige Weltkriegsdrama abspielte.
Für die Völker der Sowjetunion hatte das Verhängnis allerdings bedeutend früher begonnen. Es kann nicht mehr geleugnet werden, daß Stalin von Anfang an, nämlich seit 1918, "offenen, massenhaften und systematischen Terror" als ein Mittel der Politik begriff und dafür vehement eintrat. Bereits zum genannten Zeitpunkt trat er für die Liquidierung von "mindestens" zehn Millionen Russen ein, der planmäßig durchgeführte Massenmord an den "Kulaken" hat sich tief in das Gedächtnis des Volkes eingegraben. Sollten unsere antifaschistischen, das Sowjetsystem glorifizierenden Gutmenschen im Westen, von diesen und anderen Verbrechen tatsächlich erst sieben Jahrzehnte später erfahren haben?
Zwecks Schließung möglicher Bildungslücken kann allen linken Freunden ein weiteres Buch zu diesem Thema wärmstens empfohlen werden: Nach Joachim Hoffmanns heftig angefeindetem Grundsatzwerk über "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945", erschienen im Verlag für Wehrwissenschaften, hat sich jetzt Wolfgang Strauss des russischen Historikerstreits sowie der damit zusammenhängenden Themen angenommen. Gewiß auch angeregt durch "die Flut revisionistischer Veröffentlichungen" in Rußland, gibt der engagierte Rußlandexperte einen Überblick über den Stand der bisherigen Forschungsergebnisse.
Für gezüchtigte Ohren deutscher Linksintellektueller Unerhörtes geschieht im Osten: Nicht nur wird offen, ohne heiklen Themen aus dem Weg zu gehen, diskutiert, sondern auch so manches lieb gewordene Klischeebild ohne Rücksicht auf innere oder äußere Befindlichkeiten zertrümmert. Ohne jedoch Partisanenerschießungen oder Razzien durch deutsche Truppenteile zu verschweigen, werden "die von der sowjetischen Propaganda verbreiteten Darstellungen des Besatzungsregimes der deutschen Wehrmacht, die nach ihrem tatsächlichen Charakter 'nichts' mit Greueltaten und Verbrechen zu tun hatte", zu den "verlogensten Themen der traditionellen sowjetischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg" gerechnet.
Gewiß starker Tobak auch für irrlichternde Genossen eines Hamburger Privatinstituts. Wolfgang Strauss charakterisiert den russischen Revisionismus und den Historikerstreit in Rußland folgendermaßen: Worüber auch immer diskutiert werde, über Opferzahlen, Präventivkriegsthese, Stalins Terrorherrschaft oder die Rote Armee, der Diskurs finde im Unterschied zu Deutschland im "herrschaftsfreien Raum statt, ohne Einmischung von Staat, Regierung, Justiz". Es seien sich alle einig, "daß es für die historische Forschung und die öffentliche Debatte keine Tabus geben dürfe, keine Denkblockaden, keine Gedankenverbote, keine juristischen Grenzen der Geschichtsinterpretation und auch kein Odium des Anrüchigen".
Dabei sind, auch wieder anders als in Deutschland (oder Österreich), die Henker von damals, soweit nicht pensioniert, immer noch in Amt und Würden. Und doch: "Gefangene aus politischen, weltanschaulichen, religiösen Motiven - im Rußland von heute unvorstellbar".
Einen wichtigen Aspekt des russischen Revisionismus stellt die Rehabilitierung dar: Waren schon unter Chruschtschow zwischen 1956 und 1961 fast 740.000 Opfer rehabilitiert worden, so kam es unter Gorbatschow erneut zu mehr als 800.000 Rehabilitierungen.
Seit 1991 wurden 2,6 Millionen Anträge auf Rehabilitierung gestellt, nach russischen Recher-

chen leben heute in Rußland "rund 60 Millionen Menschen, deren Angehörige verhaftet, interniert oder erschossen worden sind". In den 5.000 Arbeitsvernichtungslagern vollendete sich bei Hunger und bis zu minus 50 Grad das Schicksal auch für hunderttausende deutsche Soldaten und Zivilverschleppte, insgesamt wurde über mehr als vier Millionen, darunter auch Frauen und Kinder, penibel Buch geführt.
Rund 30.000 deutsche Kriegsgefangene sind zwischen 1941 und 1950 als angebliche Kriegsverbrecher verurteilt worden, Tausende Todesurteile wurden vollstreckt, "die meisten von den Verurteilten zur Zwangsarbeit in die Todeslager der Polarzone geschickt". Der sogenannte "Ukas 4" vom April 1943 öffnete der Willkür Tür und Tor. Schuldige wurden im Falle eines Todesurteils aufgehängt und zur Abschreckung drei Tage hängen gelassen. Für die meisten unschuldig Verurteilten zwar zu spät konstituierte sich erst 1993 in Moskau eine Sonderabteilung der Militärstaatshaft zur "Rehabilitierung" auch ausländischer Staatsbürger.
Mittlerweile wurden Tausende Deutsche (und Österreicher) rehabilitiert. Darüber wird in der "Anti-Wehrmachts-Show" der Herren Reemtsma und Heer allerdings nicht aufgeklärt. Es mußte ein französischer Linker, der Autor des "Schwarzbuchs", kommen, um das sowjetische System mit seinen mindestens 70 Millionen Opfern als das schrecklichste der Weltgeschichte in allen seinen widerlichen Ausprägungen anzuprangern und Stalin - laut Stephan Courtois ein größerer Verbrecher als Hitler - für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mitverantwortlich zu machen.
Denn auch das ist ein Ergebnis des russischen Revisionismus: Stalin plante den Angriffskrieg gegen Deutschland, und dies habe eben jetzt als geschichtliche Wahrheit zu gelten. Lange vor dem Nichtangriffspakt und auch danach wurden vom sowjetischen Generalstab militärische Offensivpläne mit Überfallcharakter ausgearbeitet, Kriegsvarianten Stalin vorgelegt, und dies bereits im März 1938!
Die Variante vom 18. September 1940 ging bereits ins Detail und hatte eindeutig Deutschland als Angriffsziel. Am 15. Mai 1941 schließlich heißt es in einer Analyse eines von Stalin gebilligten Agressionsplanes: "Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion bei einem Krieg mit Deutschland und seinen Verbündeten".
Aus den Dokumenten gehe eindeutig hervor, so der Historiker Petrow, daß die "Sowjetführung eine Angriffsfront formierte". Stalin war zum Erstschlag entschlossen, wurde aber vom "rasanten Vormarsch" der deutschen Panzergruppen überrascht. Der Diktator war auf Angriff, nicht auf Verteidigung eingestellt.
Der Ansicht ist auch Oberst i.R. Verlij Danilow, der im übrigen auch die Kernthese Viktor Suworows - bekannt durch sein Buch "Eisbrecher" -, wonach Stalin einen Schlag gegen Deutschland praktisch vorbereiten ließ, für völlig glaubwürdig hält. Bereits am 5. Mai hatte bekanntlich der Sowjetführer, über Jahrzehnte als "Väterchen Stalin" verniedlicht, anläßlich einer Absolventen-Feier - nach Erinnerungen eines Teilnehmers - vom "ideologischen und praktischen Vormarsch" gesprochen, und davon, "daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen".
Danilows Schlußfolgerung: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele (darunter die Sowjetisierung Deutschlands, Anmerkung) einschließlich der Weltrevolution". Und dazu war ein Weltkrieg unumgänglich. Verteidiger des herkömmlichen, noch von den Kommunisten veröffentlichten Geschichtsbildes, bezichtigt Oberst Danilow ganz offen der Geschichtslüge und zitiert ausführlich aus dem Aufmarschplan des sowjetischen Generalstabs vom 15. Mai 1941, in dem wörtlich von einem Erstschlag gegen die Wehrmacht die Rede sei.
Der Mehrheit der Russen dürfte es verständlicherweise momentan ziemlich egal sein, wer den Krieg auslöste, denn ihnen geht es jetzt erst einmal um das tägliche Überleben, versöhnt haben sie sich mit dem deutschen Volk ohnehin schon längst. Der deutsche Soldat hat in ihren Au-

gen wie der russische für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft - Ausnahmen gibt es in jeder Armee, soviel wissen die Russen wie andere ehemalige Gegner auch. Vielleicht schlägt diese Überzeugung auch in Deutschland einmal tiefere Wurzeln, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß eine rotgrüne Regierung daran ein größeres Interesse haben könnte als die vorangegangene Regierung Kohl.
Das russische Volk, das in seiner Geschichte so viele Opfer bringen mußte, dem gut sieben Jahrzehnte ein mörderisches System aufgezwungen wurde, ein Volk, das im sogenannten "Vaterländischen Krieg" beinahe verblutete, hat heute andere Sorgen: Es möchte endlich nach seiner Facon selig werden. Die Wiederbesinnung auf die "russische Philosophie" und alte heilige Werte ist aber zugleich eine Absage an neue internationalistische Beglückungsmodelle, welchen Ursprungs auch immer diese sein mögen. Diese Erkenntnis, so meint Wolfgang Strauss, vereine "alle Kontrahenten im russischen Historikerstreit".
Wolfgang Strauss: "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit", mit Dokumenten-Abdruck, Bibliographie und Personenregister, Herbig, 1998, 208 Seiten.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>**Kränkelnde Frühgeburt**
Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich
von BRUNO BANDULET
Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.
Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.
Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.
Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteigen. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.
Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.
Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.
Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital

der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.

Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.

Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.

Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.

Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.

Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.

Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.

In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.

Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.

Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsa-

che, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.
Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.
Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.
Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.
Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.
Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.
Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.
Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.
Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.
Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre

fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen verletzlich aus."
Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.
Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.
Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<
Kurt Quadflieg berichtete im Jahre 1999 in seinem Buch "SODOM UND GOMORRAH HEUTE" (x913/…): >>**SODOM UND GOMORRAH HEUTE**
Im Vorfeld der Apokalypse …
Es wird sein wie in den Tagen Lots: Sie aßen und tranken, sie kauften und verkauften, pflanzten und bauten, bis zu dem Tag, als Lot die Stadt Sodom verließ. Da regnete es Feuer und Schwefel vom Himmel, und alle kamen um. Genau so wird es an dem Tag sein, an dem der Menschensohn erscheint (Lukas 17, 28-30).
Gott hat die Städte Sodom und Gomorrah zum Untergang verurteilt und sie in Schutt und Asche sinken lassen. Er hat an diesem Beispiel gezeigt, wie es den Gottlosen ergehen wird (2. Petrus 2, 6).
VORWORT
Dieses Buch ist eine Herausforderung an alle wiedergeborenen Christen, in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Verfallserscheinungen das Evangelium aggressiver und konsequenter zu präsentieren. Wir dürfen dem Zeitgeist nicht erliegen und einer falsch verstandenen Toleranz zu huldigen.
Wo staatliches Gesetz und Recht der Heiligen Schrift und den Geboten Gottes zuwiderlaufen, müssen wir unsere Stimme dagegen erheben ist Verweigerung angesagt. Wir Christen wollen "der Stadt Bestes" (Jeremia 29, 7) und dasselbe auch für unser Land und Volk. Deshalb beten wir für alle Menschen, insbesondere für alle Regierenden, wie es uns die Schrift gebietet. Das heißt aber nicht, daß diese ihr Tun nicht auch messen und beurteilen lassen müssen an dem Wort der Wahrheit, der Heiligen Schrift.
In dem vorliegenden Buch werden Fakten angemahnt, die sicherlich nicht den Beifall eines jeden finden werden. Wer jedoch im glaubensgestärkten Aufblick zu seinem Herrn den Tod nicht fürchtet, ist nur schwer zu erschrecken. "Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht" (2. Timotheus 1, 7).
Gottlob Ling, Pforzheim, Verleger
ZUM GELEIT
Hesekiel, der dritte große Prophet des Alten Testaments, war von Gott dazu berufen, das Volk

Israel zu warnen. "Sie sind ein widerspenstiges Volk, das sich gegen mich auflehnt … frech und trotzig … Sage die Botschaft von mir weiter, damit sie wissen, was auf sie zukommt", lesen wir dazu im 3. Kapitel des Buches Hesekiel. Und im Vers 18 auferlegt Gott dem Propheten noch einmal ganz deutlich die persönliche Verantwortung für das Schicksal der Menschen seines Volkes: "Wenn ich dem Gottlosen sage: Du mußt des Todes sterben! und du warnst ihn nicht, damit er am Leben bleibe so wird der Gottlose um seiner Sünde willen sterben, aber sein Blut will ich von deiner Hand fordern."
Bei dieser eindringlichen Warnung Gottes geht es im Hintergrund um die Katastrophe, die Jerusalem kurz darauf treffen sollte, als Folge der Gottlosigkeit der Menschen. Auch in unseren Tagen gebietet uns die Bibel ein Wächteramt, das uns veranlassen soll, die Mißstände und das Unrecht in der Welt aufzudecken und die Menschen vor dem drohenden Absturz in die Katastrophe zu bewahren.
Wir leben heute in ähnlichen Verhältnissen wie damals die Israeliten, bevor Gott sein Strafgericht über dieses Volk aussprach und es in die Gefangenschaft nach Babylon verschleppen ließ. Die Parallelität mit unserer heutigen Welt ist unübersehbar.
Die fast unbeschreibliche sittliche Verwahrlosung in unseren Tagen entspricht in zunehmendem Maße den erschreckenden Verhältnissen im damaligen Jerusalem, das in Hesekiel 16 mit einem treulosen Weib verglichen wird. Infolge der schändlichen Abtrünnigkeit von Gott seien dort die Zustände schlimmer als in Sodom gewesen. Dabei wird in der Bibel die Allegorie mit verblüffender Offenheit durchgeführt, weil wohl nur durch eine stellenweise schockierende Darstellung die damaligen Verhältnisse, die ganze Dekadenz der Gesellschaft, beschrieben werden konnte.
Als wäre man aus dem Jerusalem vor zweieinhalbtausend Jahren in eine Großstadt unserer Tage versetzt, lesen wir im Buch des Propheten: "An jeder Straßenecke hast du deine Hurenlager aufgeschlagen und hast deine Schönheit in den Schmutz gezogen. Du warst unersättlich und … du hast deinen Ehemann mit fremden Männern betrogen, und während man eine Hure bezahlt, da hast du deine Liebhaber noch mit Geschenken angelockt. … Ich verfahre mit dir, wie es das Gesetz für eine Ehebrecherin und Mörderin vorschreibt. Weil du meinen Zorn gereizt und meine Eifersucht geweckt hast, verurteile ich dich zum Tod."
Das angedrohte Gericht ist dann über diese entartete Generation auch unerbittlich hereingebrochen. Auch heute, in unseren Tagen, hat die totale Demontage moralischer Werte bereits Ausmaße erreicht, die an die Verhältnisse zur Zeit Hesekiels und die vor der Sintflut erinnern, wo Gott wegen des schamlosen Treibens der Menschen sagen mußte: "Ich will sie vertilgen von der Erde …" (1. Mose 6, 7).
Die Boshaftigkeit der Menschen ist heute dieselbe wie in biblischen Zeiten und sie eskaliert augenscheinlich. Politisch, moralisch und auch religiös befindet sich diese Welt, die mit atemberaubendem Tempo ihrem Ende zugeht, in den Fängen antichristlicher Machenschaften. Es ist längst Mitternacht auf der Weltenuhr.
Als die Jünger Jesu auf dem Ölberg in Jerusalem ihren Herrn fragten, was das Zeichen sein wird für sein Kommen und für das Ende dieser Weltzeit, da verwies er auf eine Reihe von Drangsalen, die über all jene kommen werden, die den Sohn Gottes abgelehnt haben. Und weil auch die Gottlosigkeit überhand nehmen und die Liebe unter den Menschen verkümmern wird, wird es eine Zeit moralischer Verdorbenheit wie nie zuvor sein. In diesen Tagen leben wir bereits. Dies zeichnen auch die Bilder und Geschehnisse in den nachfolgenden Kapiteln dieses Buches.
Jesus hat uns nachdrücklich aufgefordert, auf die Zeichen der Zeit zu achten, und im Gleichnis vom Feigenbaum kleidet er seine Mahnung zur Wachsamkeit in die Worte: "Denn wie es in den Tagen Noahs war, so wird auch sein das Kommen des Menschensohnes" (Matthäus 24, 36-40). Auch Paulus und andere Apostel haben die Mißstände und den Abfall vom Glauben

angeprangert, der am Ende der Zeiten in nie zuvor dagewesenem Ausmaß vorherrschen wird. Sie haben unablässig gegen die Zersetzung und Auflösung der Gebote Gottes gepredigt. Dies verpflichtet auch uns, im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber zu warnen und auf die Zustände hinzuweisen, die die prophetischen Aussagen der Schrift bereits überdeutlich kennzeichnen.

Den Charakter unserer Zeit kann nur derjenige richtig erkennen, der die Heilige Schrift kennt. Der natürliche Mensch versteht nichts vom Geist Gottes, sagt uns die Bibel. Er kann hinter dem vordergründigen Geschehen nicht die unheimlichen Entwicklungen im Hintergrund durchschauen. Allein der Heilige Geist führt in alle Wahrheit.

Christen wissen, die Bühne für das letzte große apokalyptische Szenarium ist vorbereitet und sämtliche Mitwirkenden haben bereits ihre Plätze eingenommen. Was wir heute erleben, ist die größte Manifestation von Gottlosigkeit, Ungerechtigkeit, Zügellosigkeit und moralischer Entartung, die die Welt je gesehen hat. Der Schriftsteller **Wolfgang Borchert** hat dies einmal auf den Punkt gebracht: **"Wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung. Wir sind die Generation ohne Gott."**

Aus der Fülle der aktuellen Themen, in bezug auf den Zustand der völligen Degeneration unserer Gesellschaft, konnten in diesem Buch natürlich nur Fragmente zur Illustration angeführt werden. Das tatsächliche Ausmaß der Sündhaftigkeit und Gottabwendung kann bestenfalls erahnt werden. - Der Verfasser

Welt ohne Gott

Vor einiger Zeit las man in christlichen Zeitschriften Schlagzeilen wie: "Gott hat in Deutschland die Mehrheit verloren." Oder: "Nur noch ein geringer Prozentsatz glaubt an Gott." Die Gottlosigkeit schreitet in unserem Land immer weiter voran. Der Mensch hat sich von Gott emanzipiert. Er hat Gott ganz einfach abgeschrieben, will nichts mehr mit ihm zu tun haben. Er hat den lebendigen Gott durch die Götzen unserer Tage ersetzt. Heute wird nur noch der Lebensstandard angebetet.

Selbst vor den Kirchen macht der Atheismus nicht halt. Während nur 26 Prozent der Bundesbürger an Jesus Christus glauben, wird er lediglich noch von etwas mehr als der Hälfte der Kirchenmitglieder als Sohn Gottes anerkannt. Die meisten Menschen sind nicht in der Lage, auch nur die Hälfte der Zehn Gebote anzugeben oder die vier Evangelien zu benennen. Sieben von zehn Deutschen wissen nicht, wer die Bergpredigt gehalten hat. Traditionelle christliche Wertvorstellungen und Glaubenssysteme bleiben zunehmend auf der Strecke.

Der ehemalige britische Missionar in Indien, Leslie Newbigin, sieht in der herausforderndsten missionarischen Aufgabe unserer Zeit die Mission in den westlichen Ländern. Er schreibt: "Der größte Teil Westeuropas ist im Bann eines aus der Ablehnung des Christentums entstandenen Heidentums. Dieses postchristliche Heidentum ist daher weitaus schwieriger zu durchdringen und resistenter gegenüber dem Evangelium als das prächristliche Heidentum, mit dem sich die Missionare der letzten 200 Jahre im Ausland zu befassen hatten."

Zu dieser erschütternden Tatsache kommt, daß inzwischen auch die Geistlichkeit in zunehmendem Maß Abschied vom Christentum genommen hat. Humanismus und zerstörerische Bibelkritik unterhöhlen den Glauben unserer Väter. Die neutestamentliche Lehre wird von der liberalen Theologie verdrängt und macht immer stärker einem volkskirchlichen Pluralismus Platz.

Immer mehr maßgebliche Kirchenführer verneinen neuerdings sogar den Absolutheitsanspruch Christi. So zum Beispiel die Generalsekretärin der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), die unter anderem aufforderte, die Lehrverurteilungen zwischen den Religionen aufzuheben und eine "Toleranzerziehung in den eigenen Reihen durchzuführen". Zur ACK gehören sämtliche evangelische Landeskirchen und fast alle Freikirchen sowie die katholische und orthodoxe Kirche.

Ein weiterer prominenter Vertreter der Kirchenhierarchie, der mit dem Absolutheitsanspruch Christi Schwierigkeiten hat, ist der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD Klaus Engelhardt. Als er in einem Interview gefragt wurde, was im innerreligiösen Dialog der Absolutheitsanspruch des Christentums, wie er im Neuen Testament zum Ausdruck kommt, überhaupt noch bedeute, da meinte der Kirchenobere, daß dies unter keinen Umständen bedeuten würde, "den anderen zu vereinnahmen". Mit einer solchen Feststellung wird der Missionsbefehl Jesu, der in der Bibel als betont vordringlich gilt, offen sabotiert.
Bei den ökumenischen Einheitsbestrebungen für eine antichristliche Weltreligion wird Jesus Christus, der von sich sagte, daß nur er die Wahrheit ist, natürlich immer mehr zum Störfaktor Wenn aber an die Stelle der Heiligen Schrift und ihrer von Gott gegebenen Aussagen ein anderes Evangelium tritt, dann gerät die Kirche unweigerlich in Gefahr, zu einer Institution Satans zu werden.
Engelhardt, der sich als einen "modernen Menschen" bezeichnete, sagte in dem genannten Interview weiter: "Ich selbst bin dankbar, daß ich in meinen Studien die historisch-kritische Auslegung der Bibel kennengelernt habe. ..." Es verwundert somit auch keineswegs, daß gerade unter seiner Amtszeit der christliche Grundkonsens, auf dem unsere Gesellschaft jahrhundertelang aufgebaut war, immer mehr abgebröckelt ist.
Bei der weiteren Frage: "Wenn Sie jetzt ein Moslem fragt, ob er auch in seinem Glauben selig werden kann, oder ob er dazu unbedingt Christ werden müsse, was würden Sie ihm antworten?" wand sich Engelhardt mit den bezeichnenden Worten: "Ich werde hier nicht einfach mit ja oder nein antworten …" Also auf jeden Fall kein Ja, was natürlich auch eine unmißverständliche Antwort ist. Es ist angebracht, sich an dieser Stelle daran zu erinnern, daß Jesus einmal gesagt hat: "Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. ..."
Das gilt übrigens auch für die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, die nicht nur als schriftverachtende Feministin und für ihr Engagement für die "gesellschaftlichen Randgruppen" der Schwulen und Lesben bekannt ist. Darüber hinaus lehnt sie den Absolutheitsanspruch des Christentums mit der Bemerkung ab, das sei "Glaubensarroganz".
Einer der mit ihr sympathisierenden Pfarrer und Synodale der Nordelbischen Kirche hat ein Buch geschrieben, in dem auch er die Christen auffordert, ihren Absolutheitsanspruch aufzugeben. Jesus Christus sei nur "einer von vielen. … Im Rahmen eines spirituellen Supermarktes wird Christus gleichgestellt mit Religionsstifter und Idolen wie Buddha, Mohammed, dem Dalai Lama und Prinzessin Diana.
Ich las dieser Tage in einer christlichen Zeitschrift von einem Mann, der sich nicht damit abfinden konnte, daß in zunehmendem Maß behauptet wird, alle Religionen seien legitime Heilswege und göttliche Offenbarungen. Um diesen fundamentalen Irrtum beispielsweise an den Aussagen des Islam aufzuzeigen, gab er in seiner Heimatzeitung ein Inserat auf, in dem er lediglich zwei Suren aus dem Koran anführte: "Darum haut ihnen die Köpfe ab und haut ihnen alle Enden ihrer Finger ab (8, 13)" und "Schlagt sie tot (die Juden und Christen), Sure 2, 187". Dazu gab er bewußt seine Telefonnummer an.
"Das Echo war riesig", schreibt er später. "Das Telefon klingelte noch nach zehn Tagen. Ich wurde meistens beschimpft. Als ich versuchte, noch einmal ähnliche Annoncen aufzugeben, wurde mir von der Zeitungsredaktion mitgeteilt, daß man ab sofort keine religiösen Anzeigen mehr annehmen würde …
Im August fand im Rathaus von Lennestadt eine als Islamausstellung getarnte Islammission statt, die ich auch besuchte. Als Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen den Islam in den Himmel lobten, griff ich Mohammed, Allah und den Koran an, worauf ich mit heftiger Kritik bedacht wurde. Als zum Schluß der Moderator der Diskussion mit einem Gebet zu Allah endete, fragte ich, ob ich denn nun auch zu Jesus Christus beten dürfte. Daß man mich nicht gesteinigt hat, lag wohl an dem Mangel an Steinen im Rathaus …"

Und das mitten im Land der Reformation. Auch hier haben wir ein typisches Spiegelbild unserer geistlichen Landschaft und davon, wie versucht wird, die biblische Lehre immer mehr zu unterhöhlen. "Den Herrn, deinen Gott, sollst du anbeten und ihm allein dienen", ermahnt uns Jesus in Matthäus 4, 10, und im Buch der Offenbarung lesen wir: Fremde Religionen sind "Wohnstätten der Dämonen, Schlupfwinkel für unreine Geister" (18, 2).
Gegen Jesus und seine göttliche Autorität stellte sich auch die Evangelische Familienhilfe in Bremen, die genau am 26. November 1996 den Namen Jesu Christi aus ihrer Satzung gestrichen hat. Begründet wurde dies damit, daß sich "aus dem Namen Christus ein männlicher Herrschaftsbegriff" ableiten lasse. "Bremer Richterspruch über Jesus Christus" betitelte eine Zeitung diesen Abschied einer sich Christen nennenden Gemeinschaft vom Sohn Gottes.
Gottes Gebote gelten heute im christlichen Abendland kaum noch etwas und sind keinen Pfifferling mehr wert. Der Mensch hat sie längst abgeschafft und durch seine eigenen ersetzt. Pastor A. Dächsel hat vor fast genau hundert Jahren geweissagt: "Christus wird wie ein Sturmlauf aus dem Staate, aus dem Hause, aus der Schule und selbst aus der Kirche hinausgedrängt werden, damit der materialistische, von Gott sich lossagende Zeitgeist alle diese Gebiete in Besitz nehme." Nur ein Blinder nimmt diese Zeichen heute nicht wahr.
Die Bibel sagt, daß ein Volk ohne Gott in die Irre geht. Christian Morgenstern hat einmal geschrieben: "Es gibt für Unzählige nur ein Heilmittel - die Katastrophe." Die Menschen bereiten sich ihre Hölle selbst. Es war **Dostojewski,** der gesagt hat: "Die Hölle ist da, wo Gott nicht mehr hinsieht …"
Die eigentliche Krise hat eine geistige und geistliche Dimension. Es ist der Säkularismus und die Permissität der Gesellschaft. Die Bibel unterstreicht dies unter anderem auch im Buch des Propheten Jeremia, im 2. Kapitel, über das untreue Volk, wo Gott sagt: "Deine Bosheit ist schuld, daß du so geschlagen wirst, und dein Ungehorsam, daß du so gestraft wirst. Und du mußt innewerden und erfahren, was es für Jammer und Herzeleid bringt, den Herrn, deinen Gott, zu verlassen und ihn nicht zu fürchten".
Mit ungeheurer Wucht überrollt eine gewaltige Lawine der Gesetzlosigkeit und Sittenlosigkeit unser Land und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens. Zuerst wurde die Gotteslästerung freigegeben. Später bildhafte Darstellung von Unzucht. Alsbald Abtreibung als Mord im Mutterleib. Ihm folgten perverse Geschlechtlichkeit wie Homosexualität und Lesbianismus. Und sexueller Umgang mit Tieren und Verwandten ruft schon nach Legalität. Diese Reihe ist zwangsläufig. Wenn es soweit ist, hat die Welt den gleichen Zustand erreicht wie die Menschheit vor der Sintflut und die Städte Sodom und Gomorrah vor ihrem Untergang. Es gibt nur noch eine Steigerung nach unten in offener Anbetung Satans und des Antichristen.
Es ist für den Durchschnittsbürger in unserem Land ein kaum zu ertragender Schock, wenn in den Massenmedien, wie zum Beispiel im Fernsehen, immer offensichtlicher und in zunehmendem Maß lesbische und homosexuelle Lebensweisen als völlig normal und gesellschaftsfähig dargestellt werden, und zwar mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit, die gleichzeitig ein Höchstmaß an abscheulichen und widerwärtigen Details körperlicher Perversion schamlos und ungeniert demonstriert.
Vor nunmehr über 20 Jahren wurden unter dem damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) die Schleusen zur "Entrümpelung des Sexualstrafrechts" geöffnet. Er meinte, man könne einer modernen Gesellschaft keine christlichen Lebensnormen mehr zumuten. Und dann verloren nach und nach noch viele weitere christliche Normen ihre Bedeutung.
Es war einer der ranghöchsten katholischen Theologen, Joseph Kardinal Ratzinger, der den Satz prägte: "Ein Staat, der von Gott nichts mehr wissen will und nur auf Mehrheitsmeinungen aufbaut, sinkt zur Räuberbande ab."
Man spürt es heute überall, wie der Hauch der Hölle bereits über diese Erde streift, wie die

dämonische Welt sich zum Endspurt rüstet. Wir stehen im "Krieg". Alle Lebensgebiete des Menschen sind einbezogen. Die Erde ist das gewaltige Operationsgebiet dieses Endkampfes zwischen Satan einerseits und dem Nazarener und den Heiligen andererseits.
Es gibt kaum noch Tabus in jüngster Zeit. Immer nachhaltiger wird die Frage aufgeworfen, ob die Nennung Gottes im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch berechtigt sei. Man müsse ernstlich darüber nachdenken. In der Präambel des deutschen Grundgesetzes von 1949 heißt es unter anderem, daß sich das deutsche Volk dieses Gesetz "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott" gegeben hat.
Angesichts der auffallend zunehmenden Gottabwendung der verantwortlichen Politiker muß man sich heute ernstlich fragen: Wie würde wohl heute die Präambel des Grundgesetzes einleitend formuliert werden? Vor über vier Jahrzehnten haben sich die Deutschen noch auf ihren christlichen Ursprung besonnen und die Verfassung mit der "Verantwortung vor Gott" beginnen lassen. Aber inwieweit betrachten sich Politiker und Staatsdiener in Deutschland heute noch daran gebunden?
Der ehemalige Generalsekretär der FDP, Günter Verheugen, schreibt: "Für mich ist ganz klar, daß es in der Verfassung … keine Berufung auf Gott geben darf." Derselben Meinung sind auch die Grünen, die außer der Streichung des Gottesbezuges aus dem Grundgesetz auch den Paragraphen 166 StGB abschaffen wollen.
Nach dieser Gesetzesvorschrift macht sich strafbar, wer das religiöse oder weltanschauliche Bekenntnis anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Man sagt heute, der § 166 beschneide die "Meinungs- und Kunstfreiheit". Er gehöre längst in die Mottenkiste. Es ist offensichtlich die Absicht dieser Leute, christlich abendländische Werte systematisch zu zersetzen.
Zur verheerenden Entwicklung in unserer Gesellschaft und deren fatalen Folgen schreibt L. Ravenshill in "Sodom hatte keine Bibel": "Welche Verpflichtungen sollte Gott eigentlich einem Volk gegenüber haben, dessen vielfältige Sünden eines einzigen Tages größer sind als alle, die in Sodom und Gomorrah in einem Jahr begangen wurden? Wenn wir dann außerdem noch bedenken, welches Vorrecht wir genießen, weil bei uns seit Jahrhunderten das Evangelium von Jesus Christus gepredigt wird, das Sodom nie zu hören bekam.
Sodom hatte keine christlichen Gemeinden und Kirchen. Wir haben viele Tausende. Sodom hatte keine Bibeln. Wir haben Millionen davon. Sodom hatte keine Pastoren und Verkündiger des Evangeliums. Wir haben Zehntausende. Sodom hatte keine Universitäten mit theologischen Fakultäten, keine theologischen Seminare und Bibelschulen. Wir haben davon eine ganze Anzahl. Sodom hatte keine Möglichkeit, die christliche Botschaft in gedruckter Form oder im Radio oder über das Fernsehen zu empfangen. Wir haben alle diese Möglichkeiten. Sodom konnte nicht aus der Erfahrung jahrtausendealter Geschichte schöpfen, die uns den Zorn und das Gericht, aber auch die Gnade und Barmherzigkeit Gottes zeigt. Obwohl Sodom so im Nachteil war, mußte es zugrunde gehen."
Und dann fragt der Verfasser mit Recht danach: "Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, von dem sonntags ein minimaler Prozentsatz eine Stunde in die Kirche geht, die weitaus größere Anzahl aber am gleichen Tag absolut nicht nach Gott fragt, sondern Gottes heiligen Namen verunehrt?
Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, an dessen Zeitungskiosken man kaum einmal ein christliches Blatt sieht, dafür aber genügend Magazine mit sexuell frivoler Zurschaustellung nackter Körper?
Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, das immer kinderfeindlicher wird, dafür aber Geldmittel in Millionenhöhe aus öffentlichen Krankenkassen dafür ausgibt, die Kosten für Abtreibungen zu bezahlen?
Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, dem er in seiner Gnade geholfen

hat, eines der reichsten Länder der Erde zu werden, das aber für Missionsarbeit in den Ländern der Dritten Welt nur einen winzigen Bruchteil dieses Reichtums übrig hat?
Eigentlich haben Völker, die in einem solchen Zustand sind, nichts anderes verdient, als daß Gott die Gerichte, die er im Alten Testament wegen Mißachtung seiner Gesetze androhte, über sie kommen läßt."

Verfälschung des Evangeliums

Unsere Zeit ist geprägt von einer Fülle widergöttlicher Ereignisse. Wir befinden uns bereits mitten im großen Abfall von Gott. Betroffen sind von diesem Werteverfall längst auch eine Reihe kirchlicher Institutionen. Das Heidentum ist in Deutschland bis weit in die Kirchen vorgedrungen.
Landessynoden votieren für Abtreibung; Bischöfin toleriert Homosexualität; Horoskopkurse in Württemberg; Verbrüderung mit dem Islam; Tiergottesdienste; Verteilung von Präservativen auf Kirchentagen; Yoga-Abende als "Passionsandachten"; Homosexuellen-Gottesdienst im Ulmer Münster (innerhalb der EKD soll es 300 homosexuelle Geistliche geben); lesbische Frauen leiten EKD-Bildungsstätte.
Man könnte die Reihe dieser Skandale innerhalb der evangelischen Kirche noch beliebig fortsetzen. An Schlagzeilen der vorgenannten Art fehlt es nicht. Die Kirche hat sich dem gesellschaftlichen Zeitgeist in erschreckender Weise angepaßt.
Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz zitierte unlängst den Theologen Ernst Panzer, der seinen Kirchenaustritt unter anderem mit der Feststellung begründet: "Mit großer Erschütterung mußten wir jüngst zur Kenntnis nehmen, daß Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt nun öffentlich die Sünde Sodoms und Gomorrahs für gesellschaftstüchtig befand. Ferner eröffnete Engelhardt am 9. Juli 1994 in Gelnhausen das Frauenstudien- und Bildungszentrum im Rahmen einer gottesdienstlichen Feierstunde und führte dabei die beiden Feministinnen Herta Leistner und Renate Jost in ihr Amt ein.
Beide Studienleiterinnen stellen sich bewußt gegen den in Jesus Christus geoffenbarten Gott. Lästerhaft äußern sie sich über das Sühneblut Christi, wenden sich gegen Normen und Wertsetzungen der Bibel, ja setzen sich für die Anerkennung lesbischer bzw. homosexueller Lebensbeziehungen in Kirche und Staat ein und leben zum Teil selbst bereits in solch widernatürlichen Lebensbeziehungen. Damit ist nun in der evangelischen Kirche Deutschlands grundsätzlich Tür und Tor für solche antichristliche Lehre geöffnet worden."
In der von zahlreichen bibelgläubigen protestantischen Theologen unterzeichneten "Hirzenhainer Erklärung" der Konferenz bekennender Gemeinschaften heißt es zu dem vorgenannten skandalösen Vorgang in Gelnhausen: "H. Leistner und R. Jost vertreten einen radikalen Feminismus. Der Dreieinige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist, ist für sie keine geoffenbarte Realität, sondern Ausdruck einer historisch bedingten patriarchalisch geprägten Denkweise von Menschen. Den Offenbarungsgehalt der Bibel verändern, ergänzen oder ersetzen sie durch feministisches Gedankengut. Der Begriff 'Göttin' wird von ihnen selbstverständlich benutzt, bis in die Liturgie hinein.
Der stellvertretende Sühnetod Jesu Christi am Kreuz ist für diese Feministinnen nicht die Heilstat Gottes, sondern eine 'sadomasochistische Auslegung' des Todes Jesu. Damit richten sie ihren Angriff gegen das Herzstück der Offenbarung Gottes, gegen die Versöhnung und Erlösung der Menschheit mit Gott und gegen die Entmachtung Satans. So erkennen sie die Bedeutung des Blutes Christi in der Feier des heiligen Abendmahls für sich als Frauen nicht an. Gotteslästerlich fragen sie: Wieso brauchen die Männer eigentlich das Blut aus einer Wunde, auch das Blut aus der Kreuzeswunde, und nicht das Blut, das die Frau ständig vergießt …?"
Im 3. Kapitel der Offenbarung warnt der erhöhte Herr die Gemeinde in Thyatira. Dort hat man das Weib Isebel, eine selbsternannte 'Prophetin', geduldet, mit der Folge, daß Unzucht und

Götzendienst in der Gemeinde Einlaß fanden und selbst die Diener Gottes zur Sünde verführt wurden.
Ab dem Vers 20 droht Jesus all denen Gericht an, die der Hurerei Isebels anhangen: "Aber ich habe gegen dich, daß du Isebel duldest, diese Frau, die sagt, sie sei eine Prophetin, und lehrt und verführt meine Knechte, Hurerei zu treiben und Götzenopfer zu essen. Und ich habe ihr Zeit gegeben, Buße zu tun, und sie will sich nicht bekehren von ihrer Hurerei. Siehe, ich werfe sie aufs Bett, und die mit ihr die Ehe gebrochen haben in große Trübsal, wenn sie sich nicht bekehren von ihren Werken."
Wenn wir solche Worte aus dem Mund Jesu hören, dann entspricht dies im großen und ganzen auch dem, was wir heute auf religiösem Gebiet um uns her sehen und erleben. Zwar wird in unserem Land noch jedes Stadtbild geprägt von den Türmen jener alten Gebäude, die man Kirchen nennt, sie sind aber nur noch geisterhafte Denkmäler einer längst erloschenen Epoche des Glaubenslebens. Da wo heute noch volles Evangelium gepredigt wird, das sind lediglich Oasen inmitten einer gottlosen Welt.
Nach neuesten demoskopischen Umfragen predigt und lehrt die große Mehrheit der landeskirchlichen Pfarrer nicht mehr schriftgemäß. Sie kommen weitgehend aus einer bibelkritischen Ausbildung und bringen damit in die Gemeinden geistliche Selbstzerstörung. Die Unterwanderung durch Irrlehren nimmt rapide zu.
Die biblische Aussage "Das Jüngste Gericht wird kommen", wird nur von 34 Prozent der Pfarrer akzeptiert. Mit der Überzeugung, daß die Menschen die Erlösung von der Sünde brauchen, ist es ähnlich, da sind es 52 Prozent. Allgemein werde das Christentum zwar noch als ethische Vorgabe verstanden, es dürfe aber die persönliche Freiheit nicht einschränken. Daß Gott allmächtig ist, sagen nur noch 42 Prozent der Pastoren.
Wenn ferner nur jeder fünfte Pfarrer Jesus Christus, den Sohn Gottes, als sein Vorbild betrachtet, dann wundert es auch nicht, wenn immer mehr Theologen offen bekunden, daß die Bibel nicht Gottes Wort ist. Sie sei vielmehr das "Ergebnis von Machtkämpfen der frühen Christengemeinschaften", so einer der maßgeblichen Repräsentanten liberaler Theologie, Professor Gerd Lüdemann von der Universität Göttingen.
Nachdem in den letzten Jahren grundlegende biblische Wahrheiten wie Auferstehung und Himmelfahrt immer mehr ins Zwielicht geraten sind:
Lüdemann schrieb, der Leichnam Jesu sei verwest, gerät nun neuerdings auch der Apostel Paulus zunehmend in die Schußlinie. Seine Briefe seien zum großen Teil fingiert oder gefälscht, sagt man. Der Berliner Theologe Hermann Detering hat dazu ein Buch geschrieben, dessen Titel "Der gefälschte Paulus" lautet. Für den Verfasser ist Paulus lediglich eine "literarische Erfindung". Er spricht von einer "Paulus Legende". Zur Charakteristik der Person von Hermann Detering muß noch gesagt werden, daß er an der Kirchlichen Hochschule Berlin bei Walter Schmithals promoviert hat, der ein überzeugter Schüler Rudolf Bultmanns ist.
Viele Theologen die heute auf der Kanzel stehen sind während ihres Studiums in die anrüchige Schule von Rudolf Bultmann gegangen. Wer dieser Mann war, das demonstriert am besten eine Presseerklärung aus dem damaligen Leningrad. In den achtziger Jahren wollte dort das Museum für Atheismus "beweisen, daß die Bibel nicht recht hat". An entsprechenden Stellen aufgeschlagen, lagen dann dort Bücher von Bultmann zur Einsicht aus. Kein Wunder, daß die Kommunisten dann freudig erklären konnten: "Dieser deutsche Gelehrte ist der gleichen Meinung wie wir: die Bibel ist ein Märchenbuch."
Die moderne Bibelkritik findet, das kann man wohl sagen, ihre radikalste Vollendung im Entmythologisierungsprozeß Bultmanns und seiner Schüler. Sie führt zu dem Ergebnis, daß ein großer Teil der neutestamentlichen Berichte keine zuverlässige Wiedergabe der Worte Jesu und der von ihm gewirkten Wunder seien, sondern auf "literarische Fiktionen späterer Redaktoren zurückgehen". Auch wird die leibliche Auferstehung des Herrn als "Mythos" be-

zeichnet: "…weil die Rückkehr eines Gestorbenen in das Leben der diesseitigen Welt unglaubhaft ist."
Auch die Wiederkunft Jesu ist für Bultmann kein ernsthaftes Thema. Ferner bestreitet Bultmann ausdrücklich, daß die Schuld der Menschen "durch den Tod eines Sündlosen getilgt werden kann", also den Sühneakt von Golgatha, dazu die Jungfrauengeburt, und so geht es Punkt für Punkt weiter, bis das Evangelium total zerfetzt und ruhmlos zu Grabe getragen ist.
Nun muß man wissen: Wer solche theologische Lehrmeister hat wie Bultmann, bei dem braucht man sich nicht zu wundern, wenn er ebenfalls aus der Art schlägt. Die Bibel sagt: "Wer mit Weisen umgeht, der wird weise; wer aber der Toren Geselle ist, der wird Unglück haben" (Sprüche 13,20).

Im Sog geistlicher Prostitution

Es sind nun schon einige Jahrzehnte, seit sich die Kirche in einer rapiden Auflösung biblischer Werte befindet. Der Teufel versucht auf vielerlei Weise, christliches Bekenntnis, Ethik und Ordnung zu untergraben. Und der Unkrautsamen, den er ausgesät hat, ist inzwischen längst aufgegangen. Das zeigen zum Beispiel auch die verschiedensten Arten "neuer Gottesdienstformen", die zum Teil derart widerlich sind, daß selbst dem abgebrühtesten Betrachter dabei stellenweise die Haare zu Berge stehen.
So wurde im Februar 1996 in der Hamburger Katharinen-Kirche eine sogenannte Techno Party veranstaltet, bei der im wahrsten Sinne des Wortes "die Sau herausgelassen" wurde. Ein christliches Blatt beschrieb diese Show: "Die Kirche wurde zu einer Tanzkneipe umfunktioniert. Bänke kamen heraus. Dafür wurden eine Bühne und Musikcomputer hineingestellt. Bei ohrenbetäubender Techno Musik (monoton hämmernde Computermusik) tanzten etwa 2.000 Menschen bis zu zwei Stunden. Wo sonst Abendmahlswein ausgeschenkt wird, standen nun Schnaps , Wein und Bierflaschen, wovon reichlich konsumiert wurde.
Das greulichste an diesem Höllenspektakel (bei 100 Dezibel Phonstärke), das sogar 60 Mark Eintritt kostete, war der Auftritt … einer Gruppe, die so gut wie nackt tanzte (nur mit hautengem, hauchdünnem Stoff bekleidet). Die gotische Hallenkirche in Hamburg wurde so zu einem Tanztempel und einem tiefen Kniefall vor Satan. Auf diese Weise will man die Jugend für die Kirche gewinnen. Der nordelbische Synodale O. Löwa verteidigte das Teufelsfest so: Mit Techno fängt man Mäuse."
Der Vollständigkeit halber wäre diesem Bericht noch hinzuzufügen: Während die Bar mit Grabsteinen (!) dekoriert wurde, heizte ein Discjockey aus Frankfurt den ausgerasteten Besuchern in hämmerndem Rhythmus mächtig ein. Das Wochenmagazin "DER SPIEGEL" nannte ihn einen "Barbarenfürsten" und sein Pult mit den Plattentellern ironisch "Altar".
Sehr erfreut über diesen trivialen Massenkult, der von der Nordelbischen Evangelisch Lutherischen Kirche mitveranstaltet wurde, war der Manager der Party, Pastor Stefan Wolfschütz, der diesen "Gottesdienst" begeistert als "einmalig auf der Welt" bezeichnete. Auch der Hauptpastor von St. Katharinen verteidigte in der EKD-Wochenzeitung "Das Sonntagsblatt" die Veranstaltung, die er als "musikalische Begegnung zwischen altkirchlicher Gregorianik und der säkularen Technokultur" pries.
Die Tageszeitung "Die Welt" (Hamburg) schrieb: "Man kann es drehen und wenden wie man will: Mit der Lehre vom Evangelium und der Liebe Christi hat das, was Luthers Erben in der Hansestadt veranstalteten, nichts zu tun. Aber es ist konsequent. Es reiht sich nahtlos in die vielen Versuche, mit denen ein Teil der Pfarrer seit 30 Jahren versucht, eine 'zeitgemäße' Kirche zu zimmern. Weil sie sich von Luthers Weg entfernten, leerten sich die Kirchen."
Nicht zuletzt ist die St. Katharinen Kirche in Hamburg unrühmlich dafür bekannt, daß sich in ihren Mauern immer wieder Dinge abspielen, die nicht gerade zur Ehre Gottes gereichen. So hatte dort vor kurzem der Altbundeskanzler Helmut Schmidt Gelegenheit, eine ganz besondere Tirade loszulassen, indem er öffentlich bekannte, daß er die Auferstehung Jesu Christi nicht

akzeptieren könne. Wörtlich sagte er: "Ich glaube nicht an die Wunder und an das leere Grab … Auch mit der Lehre von der Dreifaltigkeit habe ich ganz große Schwierigkeiten." Außerdem und das paßt haargenau zu seinen verschwommenen religiös humanistischen Ansichten sprach er sich für eine intensivere Zusammenarbeit der Weltreligionen aus.
In einmalig gotteslästerlicher Weise mißbraucht wurde auch ein Gotteshaus in Köln. In der dortigen Luther Kirche wurde am 1. Februar 1997 eine Modenschau veranstaltet, bei der auf dem Laufsteg, der mitten durch das Kirchenschiff ging, auch weibliche Unterwäsche präsentiert wurde. Der Gemeindepfarrer Hans Mörtler hatte die freizügige Mode-Party damit begründet, daß die Gemeinde pleite sei und dringend Geld brauche. Mörtler ist übrigens bereits 1994 schon ins Zwielicht geraten, als er zwei Homosexuelle in einer trauungsähnlichen Zeremonie segnete.
Aus "Diakrisis" (September 1996) ist zu entnehmen, daß am 1. Juni 1996 in der Petri Kirche in Braunschweig mit Transparenten in den Seitenschiffen für einen Huren-Kongreß geworden wurde. Während des Gottesdienstes wurden etwa 70 Huren und Strichjungen von einer evangelischen Diakonin sehr herzlich begrüßt. Der Pfarrer der Petri Kirche meinte anschließend in einer Predigt, man müsse den Huren und Strichern "Abbitte tun". Danach griff er zur Gitarre und sang mittelalterliche Balladen von unkeuschen Mönchen und einer Nonne, "die nicht gerne allein schläft"…
Die Reihe der sittlichen Verwahrlosungen ist endlos. Vor der evangelischen Nikolai Kirche in Potsdam wurde im Rahmen einer Werbeaktion für eine Aids-Ausstellung in der brandenburgischen Landeshauptstadt ein 13 Meter hoher Obelisk mit einem rosa Kondom aus Segeltuch umhüllt. Wenn dies alles so weitergeht, dann könnte es eines Tages möglicherweise sogar einmal einen "christlichen" FKK-Strand geben.
Der Gemeindeausschuß der Evangelisch Lutherischen Landeskirche in Braunschweig hat in einer Beschlußvorlage für das Kirchenparlament vorgeschlagen, Homosexualität nicht mehr als "Sünde" zu bezeichnen.
In dem Papier heißt es unter anderem, daß Homosexualität lediglich "eine angeborene Ausprägung menschlicher Sexualität" und "eine Variante der Natur" sei.
Im Jahre 1995 war in der Reformierten Kirche in Wuppertal ein "Gottesdienst zum Hurentag" anberaumt worden. Damals berichtete das rheinische Kirchenblatt "Der Weg" (26/95), daß in dieser illustren Versammlung die Forderung erhoben wurde, Prostitution als normalen Frauenberuf gesellschaftlich anzuerkennen. Die predigende Pfarrerin erhielt darob viel Beifall.

Vermählung mit dem Zeitgeist

Die Vermählung mit dem Zeitgeist seitens der Kirchen macht vor keiner sich bietenden Gelegenheit halt. Jede Gelegenheit, und sei sie noch so lapidar und niveaulos, wird eifrig wahrgenommen. Bei der Fußball Europameisterschaft, dem Kontinentalwettbewerb der kickenden Millionäre, im Sommer 1996 in England, wurden die Spiele auf Großleinwand in die Säle von insgesamt 250 Gemeinden in ganz Deutschland übertragen.
Darunter befanden sich auch als konservativ evangelikal bekannte Gemeinden, die damit Kirchenfremde in die Gemeindehäuser zu locken versuchten. Diese Fußball-Party in der Kirche nannte man auch fälschlicherweise "Die missionarische Chance für die Gemeinde". Bei der Übertragung der Spiele befanden sich die Zuschauer in einem wahren Fußballfieber, zum Teil mit Fahnen behängt und in den Trikots bekannter Bundesligavereine.
Auch "idea" berichtete seinerzeit über dieses Spektakel unter anderem: "Grenzenloser Jubel … in ganz Deutschland von Dresden bis nach Mönchen Gladbach und von Cuxhaven bis nach Freiburg im Breisgau … Mit einer Polonaise tanzten die Fans durch den Saal und starteten nach der Überreichung des Cups durch Königin Elisabeth zu einem Autocorso durch Wetzlars Innenstadt."
Ferner war zu erfahren, daß nach Beendigung des Endspiels im Londoner Wembley Stadion

neben Grillfest und Disco noch ausführliche Gespräche über "Gott und den Fußball" geführt wurden. "Fußball als Einstieg in das Christsein."
Während der "Mannheimer Morgen" vom "König Fußball auf dem Altar" berichtete, schrieb der "Reutlinger Generalanzeiger": "Fußballfest im Gotteshaus und Sierra Madre statt Ave Maria. 300 Jünger des runden Leders pilgerten zum Gebetssaal der Christlichen Gemeinde … Statt Psalmen gab's Pizza und statt des üblichen Predigttextes gab's die gesammelte Vielfalt der Stadionssprechchöre eine denkbar weltliche Szenerie.
Die Kollekte für Mozambique konnte der gläubige Anheizer Johannes Kadel über die Versteigerung eines Fußballs aufbessern, den die deutsche Nationalmannschaft signiert hatte. Die La-Ola-Welle klappte links wie rechts herum. Gerstensaft floß in Strömen, und das Gemeindehaus glich einem Vereinsheim." …
Beim Christival-Kongreß im Herbst 1996 in Dresden hing über der Ruine der Trinitatis-Kirche ein Transparent mit der Aufschrift "Gott ist geil", und in der Festzeitschrift stand unter anderem zu lesen: "Jesus läßt euch nicht in der Scheiße sitzen. Er hat keinen Bock darauf, euch zu verarschen."
Ein Missionar aus Rumänien, der an diesem von 30.000 Teilnehmern besuchten Kongreß ebenfalls teilgenommen hatte, bemerkte anschließend: "Statt im Geist und in der Wahrheit betet man jetzt immer mehr im Gefühl und frommer Berauschung an. Das ist stimulierte Psyche und geistliche Selbstbefriedigung. Es ist die Ausdrucksform einer Generation, für die biblische Wahrheit Nebensache, die religiöse Wohlfühlatmosphäre und seelisch manipulierte Einheit Hauptsache geworden ist … Manches erinnert uns an Karneval, und das ist beklagenswert. Die Verführung ist zum Teil so weit gediehen, daß Verhaltensweisen, die man früher eindeutig als fleischlich erkannte, nun als geistlich deklariert werden."
Apropos Karneval und kirchliches Engagement. In der christlichen Publikation "Wort zur Zeit" (2/95) war dazu passend zu lesen: "Die Unterländer Faschingsvereine drängten sich, gleich Sardinen in der Dose, in farbenprächtiger Maskerade wie am Rosenmontagsball in der Kathedrale der St. Augustinus Kirche zum Narrengottesdienst.
Der Pfarrer der lutherischen Wartberggemeinde hielt dann eine büttenreife Predigt in Reinform. Thema: Jesus der Narr. Darin kreuzigte er den Sohn Gottes mit beißenden Nägeln des Spottes wiederum und beschrieb ihn als Königsgestalt, abgemagert, häßlich und alt. Er wurde dafür von der anwesenden Karnevalsprinzessin mit dem obligatorischen Küßchen bedacht. Die leibhaft Anwesenden waren vom Dargebotenen ebenso entzückt wie die unsichtbare Hölle."
Die Lokalzeitung aus Pinneberg in Schleswig Holstein berichtete am 28.2.1990 über einen Faschingsball im Gemeindehaus der Heilig Geist Kirche: "Sahira, die Blume der Wüste, mußte mehrere Zugaben ihrer Bauchtanz-Kunst geben. Die Gäste dankten es ihr mit frenetischem Beifall … Pastor Matthias Burmann war einer der eifrigsten Tänzer auf dem Faschingsball … Nicht nur die aus Buntpapier zurechtgeschnittenen Moscheen an den Wänden des Gemeindesaales vermittelten einen morgenländischen Eindruck …"
Der frühere Superintendent und evangelische Pfarrer Manfred Kock aus Köln sieht im Karneval "etwas herrlich Respektloses. Es gereicht zur Ehre, wenn einem die Narren den Spiegel vorhalten. Das kann auch unserer Kirche nur gut tun. So ein bißchen Distanz zu sich selbst finden mit Augenzwinkern und Alaaf und unter den Paukenschlägen der Jecken. Wenn Pfarrerinnen und Pfarrer bald wieder zu Sitzungen in kirchliche Gemeindehäuser einladen, dann ist garantiert, daß die Augen vor Lachen feucht werden und nicht von Tränen über leere Kassen. Der Karneval mag vieles freisetzen in Herzen und Köpfen."
Was der Karneval, der heidnischen Ursprungs ist, beträchtlich freisetzt, das ist jedoch keine Freiheit, sondern Versklavung durch Satan. Das ist am augenscheinlichsten in den deutschen Bischofs- und Kardinalzentren wie München, Mainz und Köln wahrzunehmen.

Der frühere Dompropst, Prälat Ketzer aus Köln, der auch den berüchtigten "Karnevalsorden wider den tierischen Ernst" erhielt, kleidete seine Einstellung zu den bedenklichen Randerscheinungen des rheinischen Karnevals in die bezeichnenden Worte: "Leute mit kleinen Lastern sind mir am liebsten. Wenn niemand mehr sündigt, verliere ich meine Existenzberechtigung … Weihwasser und Kölner Bier inspirieren gleichermaßen."
Ferner hielt der … Dompropst im Kölner Dom ein festliches Hochamt zu Ehren aller lebenden und verstorbenen Karnevalisten. Mit Weihrauchdüften und Kerzenschein empfing er fast alle Kölner Narren am Hauptportal und geleitete sie zum Altar. Dort gab er der neuen Standarte den kirchlichen Segen.
Vor einiger Zeit berichtete der Kölner "Express" darüber, daß beim Kölner Karneval "Christus als Tünnes am Kreuz hing, dem eine Nonne lüstern in den Lendenschurz schaute". Schamlosigkeit dieser Art kann kaum noch übertroffen werden.
Der Essener Pfarrer H. Engel predigte in einer vom Westdeutschen Rundfunk übertragenen Morgenandacht: "Ich liebe den Karneval. Prinz Karneval ist ein legitimes Kind der Mutter Kirche. Es gibt eine Blutsverwandtschaft zwischen dem Helau und Alaaf der Narren und dem Halleluja und Hosianna der Christen. ..."
Die Bibel sagt uns: "Die Narren treiben Gespött mit der Sünde" (Sprüche 14, 9) und "... sie werden an ihrer Torheit sterben" (Sprüche 10, 21). Jesus unterstreicht den Ernst dieser Aussagen noch mit den Worten: "Ich sage euch aber, daß die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben" (Matthäus 12, 36).
Große Teile der Geistlichkeit sind im Trend der Zeit inzwischen zu modernen Baalspriestern geworden und die Kirche weitgehend zu der in der Bibel beschriebenen Babylon-Kirche der Endzeit. Bekannt ist der Name Babylon hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Turmbau zu Babel geworden (1. Mose 11,19). Das Wort Babylon bedeutet soviel wie "verwirren" oder "zerstreuen".
Die Bibel berichtet uns, daß die Menschen sich entschlossen, sich dem Befehl Gottes und seinen Geboten zu widersetzen und sprachen: "Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, des Spitze bis an den Himmel reicht, daß wir uns einen Namen machen …" Das Gericht Gottes, das das ungehorsame Handeln der abgefallenen Menschen traf, hatte schwere Folgen. Seither geht der Name Babel durch die ganze Bibel hindurch bis zum Buch der Offenbarung. Johannes bezeichnet die ungläubige und religiöse Welt in der Endzeit als Hure Babylon.
"Der Ausdruck Hure wird im geistlichen Sinne gebraucht", schreibt Heinrich Müller in seiner Schrift "Die Wiederkunft Jesu" und fährt fort: "Er will uns sagen, daß es sich um Menschen handelt, die sich einmal Gott geweiht haben. In Jesaja heißt es: 'Wie geht das zu, daß die fromme Stadt zur Hure geworden ist?' und Jakobus sagt: 'Ihr Ehebrecher, wißt ihr nicht, daß der Welt Freundschaft Gottes Feindschaft ist?' Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die gelobt hatte, Jesu Eigentum zu sein und nun mit der Welt Ehebruch treibt. Sie ist das Sinnbild der verweltlichten Religion."

Der Hauch der Hölle

Satan rast heute um die Welt, weil er weiß, daß er nicht mehr viel Zeit hat (Offenbarung 12,12). Er will noch schnell einen Sieg nach dem anderen erringen, bevor seine Stunde schlägt. Wie nie zuvor in ihrer Geschichte ist die Menschheit dem Teufel untertan. Durch den Propheten Jesaja sagt Gott erzürnt über die Menschen: "Böse ist, wonach sie streben, und ihre Stärke ist Unrecht. Sie sind alle vor mir gleich wie Sodom und Gomorrah." Es ist finster geworden auf dieser Erde. So furchtbar wie heute hat die Sünde noch nie grassiert. Sie beherrscht die Menschen immer mehr. "Entweiht liegt die Erde da unter ihren Bewohnern, denn sie haben die Gebote übertreten …", sagt die Bibel.

Neben einer Reihe anderer Perversitäten ist es hauptsächlich die totale Sex-Emanzipation, die inzwischen sämtliche Hemmschwellen überschritten hat. Das Resultat ist der Zusammenbruch jeglicher Moralvorstellungen, der Verlust aller ethischen Werte.
Professor Wilder Smith kommentierte diese Entwicklung: "Religiös bedingte Sex-Begrenzungen gelten heute direkt als rückständig.
Dagegen gilt Sex-Emanzipation als fortschrittlich und als eine Errungenschaft heutiger Ideologien. Ein promiskes Leben ist, so lehrt man in gewissen 'progressiven' Kreisen, normal und physiologisch bedingt und hat nichts mit Religion zu tun. So wie man essen und trinken muß, so müssen auch die Sex-Instinkte voll ausgelebt werden können, wenn man sich selbst verwirklichen will … Gegen Promiskuität darf man heute nichts mehr sagen, und Religion ist irrelevant. Homosexualität, lesbische Liebe und auch die Abtreibung entspringen den Gedanken der Sex-Emanzipation und sind heutige Normen, die legalisiert sind, obwohl die Bibel sie verbietet."
Schon der Prophet Jesaja sagte vor 2.800 Jahren: "Von ihrer Sünde sprechen sie offen wie Sodom, sie verhehlen sie nicht. Wehe ihrer Seele! Denn sich selbst bereiten sie Böses." Was Jesaja damals über seine Zeitgenossen sagte, ist heute allgemeine Praxis geworden. Nichts ist zu pervers und nichts ist zu gemein, um es nicht öffentlich darzustellen. Das offene Reden der Leute von Sodom über ihre Sünden war der Beweis, daß Gott in ihrem Denken überhaupt keinen Platz mehr hatte. Leider hat sich inzwischen auch bei uns die Öffentlichkeit längst diese Haltung zu eigen gemacht und sich mit den derzeitigen Verhältnissen als etwas ganz Normales abgefunden. Aber Gott nicht.
William McDonald schreibt zu Römer 1,18, wo davon gesprochen wird, daß Gottes Zorn vom Himmel her geoffenbart werden wird über alle Gottlosigkeit und Ungerechtigkeit der Menschen: "Wir sündigen Menschen sollten uns nicht damit beruhigen, daß Gott anscheinend zu unserem Verhalten schweigt und nichts unternimmt.
Wenn er Sünde nicht immer sofort bestraft, so heißt das noch lange nicht, daß er sie niemals ahnden wird … Ganz offensichtlich erschlägt er die Menschen nicht sofort als Reaktion darauf, daß diese Sünden begehen. Denn wenn er das täte, dann hätte sich die Weltbevölkerung schon drastisch verringert. Doch er hat bei einzelnen Gelegenheiten deutlich seine Meinung gesagt, um die Menschheit zu warnen: Ihr Vergehen wird nicht ungestraft bleiben."
Es ist ferner bemerkenswert, was zum Beispiel japanische Wissenschaftler und Ärzte bei einer kritischen Betrachtung des Fernsehens festgestellt haben: "Das Fernsehen als solches hat eine direkte hypnotische Ausstrahlung. Mit TV ist ein neuer Mediumismus, eine Geistesmacht, über die Welt gekommen, die über der Wirklichkeit des Lebens steht und depressives Irresein damit hervorruft.
Es wird eine Geistes- und Handlungsweise aufgebaut, die dem echten Sein des Menschen zuwiderläuft, womit ihm aufgezwungen wird, was er eigentlich gar nicht will. Die Individualität des Menschen wird zu einer knetbaren Masse. Ihnen erscheint das Anormale und Unnatürliche als das Normale. Daher diskutieren und handeln sie unter der Einwirkung der medialen Beeinflussung wie Schlafwandler."
Wenn man darüber hinaus weiß, daß viele Jugendliche durch ihren Computer Anschluß an die internationalen Datennetze wie "Internet" oder "Compuserve" haben und damit unkontrolliert zu allen Arten von Sex und Pornographie, dann wird damit das Gesamtbild erschreckend abgerundet.
Der bekannte evangelische Jugendpfarrer Wilhelm Busch aus Essen hat bereits Anfang der sechziger Jahre in bezug auf die sittlichen Maßstäbe unserer Zeit, die einen bisher nie dagewesenen Tiefstand erreicht haben, festgestellt:
"Die Menschen sind heute davon überzeugt, daß Sexualität mit Gut und Böse gar nichts zu tun hat, weil sie Gottes Gebote aus ihrem Leben längst verabschiedet haben. Wenn ich einen tot-

schlage, so sagen sie, das ist böse, wenn ich aber 'liebe', so hat das doch mit Gut und Böse nichts zu tun. Und wer sorgt dafür, daß so etwas geglaubt wird?
Es ist der Teufel, der dazu unter anderem das Fernsehen benutzt, wo erotische Filme zeigen, wie interessant Ehebruch ist. Der 'unverstandene Mann' wird endlich bei einer anderen glücklich, weil sie ihn 'versteht'. Die Psychiater haben uns darüber hinaus jahrelang erklärt, wie gefährlich 'verdrängte Komplexe' sind, so daß schließlich das ganze Volk glaubte, verdrängte Sexualkomplexe zu haben."
Vor einiger Zeit berichtete die "Süddeutsche Zeitung" über den Auftritt der britischen Skandaltruppe "Rockbitsch", bei dem es "zu Geschlechtsverkehr auf offener Bühne" gekommen sei. Beschrieben wird diese Rocksex-Orgie als eine "Pepshow, deren Elemente sich auf die Genitalbereiche reduzierten", und im einzelnen: "Die Gruppe (sechs Frauen und ein Mann), die weitgehend unbekleidet aufzutreten pflegt, zeigt so ziemlich alles, was man schon immer über Sex wissen wollte, sich aber nie vorzustellen wagte. Die Mädels befummelten sich an allen nur erdenklichen Körperpartien, zeigten, was man mit einer Colaflasche alles anstellen kann, und urinierten sogar ins Publikum."
Wenn sich die an sich eigentlich seriöse Zeitung aus München hier einer ungeschminkten Darstellung bedient, die die Fäkalien-Mentalität der "Rockbitsch" zum Ausdruck bringt, zeigt dies, wie drastisch inzwischen die Zustände allüberall geworden sind, und daß kaum noch eine Institution den Sog der Zeit unbeachtet lassen kann.
Zu einer der schlimmsten Kunstorgien der jüngsten Zeit gestaltete sich die Aufführung der Oper "Moses und Aaron" im Bremer Theater. Nackte Jungfrauen verzehrten einen Phallus, eine Blondine läßt sich den Darm eines geschlachteten Jünglings schmecken. Aaron verrichtet auf dem Donnerbalken seine Notdurft, als ihn der Ruf zur Gründung einer Religion ereilt, ein fetter halbnackter Spion des Pharao wird mit dem Hackebeil zerlegt und zum Schmaus zubereitet und im Hintergrund leuchtet eine Leuchtschrift: "Die Party ist in vollem Gange."
Kein Richter in Deutschland schreitet heute mehr gegen diese satanischen Verunglimpfungen ein, die immer drastischer in unserem inzwischen dämonisierten Abendland ausgegossen werden. Anders dagegen, wenn zum Beispiel heidnische Religionen karikiert werden. Als sich vor Jahren der TV-Showmaster Rudi Carrell über Moslems lustig machte, da gab es sofort einen Aufruhr, und sogar die Bundesregierung sah sich in die Pflicht genommen und entschuldigte sich offiziell bei den islamischen Gottesstaatlern in Teheran.
In vollem Gange sind heute alle möglichen Formen wilder Lustbarkeit und pervertierter Unterhaltungsspiele. Man kann heute kaum noch eine Tageszeitung aufschlagen, ohne zahllosen Kontaktanzeigen von männlichen und weiblichen Prostituierten zu begegnen.
Die Einnahmen aller deutschen Verlage bei dem Geschäft mit der käuflichen Liebe belaufen sich auf ca. eine Milliarde pro Jahr. Unsere Gesetzeshüter drücken aber beide Augen zu, wenn Sexclubs, Fotomodelle und Prostituierte, also professionelle Huren, unter Angabe ihrer Telefonnummer ihre "Dienste" anbieten. Diese Sex-Vermittlungsanzeigen, die vom Staat großzügig geduldet werden, erfüllen übrigens den Tatbestand des § 18 la, Abs. 3 des StGB (kupplerische Zuhälterei). Es gab einmal eine Zeit, die liegt lediglich ein paar Jahrzehnte zurück, da wurde die Offerte von Unzucht gegen Bezahlung strafrechtlich verfolgt.
"Ein Aufschrei der Entrüstung geht durch unser Land", schreibt der Vorsitzende der Europäischen Ärzteaktion, Dr. Siegfried Ernst, "angesichts der Entwicklung zur totalen Enthemmung und radikalen Schamlosigkeit. Es fehlt nur noch die Forderung: 'Wollt ihr den totalen Sex?' Wobei man ein Volk mit der totalen sexuellen Enthemmung genauso zerstören kann wie mit einem totalen Krieg.
Die völlige Unfähigkeit etwa, den logischen Zusammenhang der Massenpornographie mit ihrem letzten Schrei, der Kinderpornographie und der Vergewaltigung und Ermordung von Kindern, zu begreifen, zeigt eine große Abstumpfung. Deshalb verwundert es nicht, wenn

auch Politiker sich weigern, wenigstens die alten Strafgesetze gegen Pornographie und Blasphemie wieder herzustellen (§ 184 und 166 StGB), um diese Zerstörung der Menschenwürde etwas zu bremsen. Sodom und Gomorrah werden durch diesen Zustand unserer Gesellschaft in den Schatten gestellt.
Jüngst fand in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, eine große Demonstration gegen die weiße Entartung durch die Sexüberflutung statt. Sexliteratur und Sexfilme aus Europa wurden öffentlich verbrannt. Unsere Massenmedien schwiegen selbstverständlich dieses Ereignis weithin tot.
Die systematische Zerstörung aller lebenswichtigen Verhaltensnormen und Tabus und besonders des Schamgefühls zwischen den Geschlechtern und im Sexualbereich bedeutet im Endeffekt die Beseitigung des Gewissens auch in allen anderen Lebensbereichen aus einem Volk. Das aber führt in Chaos, Anarchie, Verbrechen und zum Untergang einer solchen gewissenlos gewordenen Gesellschaft." - Soweit Dr. Ernst.
Man muß sich tatsächlich nach den sittlichen Normen einer Gesellschaft fragen, die, wie es die Nordrheinwestfälische Regierung fertig bringt, auf der einen Seite Mittel für Kindergärten zu sperren, auf der anderen Seite aber Mittel für die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats mit sieben Mitarbeitern im Sozialministerium zu bewilligen. Oder einem sich öffentlich als schwul bekennenden Aidskranken das Bundesverdienstkreuz um den Hals hängt. Das sind Totengräber der Moral, die mit dem Teufel paktieren (Johannes 10, 10).
Es gibt da in Bonn einen Bundestagsabgeordneten mit Namen Volker Beck. Er ist 36 Jahre alt und gehört zur Fraktion der Grünen. Vor nicht allzu langer Zeit bekannte er sich öffentlich zur Homosexualität und erklärte: "Ich lebe mit einem Partner in einer festen Beziehung. Mein Gatte ist Franzose. Ich liebe ihn und möchte ihn heiraten." Beim Standesamt in Köln hatte er das Aufgebot bestellt. "Auch für Schwule und lesbische Paare sollen die Hochzeitsglocken läuten", ist sein sehnlichster Wunsch. In Deutschland gibt es ca. 3,2 Millionen Homosexuelle, die sich öffentlich bekennen. Die Dunkelziffer ist mindestens doppelt so hoch.
Leute wie Beck machen in Bonn (heute Berlin) und zum Teil auch in den Bundesländern Politik. Sie werden möglicherweise in einer Koalition über die Einführung von ihnen besonders gelegenen Gesetzen entscheiden. So haben die Grünen in Bonn bereits den Entwurf eines sogenannten Antidiskriminierungsgesetzes vorgelegt. Danach soll die Diskriminierung z.B. von Homosexuellen zivilrechtlich verboten werden.
Sie soll, wie es heißt, "teuer zu stehen kommen". Daran ist zu erkennen, was uns in Zukunft noch alles ins Haus steht, während die Herren Beck Arm in Arm mit ihren perversen Partnern und mit einer Blume im Knopfloch fröhlich zum Standesamt marschieren, um sich dort zivilrechtlich trauen zu lassen. Bei der derzeitigen politischen Konstellation werden wir spätestens zu Beginn des neuen Jahrtausends soweit sein.
Wie bereits vorerwähnt, macht die Verwahrlosung der Sitten selbst vor den Kirchentoren nicht halt. Lesbischer und homosexueller Lebensstil wird offen von oben toleriert. Kein Wunder, da die Bischofsstühle fast nur noch von liberalen, bibelkritischen und linksgerichteten Kandidaten besetzt sind, die die Gebote Gottes neu interpretieren. Die Zeitgeist-Bischöfin von Nordelbier, Maria Jepsen, befürwortet, Homo-Partnerschaften anzuerkennen. Menschen in solchen Partnerschaften sollten auch gesegnet werden, da sie ihre Sexualität "verantwortlich gestalten" würden. Man sollte diese Art von Sexualität als Gabe Gottes betrachten.
Der Theologe Hans Georg Wiedemann schreibt in einem Kommentar zur Orientierungshilfe der EKD "Mit Spannungen leben": "Leitbild kann überhaupt nicht eine Lebensform, also die Institution Ehe sein, sondern nur das Leben in ihr. Es ist längst an der Zeit, daß sich besonders die evangelische Kirche von ihrer Ehe mit der Ehe trennt. Diese Ehe hat es verhindert, daß die Kirche der Vielfalt der menschlichen Lebensformen überhaupt ansichtig wurde."
Diese "Vielfalt" erstreckt sich nach Ansicht des Schreibers natürlich auf alle Formen des

menschlichen Zusammenlebens außerhalb der Gebote Gottes. Solche Leute sehen in den diesbezüglichen biblischen Texten lediglich "zeitbedingte" und für heute nicht mehr relevante Aussagen. Man muß sie dem heutigen Empfinden, dem Empfinden des modernen Menschen und seiner veränderten Ansichten anpassen. Zu gut deutsch: Gottes Wort ist stellenweise inzwischen überholt, nicht mehr zeitgemäß, von dem man sich zumindest da und dort distanzieren muß, wenn man mit der modernen Gesellschaft Schritt halten will.
Gott verweist am Ende der Bibel nochmals mit allem Nachdruck auf die Unabänderlichkeit der Schrift, indem er sagt: "Wenn jemand etwas wegnimmt von den Worten des Buches, so wird Gott ihm seinen Anteil wegnehmen am Baum des Lebens …" (Offenbarung 22, 19).

Unter dem Fluch Gottes

Es ist weithin bekannt, daß Homosexualität im selben Atemzug mit Sadismus, Voyeurismus, Masochismus, Inzest und Sodomie genannt wird, also etwas Verwerfliches und Abartiges, von dem sich der normale und anständige Mensch angewidert fühlt. Nicht nur, daß es zumindest sonderbar erscheint, wenn angesichts zweier sich in der Öffentlichkeit ungeniert gebender Homosexueller zum Beispiel ein Kind seine Eltern ahnungslos fragt: "Warum geben sich denn die Onkels Küsse?"
Die scheußlichen und sehr speziellen Praktiken dieses unnatürlichen Verkehrs (anal) zwischen männlichen Personen kann man nur als ausgemachte Schweinerei betrachten. Es ist für einen normalen Menschen unverständlich, wie man sich in seinem Sexualverhalten animalisch auf der primitiven Stufe von Tieren produzieren kann. Gott nennt dies eine Schande, von der er sagt: "Wenn jemand bei einem Manne liegt wie bei einer Frau, so haben sie getan, was ein Greuel ist, und sollen beide des Todes sterben" (3. Mose, 20, 13). Der Psalmist sagt: "Denn siehe, die von Gott abweichen, werden umkommen" (73, 27).
So wird es all denen gehen, die die Gebote Gottes mißachten und den Sünden frönen, die auf den vorangegangenen Seiten aufgezeigt worden sind. Was der Herr damals durch seinen Knecht Mose dem immer wieder in Ungehorsam fallenden Volk Israel sagen ließ, gilt auch für die Menschen unserer Tage.
Wir lesen im 5. Buch Mose, Kapitel 28: "Wenn du aber nicht gehorchen wirst der Stimme des Herrn, deines Gottes, und wirst nicht halten und tun alle seine Gebote und Rechte, die ich dir heute gebiete, so werden alle diese Flüche über dich kommen und dich treffen … der Herr wird dich schlagen mit Auszehrung, Entzündung und hitzigem Fieber, bis du umkommst … der Herr wird dich schlagen mit ägyptischem Geschwür, mit Pocken, Grind und Krätze, daß du nicht geheilt werden kannst. Der Herr wird dich schlagen mit Wahnsinn, Blindheit und Verwirrung des Geistes … Alle diese Flüche werden über dich kommen und dich verfolgen… so wird der Herr schrecklich mit dir umgehen und dich und deine Nachkommen schlagen mit großen und anhaltenden Plagen, mit bösen und anhaltenden Krankheiten …"
Zu den Plagen gehört auch die Lustseuche Aids, bei der wir es mit einer Geisel Gottes zu tun haben. Aids, vier todbringende Buchstaben, die um die Welt geistern, wobei die Spur dieser verheerenden Krankheit bereits von Millionen Toten gekennzeichnet ist. Die Sintflut naht, und keine Arche ist in Sicht. Die apokalyptischen Reiter sind auf dem Weg. Auf ihrem Banner steht die Zahl 666 Sex, Sex, Sex! (Offenbarung 13, 18). Keine Therapie kann diese endzeitliche Seuche jemals in den Griff bekommen. Sie ist eine Strafe Gottes an denen, "die nicht gehorchen der Stimme des Herrn und halten seine Gebote" (3. Mose 26, 25).
Es ist die Sünde der Homosexualität, die dieser schrecklichen Krankheit erst den Weg geebnet hat, und es ist ein Leiden, das den schlimmsten Qualen gleicht, die Menschen treffen können. Sie werden furchtbar gezeichnet von Schmerzen, die sie zum Wahnsinn treiben: bösartige Geschwüre, geschwollene Lymphdrüsen, Atemnot, Fieber, Hautausschläge, Darmblutungen, verbunden mit Gehirnzerfall bis zur Blindheit. Ihre Körper werden langsam verfaulen und der Fluch ihrer Sünden wird sie auffressen. Sie werden nicht einmal wie normale Tote versorgt.

Ihre Leichen kommen in einen Plastiksack aus schwerem, reißfestem Material. Dann wird der breite Reißverschluß zugezogen und der Sack luftdicht verschlossen. Obenauf erhält er einen deutlichen Vermerk: "Hochgradig ansteckend! Nicht mehr öffnen!" Dann erst wird dieses verschnürte Bündel in den Sarg gelegt.
Die Bibel sagt, der Tod ist der Sünde Sold. Und so werden sie alle sterben, alle, die Gottes Gebote mißachtet, die sich eingebildet haben, sie bräuchten sich einen Dreck darum zu kümmern, was in der Heiligen Schrift steht. Gott hat die Menschen in diesem Buch gewarnt und uns eine Reihe Beispiele überliefert, die die unweigerlichen Folgen sittlicher Verderbtheit aufzeigen. Eines davon finden wir in 1. Mose 19.
"Darum sagte der Herr: Über die Leute von Sodom und Gomorrah sind schwere Klagen zu mir gedrungen. Ihre Schuld schreit zum Himmel. Deshalb will ich jetzt hingehen und mit eigenen Augen sehen, ob sie es tatsächlich so schlimm treiben."
Seine beiden Begleiter waren Engel. "Es war schon gegen Abend, als sie nach Sodom kamen", heißt es in der Schrift. Lot, der Neffe Abrahams, lud sie ein, in seinem Haus zu übernachten, wozu sie sich nach einigem Zögern auch bereiterklärten. "Die beiden wollten sich eben schlafen legen", lesen wir weiter, "da liefen alle Männer von Sodom, alt und jung, zusammen und umstellten das Haus. 'Lot, Lot', riefen sie, 'wo sind die Männer, die heute abend zu dir gekommen sind? Gib sie heraus, wir wollen mit ihnen Verkehr haben.'
Lot trat vor das Haus und zog die Tür hinter sich zu. 'Begeht doch nicht solch ein Verbrechen', rief er. 'Ich habe zwei Töchter, die noch kein Mann berührt hat, ich will sie euch herausbringen; macht mit ihnen, was ihr wollt. Aber die beiden Männer behelligt mir nicht. Sie sind meine Gäste und stehen unter meinem Schutz.'
Sie aber schrien: 'Mach, daß du wegkommst! Du bist ein Fremder und willst uns Vorschriften machen? Wir werden dir noch ganz anders mitspielen als denen.' Sie fielen über Lot her und versuchten die Tür aufzubrechen. Da zogen die beiden Männer Lot ins Haus und verschlossen die Tür. Sie schlugen die Leute von Sodom mit Blindheit, so daß sie die Tür nicht mehr finden konnten."
Wie wir sehen, waren die Männer von Sodom völlig verdorben. Die Bibel spricht auch ausdrücklich davon, daß alle Männer Lot und die Engel bedrohten. Sicher hatten die Bewohner dieser Stadt noch eine Reihe anderer Sünden. Aber Gott hat gerade die Sünde der Homosexualität für so widerwärtig und verabscheuungswürdig befunden, daß er sie, und ausschließlich nur sie, in der Bibel wörtlich benannte.
Wie es mit Sodom weiterging, blieb uns auch nicht verschwiegen. Als am nächsten Morgen die Sonne aufging, ließ Gott auf sämtliche Städte in der Jordangegend Schwefel und Feuer vom Himmel fallen. Sie wurden restlos zerstört, ihre Bewohner getötet und das Land verwüstet, so daß nichts mehr darauf wuchs. Lot, der als einziger Mann zusammen mit seinen beiden Töchtern der Katastrophe entging, sah, als er später auf die Gegend am Jordan herabschaute, wie von dort eine einzige Rauchwolke aufstieg, "wie von einem Schmelzofen", wie die Bibel sagt.
Das geschah um 1800 vor Christi Geburt. Die beiden Städte Sodom und Gomorrah konnten bis heute nicht lokalisiert werden. Man nimmt an, daß sie unter dem Toten Meer begraben sind. Sie wurden wegen der Sünden ihrer Bewohner vernichtet.
Eine ganz ähnliche Geschichte berichtet uns die Bibel in dem Buch der Richter, und zwar in den Kapiteln 19-21. Das zentrale Geschehen dieser drei Kapitel ist das Verbrechen von Gibea in Benjamin. Es ist ebenfalls ein Höhepunkt der Gottlosigkeit und Gesetzlosigkeit jener Tage, eines der schlimmsten Verbrechen, die in der Bibel überhaupt erwähnt werden. Was war geschehen?
Ein Levit kam mit seiner Frau und seinem Knecht von Bethlehem nach Gibea, um dort zu übernachten. Nach einigen Schwierigkeiten fand er dann auch eine Herberge bei einem alten

Mann, der sie in sein Haus führte und sie und ihren Esel versorgte.
Wörtlich heißt es dann ab Vers 22: "Und als ihr Herz nun guter Dinge war, siehe, da kamen die Leute der Stadt, ruchlose Männer, und umstellten das Haus und pochten an die Tür und sprachen zu dem alten Mann, dem Hauswirt: 'Gib den Mann heraus, der in dein Haus gekommen ist, daß wir uns über ihn hermachen.' Aber der Mann, der Hauswirt, ging zu ihnen hinaus und sprach zu ihnen: 'Nicht, meine Brüder, tut nicht solch eine Schandtat! Siehe, ich habe eine Tochter, noch Jungfrau, und dieser hat eine Nebenfrau; die will ich euch herausbringen. Die könnt ihr schänden und mit ihnen tun, was euch gefällt, aber an diesem Mann tut nicht eine solche Schandtat.'
Aber die Leute wollten nicht auf ihn hören. Da faßte der Mann seine Nebenfrau und brachte sie zu ihnen hinaus. Die machten sich über sie her und trieben ihren Mutwillen mit ihr die ganze Nacht bis an den Morgen. Und als die Morgenröte anbrach, ließen sie sie gehen. Da kam die Frau, als der Morgen anbrach, und fiel hin vor die Tür des Hauses, in dem ihr Herr war, und lag da, bis es licht wurde."
Als der Levit festgestellt hatte, daß die Frau tot war, legte er ihre Leiche auf den Esel und zog nach Hause ins Gebirge Ephraim. Er war entschlossen, sich auf eine furchtbare Weise zu rächen. Dazu zerteilte er die Leiche in 12 Stücke und verschickte diese an die 12 Stämme Israels, um so den Haß des ganzen Volkes gegen die Benjaminiter zu entfachen, und er hatte Erfolg damit. "Es versammelten sich gegen die Stadt alle Männer Israels, geschlossen wie ein Mann."
In den Kapiteln 20 und 21 des Buches der Richter lesen wir von der fast völligen Ausrottung des Stammes Benjamin. Obwohl in der Stadt, die "geschlagen wurde mit der Schärfe des Schwertes", nur etwa 700 Männer gewohnt hatten, wird nahezu der ganze Stamm vernichtet. 25.000 Männer mußten ihr Leben lassen. Die Stadt Gibea ging auf in Flammen, und auch alle anderen Städte im Lande Benjamin wurden mit Feuer verbrannt. Die Ursache der Tragödie von Gibea war die Homosexualität ihrer Bewohner.
Um der Vollständigkeit dieser Thematik zu genügen, sollte dieses Kapitel nicht abgeschlossen werden, ohne dem immer wieder erhobenen Einwand zu begegnen, warum zum Beispiel auch unschuldige Kinder oder betrogene Ehepartner Opfer der tödlichen Lustseuche Aids werden, obwohl sie nie eine Beziehung zu irgendwelchen Risikoherden hatten.
Die Ansteckung in diesen Fällen geschieht außer durch Geschlechtsverkehr hauptsächlich durch Bluttransfusion. Verseuchte Babys kommen in der Regel bereits mit dem tödlichen Virus der infizierten Mutter zur Welt. Selbst unschuldig, zahlen sie für die Sünden ihrer Väter oder Mütter, und kaum, daß sie in die Welt gekommen sind, müssen sie diese schon bald wieder verlassen.
Wie in so vielen Fällen dieser Art, wird auch hier von kurzsichtigen Betrachtern immer wieder die uralte Frage gestellt: "Warum läßt Gott so etwas zu?" Es ist die älteste Frage der Welt. Sie wurde schon von den ersten Menschen gestellt - wohlweislich, nachdem von ihnen die erste Sünde begangen wurde. Gott hatte sie dazu nicht animiert, im Gegenteil, er hatte sie ausdrücklich gewarnt.
Wie wir bereits hinreichend festgestellt haben, hat Gott den Menschen seine Gebote gegeben, die bei Beachtung alle schlimmen Folgen auch eine Geisel wie Aids ausschließen. Wenn nun beispielsweise eine schwangere Frau von ihrem Mann angesteckt wird, der zwischenzeitlich bei einer aidsinfizierten Hure gewesen ist, oder wenn die Ansteckung der Mutter durch eine unsaubere Injektionsnadel erfolgte, dann kann man doch nicht so naiv sein und Gott die Schuld zuschieben, wenn Kinder infiziert werden.
Was hat das offensichtliche Vergehen der Eltern mit Gott zu tun? Es ist eine biologische Gesetzmäßigkeit, daß sich bestimmte Dinge von den Eltern auf die Kinder vererben. Oder will man von Gott den man ja ansonsten auch nicht braucht in solchen speziellen Fällen verlangen,

daß er die biologischen Gesetze, die in seinem Schöpfungsplan verankert sind, vorübergehend umstößt? Wer ist denn nun eigentlich gerecht und wer ungerecht? Gott hat ja schließlich den Vater nicht ins Hurenhaus geschickt. Er ist aus eigenem Entschluß dorthin gegangen.
Ein anderes Beispiel: Eine Frau, die raucht, dem Alkohol verfallen oder drogensüchtig ist, während sie mit einem Kind schwanger geht, muß wissen, daß sie dem Neugeborenen oft in verheerender Weise schadet. Trotzdem rauchen und trinken viele werdende Mütter verantwortungslos weiter. Es ist dann aber nicht die Schuld Gottes, wenn das Kind ein bedauernswertes Opfer der Sucht der Mutter geworden ist, sondern die Folgen ihrer Sünden.
Wie sieht es denn heute bei uns aus? Männer schlafen mit Männern, Frauen mit Frauen und was es sonst noch alles gibt. Das finden wir alles in bester Ordnung. Wehe, es wagt mal jemand zu sagen: "Kehrt um und tut Buße!", wie es Johannes der Täufer gesagt hat. Obwohl der Mensch die Krönung der Schöpfung ist, ist er durch eigenes Verschulden zutiefst gesunken.
Betrachten wir einmal unsere Tierwelt. Die Tiere halten sich an die von Gott gegebene Ordnung. Nur der Mensch meint, er könne sich alles erlauben. Kommt dann eine Krankheit wie Aids, dann darf man auf keinen Fall von Umkehr und Einsicht über den Lebenswandel reden, sondern man muß schnell irgendein Mittel finden, das einem erlaubt, genauso weiterzumachen wie zuvor.
Erinnern wir uns: Als seinerzeit werdende Mütter das Arzneimittel Contergan nahmen, brachten sie mißgebildete Kinder zur Welt. Lange hat sich damals die zuständige Pharmaindustrie gegen den Vorwurf der offensichtlichen Schädlichkeit des von ihr hergestellten Medikaments gewehrt. Dann mußte sie Milliarden an Entschädigung zahlen. Trotzdem aber bekam keines der Kinder dadurch wieder gerade Glieder. Sie blieben gezeichnet, und so mancher kurzsichtige Zeitgenosse schielte vorwurfsvoll zum Himmel, wenn er so ein behindertes Kind sah: "Wie kann Gott nur so etwas zulassen …?" Es war aber nicht Gott, der in der Giftküche des Pharma-Konzerns das verhängnisvolle Präparat zusammengemixt hatte.
Noch bis Mitte 1986 sind bei uns in Deutschland amerikanische Blutkonserven verwendet worden. Jahre zuvor hatte man schon davor gewarnt, nachdem andere Länder das US-Plasmaderivat, das zur Versorgung von Blutern verwendet wurde, bereits kategorisch verboten hatten. Doch das Gesundheitsministerium in Bonn hatte lange geschlafen. Die Folge davon war, daß mehr als die Hälfte der von der Bonner Universitätsklinik betreuten und behandelten Bluter-Patienten durch die Übertragung aidsverseuchter Gerinnungspräparate infiziert wurden.
Oder nehmen wir in bezug auf das Leiden gerade der Kinder das klassischste aller Beispiele, den Krieg. Wie viele unschuldige Kinder kommen dabei um. Die Schuld haben ihre Väter, die Gottes Gebote mißachten durch Haß, Machthunger, Eroberungslust und das Töten überhaupt. Gott hat den Menschen immer wieder mit Nachdruck auferlegt, sich untereinander zu lieben, ja sogar ihre Feinde zu lieben.
Wenn die Menschen dann aber für ihr Fehlverhalten die Rechnung präsentiert bekamen, klagten sie Gott an. Hinzu kommt dann noch, daß Leute, die solche anklagenden Reden führen, in der Regel gar nicht an Gott glauben. Sie leben zumeist in totaler Gottesferne. Wie können sie Gott kritisieren, dessen Existenz sie bewußt leugnen? Hier wird doch der ganze Widersinn einer solchen Handlungsweise offenkundig.
Wenn es beispielsweise allein in Schwarzafrika über 20 Millionen Aidskranke gibt, dann ist dies neben der Homosexualität und der weit verbreiteten Prostitution auch auf die chaotischen Verhältnisse des wahllosen Geschlechtsverkehr der Männer zurückzuführen, die völlig zügellos und primitiv nur ihrer animalischen Lust leben und damit den Aids Virus epidemisch über den ganzen Kontinent streuen.
Die Bibel sagt uns schon lange, was richtig und was falsch ist. Aber der Mensch sagt: "Ich will tun, was ich will …" Und der Gesetzgeber unterstützt ihn dabei noch, indem er Schwu-

lengesetze macht, die das widerwärtige Treiben der Homosexuellen rechtfertigt, hoffähig macht und legalisiert. Anschließend wundern sich dann alle, wenn Gott den Menschen die Konsequenzen für ihr sündiges Tun auferlegt.

Die Macht der Finsternis

Aus Jesu Endzeitreden wissen wir, daß in den letzten Tagen überall Finsternismächte auftreten und gewaltig zunehmen werden. Ihr Wirken unter den Menschen wird riesengroß sein und sich auf alle natürlichen und übernatürlichen Bereiche erstrecken.

Die derzeitige Situation unseres gesellschaftlichen Lebens bietet sich für diese unheilvolle Entwicklung geradezu an. Wenn wie dies in unseren Tagen augenscheinlich geschieht auch der letzte Rest von Gottesglauben aus den Herzen der meisten Menschen vertrieben wird, dann entsteht hier ein Vakuum.

Und in dieses Vakuum stoßen gezielt die Mächte der Finsternis. Sie füllen diesen Leerraum mit allen nur erdenklichen Formen des Okkultismus und des Aberglaubens. In dem Maß, in dem sich die Menschen von der Verehrung Gottes abwenden, öffnen sie sich bereitwillig übernatürlichen Dingen und Strömungen aller Art. Eine Welle des Bösen rollt über unser Land, und die Beschäftigung mit dem Übersinnlichen treibt überall Blüten. Es ist heute schlimmer als im Mittelalter. Die okkulte Invasion hat in unserer westlichen Welt bereits Ausmaße angenommen, die als alarmierend angesehen werden müssen.

Wer kümmert sich heute noch darum, daß Gott einmal gesagt hat: "Du sollst keine anderen Götter neben mir haben"?

Unlängst haben sich bei einem Kongreß in Berlin 700 Sterndeuter ein Stelldichein gegeben. Die Zahl der Handlinienleser, Kartenleger und Tischrücker wird bei uns auf über 100.000 geschätzt. Es ist eine blühende Dienstleistungsindustrie. Der geschätzte Jahresumsatz geht in die Milliarden. … Die esoterische Literatur stellt zur Zeit einen Anteil von über 10 Prozent des gesamten Bücherangebots. Darunter befinden sich Publikationen besonders über Astrologie, Magnetismus, Hypnotismus, Spiritismus und Hellsehen. … Dies alles sind Gewächse der Hölle.

Der inzwischen heimgegangene Evangelist Walter Wilms hat dazu einmal geschrieben: "Wer mit seiner Not nicht zu dem lebendigen Gott und seinem Wort Zuflucht nimmt, sondern zu solchen Mitteln und Irrlehren, geht mit dem Teufel ein Vertrauensverhältnis ein. Ob er es weiß und will oder nicht, die Verbindung ist geknüpft. Natürlich denkt man nicht, daß dieses Tun üble Folgen haben könnte. Man nimmt diese Hilfe gern an.

Manche denken: Es ist gleich, ob Gott hilft oder Satan. Sie wissen aber nicht, daß Satan sich diese Hilfe teuer bezahlen läßt. Das Schlimmste aber ist, daß solche Seelen dann nicht mehr an den lieben, helfenden Gott glauben können, der in Jesus Christus allen Menschen eine Erlösung geschaffen hat."

Und Pfarrer J. Chr. Blumhardt, der bekannte Kämpfer gegen Aberglauben und Zauberei, stellte in einem seiner Bücher fest: "Die traurigste Folge für den Menschen, wenn er seine Abgötterei nicht bekennt und bereut, kommt nach dem Tode …"

Gott warnt uns: "Was der Mensch sät, das wird er auch ernten" (Galater 6, 7), und Paulus sagt uns im 1. Korintherbrief: "Götzendiener werden das Reich Gottes nicht ererben."

Im letzten Buch der Bibel steht geschrieben, daß Zauberer und Götzendiener, wenn sie in ihrer Sünde beharren, auf ewig verloren gehen (Offenbarung 21, 8 und 22, 15).

Es ist inzwischen überall Mitternacht geworden. Fragwürdige diesbezügliche Angebote bieten unter anderem die Volkshochschulen überall in Deutschland, besonders im Bereich der Esoterik und New Age. Aber auch auf dem Gebiet der "Gesundheitsbildung" gibt es einen Boom mit Yoga, autogenem Training und Bioenergetik. Psycho-Kulte aller Art breiten sich wie ein Steppenbrand aus. Da blühen Okkultismus, Esoterik, Magie, Hexenglauben, New Age, Geistheilung, Reinkarnation, Schamanismus, Satanismus usw. Wir leben, wie gesagt, in einer Welt,

in der die dämonischen Bewegungen aller Art oben auf sind, wo sie gesellschaftsfähig geworden sind und sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.
Wir leben in der von der Bibel vorausgesagten Abfallzeit, wo Glaubenssubstanz verworfen wird und wo man Gott längst in Pension geschickt hat. Er paßt nicht mehr in die Vorstellungswelt der meisten Menschen. Man ignoriert sein Wort, die Heilige Schrift, wo immer man kann. Bekämpft jede sittliche Ordnung, soweit sie sich auf die Richtlinien der Bibel bezieht. Die Menschen suchen sich selbst zu helfen, ohne Gott, ohne Bibel, ohne Gebet. Sie sagen: Hilf dir selbst. Sie vertrauen nur auf ihre Intelligenz, auf ihr Geld usw. …
Besonders schlimm ist es auf dem Gebiet der Gesundheit, dem Hauptproblem, der Nummer eins. Dabei suchen immer mehr Menschen Hilfe im okkulten Bereich, bei paramedizinischen Heilmitteln. Die Folgen sind oft schrecklich, verheerend. Es geht bei den okkulten Heilmethoden um die sogenannte weiße Magie. Dazu gehören alle fernöstlichen Heilpraktiken, die zum großen Teil ausgesprochen unwissenschaftlichen Praktiken zuzuordnen sind und einen medialen Hintergrund haben.
Sie kommen meistens aus der chinesischen Philosophie mit all ihren okkulten Inhalten. Auffallend ist unter anderem, daß medial veranlagte Menschen viel eher auf diese Heilmethoden ansprechen als zum Beispiel gläubige. Es gibt chinesische Ärzte, die weigern sich deshalb Patienten zu behandeln, die aus christlichen Kulturkreisen kommen.
Nun, wir wissen, daß auch die Wunderheiler Erfolge aufzuweisen haben. Das spricht aber noch lange nicht für die Richtigkeit ihrer Methoden. Heilungen dieser Art geschehen auch bei Magiern, bei den Medizinmännern im Busch und bei den Zauberdoktoren und den Naturreligionen in Afrika, Asien und Südamerika. Es sind zum Teil sogar verblüffende Erfolge. Sogar solche, die im Namen Jesu heilen, wie zum Beispiel die Christliche Wissenschaft, kann mit beachtlichen Heilerfolgen aufwarten.
Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß sie auch in göttlichem Auftrag handeln bzw. unter göttlicher Salbung stehen. Ein gläubiger Christ sollte sich niemals in diese Bereiche begeben. Mediale Kräfte sind immer gefährlich. Ein Christ sollte sich in allen Dingen stets unter den Schutz Jesu stellen. Auf keinen Fall sollten wir nach dem Motto handeln: Gesundheit um jeden Preis.
Ein junger Mann kam mit einer lebensbedrohenden Krankheit in die Praxis eines dieser ominösen Heiler. Zuvor hatten ihm die Ärzte wenig Hoffnung auf eine Besserung seines Zustandes gemacht. Der Heiler bediente sich während der Untersuchung seiner Apparaturen und stellte dabei eine hundertprozentig treffsichere Diagnose.
Auch die anschließende Behandlung war erfolgreich, und der junge Mann wurde wieder gesund. Er wußte aber nicht, daß er sich in die Hände eines medialen Heilers begeben hatte, und so mußte er seine Gesundheit teuer bezahlen. In der Folge stellten sich bei ihm gravierende körperliche Veränderungen ein.
Wenn er in die Kirche ging oder daheim die Bibel lesen wollte, bekam er plötzlich körperliche Schmerzen. Auch hatte er keine Freude mehr am Beten. Wenn er christliche Lieder singen wollte, versagte ihm die Stimme. Dazu stellten sich gleichzeitig auch charakterliche Veränderungen ein. Er wurde Alkoholiker und Kettenraucher, der am Tag bis zu 80 Zigaretten rauchte. Dazu kamen Depressionen und zuletzt ein völliger seelischer Bankrott. Er war zwar zunächst körperlich geheilt gewesen, aber schließlich seelisch ruiniert.
Okkulte Praktiken befreien nicht, sie knechten. Die Bibel sagt in Galater 5, 1: "Zur Freiheit hat Christus uns befreit. So stehet nun fest und lasset euch nicht wieder in das knechtische Joch fangen."
Leider haben dunkle Mächte inzwischen auch in christliche Kreise Einlaß gefunden. So entstand vor einiger Zeit in Stuttgart ein "Arbeitskreis für christliche Meditation und Yoga". Man suchte dort neue Wege zu religiösem Erleben und spirituellen Erfahrungen. Übungen aus an-

deren Religionen seien gefragt. Die Leiter dieses Kreises sind evangelische Pfarrer.
Die Meditation, von der hier die Rede ist, ist eine Art Selbsthypnose durch Autosuggestion, eine Technik der psychischen Selbstbeeinflussung. Wenn sich der Mensch etwas selbst einsuggeriert, dann ist das immer eine ungöttliche Handlung. Die Meditation gehört in den Bereich der Psychoanalyse und ist aus der Hypnose entstanden. Im Mittelpunkt steht immer das Ich des Menschen. Eine Innenschau, eine Versenkung, ein Zustand der Entrückung, eine Traumwelt der Phantasie. Der Mensch konzentriert sich nur auf sich, nicht auf Gott.
Ähnlich ist es beim Yoga. Yoga ist heute weit verbreitet und kommt aus dem Buddhismus und dem Taoismus. Letzteres ist eine chinesische Volksreligion und hat mit Aberglaube und Zauberei zu tun. Es ist ein Teilbereich des Spiritismus und total unvereinbar mit dem christlichen Glauben. Wenn es das Ziel von Meditation und Yoga ist, eine Art Selbsterlösung zu erlangen, dann ist Jesus Christus natürlich überflüssig geworden.
Wir sollten grundsätzlich festhalten: Es gibt in dieser Welt zwei Quellen, aus denen der Mensch schöpfen kann. Die eine Quelle ist Gott und die andere die Macht der Finsternis mit ihrem beherrschenden Fürsten Satan. Wir können Hilfe von der einen Seite bekommen, wir können uns aber auch der anderen Seite zuwenden und den Weg der finsteren Mächte wählen. Aber Letzteres führt unweigerlich in Gebundenheit, Ausweglosigkeit und ewige Nacht.
Im übrigen verbietet uns die Heilige Schrift ausdrücklich, Hilfe bei der Quelle zu suchen, die nicht von Gott kommt, denn das würde bedeuten, fremde Götter und Götzen anzurufen. Gott, unser Herr, mahnt uns in 2. Mose 20, 3-6:
"Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem. was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist. Bete sie nicht an und diene ihnen nicht! Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, aber Barmherzigkeit erweist an vielen Tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten. Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen, denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht."
Auch der Apostel Paulus warnt in seinem Brief an die Gemeinde in Galatien eindringlich vor Götzendienst und Zauberei und sagt dazu, daß die, die solches tun, das Reich Gottes nicht erben werden.
Das sind harte Urteilsworte Gottes. Sie sind um so ernster zu nehmen, da, wie es uns die Bibel sagt, unser Universum von okkulten Kräften voll durchdrungen ist. Das ist genau das, was Paulus an anderer Stelle sagt:
"Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel."
Der "Gott dieser Welt" verblendet seine Opfer mit Geheimwissen aus allen möglichen dunklen Quellen. Dabei ist eine weitverbreitete Greuelsünde, wie gesagt, der Aberglauben.
Was ist Aberglauben? In dem Wort Aberglauben finden wir zunächst das Wort Glauben. Aber es steht nicht allein, denn es wird von dem Wort "aber" begleitet. Aberglauben ist also nicht dasselbe wie Glauben. Es ist vielmehr ein Irrglauben. Glauben ist für wahre und überzeugte Christen ausschließlich der Glauben an den lebendigen Gott und seine übernatürliche Kraft. Was den Aberglauben betrifft, so bezieht sich dieser dagegen nicht auf Gott, sondern auf einen anderen, den "Fürsten der Welt".
Das heißt also, auf der einen Seite steht Gott und auf der anderen Satan. Dazwischen steht der Mensch. Diese Konstellation ist gerade heute in unseren Tagen ausgeprägter denn je. Wenn der Mensch an Gott glaubt, dann kommt er auch unter göttlichen Einfluß. Glaubt er dagegen an den Teufel und seine Macht, so kommt er unter dessen Einfluß. Es gibt ein Sprichwort, das

besagt: "Wenn man dem Glauben die Tür weist, kommt der Aberglaube zum Fenster herein." "Wenn euch Jesus nun frei macht, so seid ihr wirklich frei" (Johannes 8,36). Und an anderer Stelle heißt es: "Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, daß er die Werke des Teufels zerstöre" (l. Johannes 3,8).

Quo vadis Deutschland?

Die Bibel zeichnet ein sehr drastisches Bild von der sittlichen Verwahrlosung der Menschen in der Endzeit, die ihren Impulsen unbeherrscht und betont egoistisch freien Lauf lassen, ungeachtet der Gebote Gottes. Bei dem Bestreben eines totalen Auslebens sündhafter Bedürfnisse spielt auch bei uns in Deutschland immer wieder die Forderung nach genereller Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 eine Rolle.

Begonnen hatte die Debatte um die Liberalisierung dieser Gesetzesvorschrift bereits im Jahre 1976. Damals zur Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn lag die Zahl der Kindestötungen bei etwa 8.000 im Jahr. Heute gehen die Zahlen bereits in die Hunderttausende. Als dann die C-Regierung wieder an die Macht kam, wurde es keineswegs besser. Inzwischen wurden Millionen Kinder ermordet als Folge der Inkonsequenz auch der sogenannten christlichen Politiker, die nur noch Wenn- und Aber-Paragraphen zustande brachten. Das Töten geht ungehindert weiter, und das 5. Gebot Gottes, "Du sollst nicht töten", ist regierungsamtlich außer Kraft gesetzt. Töten wurde damit legal.

Bei den mit staatlicher Duldung einhergehenden Verbrechen am ungeborenen Leben besteht ein sichtbarer Zusammenhang mit der schwindenden Bindung an den christlichen Glauben. Kaum ein anderes Vorkommnis charakterisiert so sehr das sich in permanenter Auflösung befindliche Rechtsbewußtsein wie der Kinder-Holocaust in Deutschland, der alljährlich 300.000 Abtreibungsopfer fordert. Das sind dreimal mehr Menschen, als der Hiroshima-Bombe zum Opfer fielen. In einer einzigen Woche werden bei uns 2.500 Kinder qualvoll im Mutterleib ermordet. Umgerechnet sind das täglich rund 15 Schulklassen mit jeweils 23 Schülern. Für sie gibt es nicht mal ein Grab, noch Blumen, noch Tränen …

In einer Gesellschaft, in der selbst bei Schwerstkriminalität die Todesstrafe abgeschafft ist, hat jede Mutter das Recht, gegen ihr Kind ein Todesurteil zu fällen. Welch eine Ironie. Dabei hat solch ein Kind überhaupt nichts verbrochen, außer unerwünscht zu sein. Die Tötung unschuldiger Menschen zu legalisieren, das heißt, sie beliebig ausradieren zu können, war bisher nur in Unrechtssystemen möglich.

Das ist eine einmalige Katastrophe auf dem Gebiet der Rechtsordnung unseres Landes und eine bewußte Entscheidung, den Weg ohne Gesetz zu gehen. Somit kann die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Rechtsstaat betrachtet werden. Es kann angesichts der Erosion des Unrechtsbewußtseins nicht genug über Abtreibung und die damit zusammenhängende Problematik geschrieben werden.

Ein Theologe sagte einmal sehr richtig: "Wenn man der Mutter das Recht gibt, ihre ungeborene Tochter zu töten, weil sie ihr eine Last ist, dann gibt man der Tochter dasselbe Recht, ihre Mutter aus demselben Grund zu töten. Freie Abtreibung bedeutet früher oder später freie Euthanasie, weil man in beiden Fällen dasselbe Recht zu töten bestimmten Personengruppen in besonderen Umständen überläßt. Das zugrunde liegende Denkschema ist exakt dasselbe.

Inzwischen haben wir in der Bundesrepublik einen Keller voller Leichen, und man muß sich fragen, wie unsere verantwortlichen Politiker, besonders die mit dem "C", mit einer solchen Hypothek leben können. Ein Journalist fragte einmal einen Politiker in Bonn: "Herr Abgeordneter, beten Sie?" Die Antwort war kurz und unmißverständlich: "Ich führe keine Selbstgespräche." Für solche Leute ist Gott tot. Sie sind aber mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt zunehmend in einem Chaos landet, weil sie sich nur vom Zeitgeist leiten lassen und nicht von dem, was die Bibel den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreibt.

Ein verantwortungsbewußter Arzt hat dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland einmal

einen Brief geschrieben, indem es unter anderem heißt:
"Haben Sie, Herr Bundeskanzler, nicht folgenden Eid geschworen: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen … Schaden von ihm abwenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen … und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde? Meine Freunde und ich bitten Sie, diesen Schwur in die Tat umzusetzen, das heißt unter anderem, das im Grundgesetz garantierte Lebensrecht zu verteidigen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, also auch gegen das wehrlose Ungeborene, um so Schaden von unserem Volk abzuwenden …
Auch Sie, Herr Bundeskanzler, werden einmal vor dem Thron des Weltenrichters stehen müssen, des wirklichen Herrn über Leben und Tod. Dort werden bei der letzten, für jeden von uns entscheidenden Abstimmung, auch diejenigen Stimmrecht haben, deren Stimmen hier auf Erden vorzeitig zum Schweigen gebracht wurden, aus mangelnder Opferbereitschaft, Feigheit oder ideologischer Verblendung … Denn das Blut dieser unschuldigen Kinder, die nach Gottes Ebenbild geschaffen sind, schreit zum Himmel. Und was wollen Sie einst dem Schöpfer antworten, wenn er Sie nach den Kindern fragt, die unter Ihrer Kanzlerschaft nicht geboren werden durften, obwohl er sie in seinem Schöpfungsplan vorgesehen hatte?"
Eine christliche Informationsschrift hat einmal, was die Leichtfertigkeit in den politischen Entscheidungen der Regierenden unseres Landes betrifft, halb ironisch und halb "prophetisch" festgestellt: "Wäre zum Beispiel Helmut Kohl heute ein ungeborenes Kind, wäre er mit großer Wahrscheinlichkeit abgetrieben worden. Nach einer Befragung im Auftrag des Bundestages sehen fast 55 Prozent von befragten Frauen eine Veranlagung zu Übergewicht als hinreichenden Grund für eine Tötung des Kleinstkindes aus eugenischen Gründen. So sehr hat das schwergewichtige Kabinett schon gegen sich selbst gearbeitet."
Speziell zum Thema "Kohl und Abtreibung" äußerte sich auch der inzwischen als konsequenter Gegner der Abtreibung bekannt gewordene lutherische Theologe Dr. Johannes Lerle aus Erlangen, indem er zunächst auf die frommen Worte des Bundeskanzlers hinwies, die dieser auf der EKD-Synode Anfang November 1997 in Wetzlar lauthals von sich gegeben hat. Dr. Lerle fuhr dann fort: "Doch im Jahre 1995 stimmte Kohl für ein Gesetz, das die Bundesländer verpflichtet, 'ein ausreichendes Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen' sicherzustellen. Das heißt, auch Kohl hat durch seine Zustimmung andere beauftragt, Tötungskapazitäten bereitzustellen. Auf diesen Auftrag können sich Kindermörder berufen.
Zum Boykott der bundesdeutschen Rechtsstaatlichkeit und der von allen ethischen Imperativen abgekoppelten Moralauffassung unseres Volkes schreibt der Politologe Professor Günter Rohrmoser in "Der Ernstfall - Die Krise unserer liberalen Politik":
"Wenn etwa die Tötung unschuldigen wehrlosen Lebens für rechtens gehalten und für straffrei erklärt wird, wie das im Beschluß des Bundestages zur Fristenlösung geschehen ist, dann wanken die Fundamente unseres Rechtsstaates. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist zum einen gegeben vor Gott. Sie hat die Würde und damit das Leben des Menschen zum höchsten Gesetz des Staates erklärt, und sie hat das natürliche Sittengesetz anerkannt.
Bei der Debatte um den Abtreibungsparagraphen hat sich gezeigt, daß das Gefühl für Sittlichkeit sich so gut wie verflüchtigt hat. Wenn sich aber die Einsicht in die sittliche Natur auflöst, dann kann auch der Rechtsstaat auf Dauer nicht mehr bestehen bleiben. Ein Rechtsstaat, der zu seiner Grundlage und Voraussetzung nicht die gelebte Sittlichkeit seiner Bürger hat, wird sich auf Dauer selbst vernichten und wird neue Formen der Barbarei ermöglichen, von denen wir einige Erfahrungen in unserem Jahrhundert schon gemacht haben."
Wir alle kennen die Geschichte im 1. Buch Mose, wo der Herr sprach: "Es ist ein großes Geschrei über Sodom und Gomorrah, daß ihre Sünden schwer sind … und die Sonne war aufgegangen auf Erden, als Lot nach Zoar kam. Da ließ der Herr Feuer und Schwefel regnen vom Himmel herab auf Sodom und vernichtete die Städte und die ganze Gegend und alle Einwoh-

ner der Städte und alles, was auf dem Land gewachsen war." Sodom wurde so vollständig in Schutt und Asche gelegt, daß es selbst den tüchtigsten Archäologen später nicht gelang, auch nur die geringste Spur dieser Stadt wiederzufinden.
In der Bibel steht Sodom für Gottlosigkeit, denn in dieser Stadt waren die greulichsten Sünden zu Hause. Die sexuelle Perversion in dieser Stadt ist inzwischen sprichwörtlich geworden. Dort wurden Homosexualität, Lesbianismus und alle Arten sexueller Abartigkeit offen praktiziert, genau wie heute in unseren Tagen und in unserem Land.
Wie nahe stehen wir heute Sodom? Der bibelgläubige amerikanische Autor Dr. M. Panton schreibt dazu: "Sodom ist ein Beispiel für das kommende Weltgericht. Unser Herr sagt ausdrücklich, daß die Zustände am Ende der Tage im Prinzip denen von Sodom gleich sein werden. In Gottes Wort finden wir häufige Parallelen in bezug auf die Welt als auch auf die Heilsgeschichte. Gott handelt unter gleichen oder nahezu gleichen Umständen immer gleich. So kann man den Untergang Sodoms und das Entkommen Lots dem Untergang der Welt und der Entrückung der Gemeinde Jesu gleichsetzen.
Es gibt eine Grenze für die Sünde. Ist diese Grenze überschritten, dann ist das Gericht unausweichlich und beschlossen. Übergroße Bosheit ist immer der Beweis bevorstehenden Gerichts, weil von denen, die freiwillig Gott den Rücken zugekehrt haben, gesagt wird: 'Darum hat Gott sie auch dahingegeben' (Römer 1,24)."

In den Fußstapfen von Herodes

Jeder Bibelleser kennt die Geschichte der unschuldigen Kinder. Sie ist eng mit dem Namen Herodes verbunden. Wir lesen über den Kindermord des Königs von Judäa im Matthäus Evangelium im 2. Kapitel. Dort heißt es, daß der König sehr zornig über die Geburt Jesu war und alle Kinder "in Bethlehem und in der ganzen Gegend, die zweijährig und darunter waren", töten ließ. Herodes lebt heute noch, tausendfach sogar, in all den feigen Kindermördern überall in der Welt, wo unschuldige, menschliche Wesen rücksichtslos und brutal getötet werden. Damals, vor 2.000 Jahren, war es Machtgier und Angst vor einem "Konkurrenten".
Heute ist es Egoismus, der Menschen veranlaßt, unerwünschtes Leben grausam zu vernichten. Geändert haben sich die Zeiten lediglich um eine unwesentliche Nuance. Damals waren es rohe Soldaten mit dem Schwert, die den Babys den Kopf abschlugen, heute ist es der Herr Doktor im weißen Kittel, der mit Hilfe modernster medizinischer Technik den Körper des werdenden Kindes zerstückelt und absaugt. Überall in der Welt sind Ärzte am Werk, die diese grausame Schlachterei für eine Handvoll Silberlinge ausführen.
Diese hochgebildeten und gelehrten Akademiker haben allesamt einmal einen Eid geschworen, den man den Hippokratischen Eid nennt und der für die Ärzte seit Jahrhunderten als moralischer Grundsatz verbindlich gilt und von dem ihre Tätigkeit an den Menschen geleitet werden sollte. In diesem Eid, der an den Wänden vieler Arztpraxen stilvoll eingerahmt hängt, heißt es: "Ich werde keinem, und sei es auf Bitten, ein tödliches Gift verabreichen, noch einen solchen Rat erteilen, desgleichen werde ich keiner Frau ein abtreibendes Mittel geben." Es mutet darum schon schizophren an, wenn man weiß, daß durch Abtreibung weniger als ein Prozent der Ärzte mehr Menschenleben beenden, als die anderen 99 Prozent jährlich durch ihre Arbeit erhalten können.
Vor einigen Jahren erzählte die Krankenschwester Anne-Katrin Asmussen in "Idea-Spektrum" von der Zeit ihrer Ausbildung in einem kleinen Kreiskrankenhaus in der Nähe von Hamburg. Dort war sie im OP eingesetzt und es war regelmäßig ihre Aufgabe, das abgesaugte "Material" eines "Schwangerschaftsabbruchs" unter fließendem Wasser in einem Sieb zu spülen, mit einer Pinzette die Teilchen in Formalinlösung zu legen und an ein Institut zur Gewebeuntersuchung zu schicken.
"Oft fischte ich dabei winzige Ärmchen und Beinchen heraus", schreibt sie. "Mir wurde dabei immer übel … Einmal erlebte ich ein Schwangerschaftsende im sechsten Monat mit. Die Frau

hing am Wehentropf, das heißt, die Wehen wurden mit einem Medikament künstlich eingeleitet. Die Preßwehen setzten ein. Ich rief den Arzt. Der im Bett liegenden Frau wurde ein Steckbecken untergeschoben, und das Kind fiel hinein. Es wimmerte. Die Frau fragte ungläubig: 'Lebt es etwa? Schreit es?' Das Kind wurde vom Arzt abgenabelt und der Deckel auf das Steckbecken gelegt. Ich brachte das Becken in den Spülraum unserer Station, wo es nach Vorschrift zwei Stunden stehen mußte. Dann war das Kind schließlich tot. Es kam zum klinischen Müll.

In einem anderen Fall war das abzutreibende Kind im fünften Monat in einer sogenannten Querlage und konnte im Mutterleib nicht gedreht werden. Die Mutter wurde in den OP gebracht, da die Hebammen sich weigerten, diese 'Geburt' durchzuführen. Der operierende Arzt erzählte mir nach dem Eingriff, daß er das Kind im Mutterleib zerschneiden und die Teile einzeln herausholen mußte, um einen Kaiserschnitt zu verhindern."

Melody Green berichtet in ihrem Artikel "Kindersachen zum Wegwerfen?" von einem Arzt, dem, nachdem er seine erste Abtreibung durchgeführt hatte, so schlecht wurde, daß er glaubte, sterben zu müssen. Wochenlang hat er Depressionen gehabt und an Selbstmord gedacht. Er sagte: "Das erste Mal fühlte ich mich wie ein Mörder, aber ich tat es immer wieder … und jetzt, 20 Jahre später, muß ich erkennen, was aus mir als Arzt und Mensch geworden ist. Natürlich wurde ich verhärtet. Natürlich war das Geld wichtig. Und es war ja so leicht, als ich erst einmal den Schritt getan hatte, diese Frauen wie Tiere anzusehen und diese Babys als bloßes Gewebe."

Melody Green beschreibt dann die am häufigsten angewandten Abtreibungsmethoden. Zunächst die sogenannte Curettage. Dabei "wird die Öffnung des Muttermundes mit einer Reihe von Instrumenten erweitert, um das Einführen des Bogenmessers oder eines scharfen Instruments zum Schaben in dem Uterus zu ermöglichen. Oft wird dabei der Fötus in Stücke geschnitten und dann von der Gebärmutter abgeschabt."

Beim Absaugen "wird der Muttermund ebenfalls zunächst erst einmal erweitert und durch ihn ein flexibler Plastikschlauch eingeführt. Das Kind wird dann durch einen Sog, der etwa zehnmal stärker ist als der eines Staubsaugers, auseinandergerissen und als Gewebebrei abgesaugt."

Die Salzvergiftung wird in der Regel ab der 16. Schwangerschaftswoche angewandt, "wenn sich in der Fruchtblase um das Baby genug Flüssigkeit angesammelt hat. Etwas von dem Fruchtwasser wird entnommen und statt dessen eine starke Salzlösung eingespritzt. Das hilflose Baby schluckt dieses Gift und leidet sehr stark. Es stößt und zuckt heftig, da es durch diese Lösung buchstäblich bei lebendigem Leib verbrannt wird. Bei dieser Methode dauert es über eine Stunde, bis das Baby tot ist. Die äußere Schicht der Haut wird vollständig verbrannt. Innerhalb von 24 Stunden setzen gewöhnlich die Wehen ein, und die Mutter bringt ein totes Kind zur Welt."

Dann gibt es noch die chemische Abtreibung (Prostaglandin). Bei dieser neuesten Form der Abtreibung "werden Chemikalien verwendet, die bewirken, daß sich der Uterus stark zusammenzieht und dabei das Baby hinausgestoßen wird. Die Kontraktionen sind so außerordentlich stark, daß manche Babys dadurch schon geköpft wurden. Die Nebenwirkungen für die Mutter sind zahlreich. Einige starben sogar an Herzinfarkt, als ihnen die Chemikalien eingespritzt wurden."

Nicht zuletzt noch ein Wort zur Abtreibung durch Kaiserschnitt. Da wird das Baby losgeschnitten, in einen Behälter geworfen und ebenfalls dem Tod überliefert. Babys in einem bestimmten Alter bewegen sich dabei noch, atmen und schreien, bevor sie zitternd im Mülleimer sterben. Anstelle einer warmen Wiege finden sie ein kaltes Grab.

Der Jude Dr. Bernhard Nathanson war Leiter der größten Abtreibungsklinik der USA und verantwortlich für 75.000 Abtreibungen. Eines Tages verspürte er in seinem Gewissen die schwe-

re moralische Last, die er sich durch das Töten unschuldiger Kinder aufgeladen hatte, und nahm eine radikale Kehrtwendung vor. Seither führt er einen entschiedenen Feldzug gegen die Abtreibung und hält Vortragsreihen überall in der Welt. Dazu schuf er einen Film "Der stumme Schrei", der zu den erschütterndsten Dokumenten über den Kindermord gehört.
Ein Sprecher der "Aktion SOS Leben", der den Film sah, schrieb zu diesem Streifen, in dem die Reaktionen des Kindes im Mutterleib während der Abtreibung gezeigt werden: "Sie hätten dabei sein sollen, um den Widerstand des Kindes zu erleben. Man glaubt einen ausgewachsenen Menschen im Augenblick der Folter zu erkennen. Der Mund öffnet sich wie zum Aufschrei … Das Kind versucht, auf die dem Folterwerkzeug und dem Tod entgegengesetzte Seite des Mutterleibes zu entfliehen … Solche Grausamkeit geschieht allein in der Bundesrepublik durchschnittlich alle zwei Minuten."
Eine Abgeordnete der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin, hat einmal vor Jahren gesagt: "Das Abholzen alter Kastanien tut mir viel, viel mehr weh als das Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will … Es ist Urschleim, von dem sich die Frau um ihrer Selbstbestimmung willen trennen kann."
Nun ist es eine Tatsache, und das wird auch von den Ärzten nicht bestritten, daß sich ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei und Samenzellen und deren Einnistung in die Gebärmutter bereits menschliches Leben entwickelt hat. Beide werden zu einer vollständigen genetischen Einheit, die darauf programmiert ist, sich zu einem erwachsenen Menschen zu entwikkeln. Es ist medizinisch nachgewiesen, daß das Herz des Babys bereits ab dem 18. Tag nach der Zeugung zu schlagen beginnt.
Bis zum 30. Tag haben fast alle Organe schon angefangen sich zu bilden. Nach sechs Wochen bewegt es Arme und Beine, und nach 43 Tagen können sogar die Gehirnströme des Babys abgelesen werden. Es kann Reiz empfinden und Schmerz spüren. Es ist kein Teil der Mutter, sondern eine völlig andere Person. Es hat nämlich nach acht Wochen auch schon eigene Fingerabdrücke. Von diesem winzigen Wesen wird es in der Geschichte der Menschheit kein zweites Exemplar mehr geben. So einzigartig ist das Kind bereits im Mutterleib.
Und die Bibel sagt uns, daß nur Gott das Recht hat, den Mutterleib zu öffnen und zu schließen. Wenn der Mensch diese Dinge in die eigene Hand nimmt, dann bricht er Gottes Gesetze, und das wird nicht ohne Folgen für ihn sein. Wir täuschen uns, wenn wir glauben, Gott würde nicht sehen, was in den Abtreibungskliniken Tag für Tag geschieht. In Sprüche 15, 3 lesen wir: "Die Augen des Herrn sind an jedem Orte, schauen aus auf Böse und auf Gute."
Bei den meisten Frauen bleibt eine Abtreibung "nicht in den Kleidern hängen", wie man sagt. Es ist inzwischen erwiesen, daß nahezu jede zweite Frau, die abgetrieben hat, diese Entscheidung früher oder später bereut und den Schwangerschaftsabbruch am liebsten wieder rückgängig machen würde. Wie die Ärztezeitschrift "Medical Tribune" berichtet, haben zwei von drei Frauen nach einer Abtreibung "für lange Zeit Reue und Schuldgefühle sowie Angstzustände oder schwere Depressionen".
Hinzu kämen auch nicht selten körperliche Leiden wie Migräne, Herzrhythmusstörungen oder Magen-Darm-Beschwerden. Auch in der Beziehung zum Partner würden sich Probleme wie Haßgefühle, Gefühlskälte oder Launen bis hin zur Frigidität ergeben.
In der Schülerzeitung "Scheibenkleister" in Bad Neustadt in Bayern gab eine junge Frau, die abgetrieben hatte, ihren Erlebnisbericht wieder, um junge Menschen davor zu warnen, daß sie sich durch eine unüberlegte Handlung ihr ganzes späteres Leben kaputtmachen. Sie war gerade im ersten Lehrjahr, als sie schwanger wurde. Zusammen mit ihrem Freund ging sie zur Beratungsstelle, nachdem ihr zuvor "liebe Freunde" geraten hatten, das Kind nicht zur Welt zu bringen. Bei der Beratungsstelle schrieb ihr die Sachbearbeiterin eine Indikation. Das ist eine Bescheinigung, die eine angebliche Notlage begründen soll und mit der man dann zum Arzt gehen kann, um "es wegmachen zu lassen".

"Der Arzt überwies mich dann in eine Privatklinik", erzählt die Frau. "Der Tag, an dem die Abtreibung vorgenommen wurde, ist wie ein Brandmal, das ich niemals verlieren werde. So wie dieses Kind dann gestorben ist, ist auch etwas in mir gestorben, das niemals mehr zum Leben erweckt werden kann. Ich würde es heute nie wieder tun, egal, wie meine Umwelt darauf reagiert. Ich lebe nur noch mit der Angst, und ich werde damit nicht fertig. In meinen Alpträumen sehe ich, wie ein kleines Mädchen mit ausgestreckten Armen auf mich zugelaufen kommt und mich immer wieder fragt: 'Warum, Mami, warum'? Danach wache ich schweißgebadet auf. Und dieser Traum und der Blick des Mädchens verfolgen mich, seit ich den Eingriff habe machen lassen."
Zum Schluß fügt die junge Frau dann noch das Übliche hinzu: "Heute bin ich ganz allein, denn mein Freund hat mich inzwischen verlassen. Er wollte seine Freiheit wieder haben …"
Der "Arbeitskreis Leben" in Emden hat in einer Aufklärungsschrift einmal festgestellt: "Die einzige Möglichkeit, Ungeborene zu schützen, geht nur durch ein Gesetz, das die Abtreibung strickt verbietet, ohne den Zusatz eines Wenn- und Aber-Paragraphen. Die Ansicht, daß ein Kind erst ab der Geburt ein Mensch ist, gehört der Vergangenheit an.
Die Zwölf Wochen Frist, in der eine Abtreibung erlaubt ist, ist daher pure Ironie. Jede Frau ist für ihre Schwangerschaft selbst verantwortlich … Daß es Probleme geben kann, wenn eine Schwangerschaft eintritt, ist nicht von der Hand zu weisen, doch dann müssen die Probleme beseitigt werden und nicht das Kind … Erzwungene Beratungen durch den Staat, bei denen der Freifahrtschein zur Abtreibung ausgestellt werden muß, sind nutzlos, da die Frau dann immer noch die letzte Entscheidung hat, über das Leben oder den Tod ihres Kindes zu bestimmen."
Nun, da der Bundestag ein Gesetz beschlossen hat, das das ungeborene Kind der Willkür von Müttern, Vätern, Familien und Ärzten preisgibt, ist der sonst schützende Mutterleib inzwischen zum lebensgefährlichsten Platz in Deutschland geworden, wie in einer großen deutschen Tageszeitung zu lesen war. Der Staat erlaubt die Tötung von Ungeborenen. Die Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen, sofern sie nur die Bestimmungen beachten, die vom Gesetzgeber im § 218 festgelegt sind. Es darf getötet werden, ohne daß eine Anklage erhoben wird, ein Verhör stattfindet und ein Richterspruch erfolgt.
Da alle Parteien, auch die, die sich am Anfang ihres Namens "christlich" nennen, den Kinderholocaust legalisiert haben, ist es damit auch die Mehrheit unseres Volkes, die den Mord an Kindern zuläßt. Die Regierung ist ja schließlich vom Volk gewählt, und auch die Abgeordneten im Parlament. Damit hat das Volk zur Mißachtung von Gottes Geboten freie Bahn gegeben. Des Volkes Stimme wird höher gewertet als Gottes Stimme.
Somit wird die Meinung der Mehrheit zum Maßstab für Recht und Unrecht. Die Rechtsprechung entwickelt sich zur Unrechtsprechung. Das Resultat ist verheerend, wenn die öffentliche Meinung nur noch auf subjektiven Grundlagen und egoistischen Gesichtspunkten beruht, wobei sich jeder selbst der Nächste ist. Dann ist der Mensch und nicht mehr Gott der Maßstab aller Dinge. Er ist sein eigener Gott, sein eigener Gesetzgeber geworden. Recht ist, was die Mehrheit will.
Wenn der Antichrist einmal auf der Bildfläche erscheinen wird, um seine verderblichen Pläne in die Tat umzusetzen, dann wird er hierfür einen vorbereiteten Boden finden, auf dem jegliche satanischen Auswüchse gedeihen können. Auch die staatliche "Infrastruktur" steht ihm dann perfekt zur Verfügung. Staat und Behörden tun heute schon alles, um hergebrachte christliche Lebensnormen und das Bestreben ihrer Befürworter, diese zu schützen und zu erhalten, im Keim zu ersticken.
Da gibt es in Nürnberg ein Krankenhaus, das nennt sich Klinikum Nord. Auf dem Gelände des Klinikums betreibt ein Gynäkologe eine Praxis, in der Schwangerschaftsunterbrechungen ambulant vorgenommen werden. Der Mediziner namens Andreas Freudemann wird für sein

spezielles Handwerk sogar noch von der Krankenkasse bezahlt. Der 45jährige Johannes Lerle aus Erlangen verteilte daraufhin Flugblätter unter dem Titel "Kindermord im Klinikum Nord". Es stand dann noch zu lesen: "Die Opfer werden zu Tode gequält und lebendig in Stücke gerissen …"
Natürlich gefiel dies dem Herrn Doktor keineswegs, obwohl er nicht das Gegenteil beweisen konnte. Aber die Anschuldigung, als Mörder bezeichnet zu werden, kann dem Ruf eines Mediziners nicht gerade förderlich sein. Also erstattete er bei den staatlichen Behörden Anzeige wegen "Beleidigung und Rufschädigung". Was bei solcher Sachlage geschädigt werden kann, das ist doch wohl ausschließlich nur das ungeborene Kind. Der abtreibende Arzt macht dabei nur Profit.
Ein Betrachter hat dazu in einer christlichen Zeitschrift unter anderem festgestellt: "Wer die genannte Zahl von jährlich 2.500 Entkindungen multipliziert mit dem Einzelpreis von rund 350 Mark, der gewinnt eine Vorstellung von der finanziellen Macht, die der … Arzt besitzt. Dem hat der mittellose Johannes Lerle in einer (möglichen) Gerichtsverhandlung nichts entgegenzusetzen außer Gebet."
Eigentlich sollte es in einem solchen Fall selbstverständlich sein, daß sich alle bibeltreuen Gemeinden in ganz Deutschland aufmachen und wie ein Mann hinter Johannes Lerle stellen. Aber selbst viele Christen haben sich in den letzten Jahren bequemerweise daran gewöhnt, die Augen einfach zuzumachen, wenn sie ihr Weg an einer medizinischen Anstalt vorüberführt, von der bekannt ist, daß darinnen auch ungeborene Menschen getötet werden.
Und nicht wenige von ihnen berufen sich im Zusammenhang mit der vom Staat legalisierten Abtreibung und ihrer passiven Haltung dazu fälschlicherweise sogar auf Römer 13, 1, wo Paulus vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit spricht. Sie übersehen dabei aber, daß diese Aussage in unserem speziellen Fall wohlweislich zusammen mit Apostelgeschichte 5, 29 gelesen werden muß, wo die angeklagten Apostel vor dem Hohen Rat standen und Petrus unmißverständlich erklärte, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.
Weder die Obrigkeit noch ein Arzt, der Leben tötet, braucht sich zu wundern, wenn Bürger sich dagegen wehren und initiativ werden. Natürlich wundert es andererseits auch nicht, wenn sich die Handlanger der Justiz dann unverzüglich auf den Weg machen, so wie im Fall Lerle, um in der Wohnung des bösartigen Abtreibungsgegners "belastendes Material" zu beschlagnahmen. Auf den Flugblättern, die sie dort fanden, stand aber nichts anderes als das, was alle Welt ohnehin schon weiß und was überdies die ehrenwerten Politiker in Bonn vor Jahren schon beschlossen haben.
Dies alles hinderte aber die Staatsanwaltschaft in Nürnberg nicht, ein Ermittlungsverfahren in Gang zu setzen. In diesem Fall wird von der Judikatur (Rechtsprechung) nicht Mord verfolgt, wie es eigentlich ihre Aufgabe sein sollte, sondern der, der den Mord anzeigt. Eine Praxis, die die Schizophrenie der endzeitlichen Rechtsstaatlichkeit nicht drastischer aufzeigen kann.
Dieses Spaltungs-Irresein, ein psychopathologischer Zustand, wie es die Wissenschaft nennt, ist im Rahmen der bundesdeutschen Justiz stellenweise auch insofern erkenntlich, als es gerichtlich abgesegnet wurde, daß man Soldaten als potentielle Mörder bezeichnen darf, aber Abtreibung nicht als Mord. Auf diesen Widersinn ging auch der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, in einem Kommentar ein.
Der Vater von zehn Kindern stellte unter anderem fest, daß die Tötung ungeborener Kinder Mord ist. Und Mord, darin müßten sich die Juristen ja eigentlich einig sein, "ist die besonders schwere Form eines Tötungsdelikts, nämlich, wenn zum Beispiel die heimtückische Art der Tötungshandlung dem Ermordeten keine Chance der Gegenwehr läßt (§ 211 StGB).
Und wenn Abtreibung Mord ist, ist eine Abtreibungsklinik ein 'Zentrum des Mordens'. Wenn Abtreibung Mord ist, dann ist einer, der es tut, ein …" - Daß diese Aussage dem Betroffenen nicht gefällt, wundert nicht. Ebenso, daß es einer Stadt nicht gefällt, wenn man ihr Klinikum

'Zentrum des Mordens' nennt. Aber das war bei den Euthanasieärzten des Dritten Reiches und bei den dafür mitverantwortlichen Obrigkeiten nicht anders …
Wohin sind wir gekommen, wenn der Ankläger zum Schweigen gebracht, statt der Täter zur Rechenschaft gezogen wird? Wohin steuert ein Rechtsstaat, in dessen Verfassung zwar steht, daß die Würde des Menschen unantastbar ist, er aber zuläßt, daß sie jeden Tag hundertfach durch die Ermordung von Kindern nicht nur angetastet, sondern ausgelöscht wird?
Der radikale und diesbezügliche entscheidende Einbruch in unsere Rechtsordnung geschah, als vor Jahren das Bundesverfassungsgericht der Abtreibung den Weg ebnete, weil man angeblich rechtlich nicht sicher sagen könne, ob es sich in den ersten Tagen des neuen Lebens schon um menschliches Leben handelt.
Zuvor hatte bereits eine "große Koalition" von CDU/CSU, SPD und FDP ihre Zustimmung zur Abtreibung gegeben und sich damit endgültig vom Lebensrecht des ungeborenen Kindes verabschiedet. Seitdem leben wir auf einem Berg von Kinderleichen, und es ist überdies kein angenehmer Gedanke, zu wissen, daß man unter so viel Mördern lebt.
Inzwischen hat auch das Landgericht in Nürnberg es sich nicht nehmen lassen, zu demonstrieren, was nunmehr "Recht" in Deutschland ist, und hat dem Abtreibungsgegner Johannes Lerle saftige Strafen angedroht, wenn er seine Behauptung, in dem genannten Klinikum geschehe Kindermord, weiterhin aufrechterhalten würde. Das Gericht nannte ein Ordnungsgeld von bis zu 500.000 Mark oder Haft bis zu sechs Monaten … - Der Ausgang dieses unwürdigen Verfahrens vor deutschen Rechtsbehörden war bei Drucklegung dieses Buches nur insoweit bekannt, als Johannes Lerle zunächst zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

In "Gottes eigenem Land"

Es kann, wie gesagt, nicht oft genug über Abtreibung geschrieben werden. Schon deshalb, weil die breite Öffentlichkeit inzwischen weitgehend zur Tagesordnung übergegangen ist. In der Denkweise der meisten Menschen ist der tägliche Kindermord im Mutterleib in den letzten Jahren immer mehr verdrängt worden.
Eine gefährliche und lähmende Gleichgültigkeit hat, selbst in christlichen Kreisen, der anfänglichen Empörung Platz gemacht. Und da wiederum alles ordnungsgemäß gesetzlich abgesichert ist, besteht bei den meisten Menschen kein Grund, gegen staatlich sanktionierte Maßnahmen ihre Stimme zu erheben. Man will ganz einfach seine Ruhe haben. Es gibt schließlich genug andere Probleme, denen man nicht ausweichen kann.
So ist nun mal der Mensch, überall in der Welt, und darum ist das Problem der Abtreibung auch weltweit. Es schreit zum Himmel, ob in Deutschland oder in Amerika. Heute kommt in den USA auf drei Geburten eine Abtreibung. Man spricht von zwei Millionen Abtreibungen im Jahr.
Die amerikanische Krankenschwester Brenda Shafer schilderte vor nicht all zu langer Zeit einen Fall von Abtreibung, der ihr, wie sie sagte, das Blut in den Adern erstarren ließ. Dies geschah im Frauenmedizinischen Zentrum in Dayton/ Ohio:
"Dann schloß der Arzt das Ultraschallgerät an, und ich sah, wie das Baby sich bewegte. Der Doktor zog mit einer Zange erst die Beinchen, dann den Oberkörper heraus, achtete aber genau darauf, daß das Köpfchen im Geburtskanal steckte. Wenn es herausrutscht, und er das Kind tötet, ist es nach US-Gesetz Mord. Wenn es aber drinbleibt, keine zehn Zentimeter von der Geburt entfernt, ist es 'nur' eine Abtreibung. Die Beine strampelten, dann nahm der Arzt eine Schere, stach sie dem Kind in den Nacken, machte ein Loch und saugte das Hirn aus. Der Körper des Babys erschlaffte. Der Arzt zog den Kopf heraus und durchtrennte die Nabelschnur."
In einem Container eines pathologischen Laboratoriums in Los Angeles, das sich auch mit Befunden für Abtreibung befaßte, wurden die zerstückelten Leichen von 17.000 Kindern gefunden. Teilweise waren die toten Kinder schon sieben Monate alt gewesen. In der Folge er-

gab sich unter anderem ein Rechtsstreit wegen der Beerdigung der Embryos, der sogar bis vor den Obersten Gerichtshof der USA getragen wurde.
Eine feministische Frauengruppe setzte sich für eine Verbrennung ein, mit der Begründung, daß eine Beerdigung "die Privatsphäre jener Frauen verletzen würde, die sich einem Schwangerschaftsabbruch unterzogen hätten". Das Gericht entschied dann aber doch zugunsten der Abtreibungsgegner und die Leichenteile wurden in sechs sargähnlichen Behältern in drei nichtgekennzeichneten Gräbern auf einem inoffiziellen Friedhof begraben. Dieser Friedhof trägt den Namen "Odd Fellows Cemetery", was soviel heißt wie "Friedhof für seltsame Leute".
Die Mutter des getöteten Babys in Dayton - sie war bereits im 7. Monat schwanger gewesen - war danach so verzweifelt, daß sie zu Gott schrie, er möchte ihr vergeben.
Welchen Wert auch das ungeborene Leben schon bei Gott hat, erfahren wir aus zahlreichen Aussagen der Bibel. Paulus bekennt: "Gott hat mich vom Mutterleib an berufen" (Galater 1, 15). Daraus ersehen wir, daß Gott also schon das ungestaltete Embryo, das ungeborene Kind, als Mensch betrachtet. David bezeugt: "Du hast meine Lebensmitte bereitet und hast mich gewoben im Mutterleib. Ich danke dir dafür, daß ich wunderbar gemacht bin. Wunderbar sind deine Werke, das erkennt meine Seele" (Psalm 139, 13-14). Gott kümmerte sich also um David, noch ehe er geboren war. Der Prophet Jesaja wurde von Gott geformt, als er sich noch im Mutterleib befand. Das lesen wir in Jesaja 49, 5.
Um den grausigen Bluttaten im Rahmen der Abtreibungen ein Ende zu bereiten, beschloß der US-Kongreß Ende 1995 ein Verbot dieser Schlächterei. Es konnte aber aus einem bemerkenswerten Grund nicht in Kraft treten. Präsident Bill Clinton legte nämlich sein Veto ein. Man muß sich bei dieser Gelegenheit schon fragen, was ist das für ein Mensch, der, obwohl er dazu in der Lage wäre, Unrecht nicht verhindert, das inzwischen zum Himmel schreit.
Der amerikanische Schönheitschirurg Thomas Molnar hatte wegen einer Vielzahl von medizinischen Schweinereien in den USA Praxisverbot erhalten. Daraufhin ging er nach Moskau, um dort einen lukrativen Handel mit abgetriebenen Embryonen zu betreiben. Mit Zustimmung des Präsidenten der russischen Ärztekammer und dem Vizepräsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften legte er mit Körperteilen ungeborener Kinder (voll entwickelte Organe des Fötus) ein Ersatzteillager für wohlhabende Patienten an.
Was bei der Abtreibung mit den noch lebenden Kindern geschieht, schilderte dieser gewissenlose Arzt dem US-Fernsehsender CBS: "Wir zerhacken die Körperteile des Fötus wie eine Zwiebel." Dann werden die zu Brei zermalmten frischen Zellen der einzelnen Organe künstlich am Leben erhalten und konserviert. Das bezieht sich im einzelnen auf Gehirn, Leber, Milz, Magen, Lunge und Herz. Diese Zellen werden dann den Patienten eingespritzt. Eine Behandlung kostet im Durchschnitt 16.000 Mark.
Auch in den USA hat man sich inzwischen mit dem Gedanken vertraut gemacht, medizinische Ersatzteillager der vorgenannten Art anzulegen. Bekannt ist auch geworden, daß Gewebeteile abgetriebener Kinder bereits in das Gehirn beispielsweise von Patienten, die an der Parkinsonschen Krankheit leiden, injiziert worden sind.
Darüber hinaus haben amerikanische Wissenschaftler abgetriebene Babys regelrecht enthauptet und die Köpfe dann längere Zeit künstlich am Leben erhalten. Es war zwar bis zum Jahr 1989 in den Vereinigten Staaten verboten, Experimente mit Embryonengeweben mit staatlichen Mitteln zu begleiten, doch bereits drei Tage nach seinem Amtsantritt leistete sich Präsident Clinton auch hierbei ein Husarenstück und hob kurzerhand dieses Verbot auf. Nun herrschen auch dort russische Zustände.
Was ist nur aus diesem Amerika geworden, diesem einst "Gottes eigenem Land", an dessen Küste die frommen Pilgerväter damals erst auf die Knie gingen, bevor sie ihre Füße auf den Boden setzten und Gott das Land weihten, ein Land, von dem man sagt, daß an jeder Ecke

eine Kirche steht.
Immer mehr glaubensbezeugende Traditionen werden dort in Frage gestellt. Nachdem bereits vor über 30 Jahren durch den Obersten Gerichtshof unter anderem das Schulgebet abgeschafft wurde, hat man damit dokumentiert, daß Gott keine Rolle mehr spielt. 1980 wurde der Film "Die zehn Gebote" aus den Oberschulen verbannt. 1987 wurden "Minuten der Stille" untersagt und 1987 Gebete bei Schulabschlußfeiern.
Durch ein Gesetz im Staat Louisiana wurde Lehrern verboten, die Lehre der göttlichen Schöpfung in den Schulen darzustellen. Zweiundsiebzig amerikanische Nobelpreisträger bezeichneten die biblische Betrachtung der Schöpfung als "pseudowissenschaftliche Lehre". In Kalifornien dürfen auf staatlichem Gelände keine Kreuze mehr aufgestellt werden. Ebensowenig harmlose Krippen zur Weihnachtszeit in öffentlichen Parks.
Der vormalige US-Präsident George Bush scheute sich nicht, Homosexuelle und Lesbierinnen offiziell ins Weiße Haus einzuladen, damit sie an einer Zeremonie teilhaben konnten, wo ein Gesetz gegen deren "Diskriminierung" unterzeichnet wurde. Im selben Sinne erlauben es Gerichte in Amerika, daß Frauen in der U-Bahn "oben ohne", also mit bloßem Oberkörper fahren dürfen. Ferner können nach gerichtlicher Entscheidung inhaftierte Satanskult-Anhänger in den Gefängnissen neuerdings auch Teufelsmessen zelebrieren. Die Richter begründeten die Genehmigung mit dem garantierten Grundrecht auf Religionsfreiheit.
Daß die Vereinigten Staaten immer mehr auf Kollisionskurs mit Gott kommen, ist nicht zuletzt auch deshalb möglich und durchsetzbar, weil diejenigen, die es eigentlich besser wissen müßten, es mit den Geboten Gottes ebenfalls nicht mehr so genau nehmen. Wenn man überlegt, daß die größte protestantische Kirche der USA, die "Southern Baptists", keine Bedenken mehr gegen eine Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge hat, dann weiß man so ziemlich genau, wo wir im Augenblick stehen. Zu dieser Kirche gehört übrigens auch der derzeitige Präsident Bill Clinton. Ebenso sein Vize Al Gore.
Während des Wahlkampfes für die Präsidentenschaft haben sich die Homosexuellen-Organisationen in den USA für Clinton so stark gemacht wie nie zuvor für einen Kandidaten. Und als Clinton es geschafft hatte, da waren die Schwulen Amerikas in Hochstimmung. Clinton hatte ihnen zuvor mehrfach versprochen, er würde dafür eintreten, daß sie nicht länger diskriminiert würden. Schließlich sei die sexuelle Orientierung des einzelnen seine Privatsache.
Nach der Wahl nahmen ihn dann die "Gays" natürlich beim Wort, und Clinton ließ sich nicht lumpen. Er besuchte nicht nur, als erster Präsident der Vereinigten Staaten, eine Galaveranstaltung der Homosexuellen-Bewegung, er votierte auch unverzüglich gegen das Verbot der Homosexualität bei den US-Streitkräften, und zwar mit Erfolg.
Das Land mit dem Sternenbanner gerät unter Präsident Clinton zunehmend ins "rosa" Zwielicht. Analog seiner demonstrativ zur Schau getragenen Sympathie für die Homosexuellen, berief er erst unlängst den sich offen zur Homosexualität bekennenden James Hormel in den diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. Er soll die USA im Großherzogtum Luxemburg als Botschafter vertreten, wobei zwar noch unklar ist, ob sein Lebenspartner als offizieller Botschaftsgatte in Erscheinung treten darf.
Die Clintonsche Lockerungspolitik zielte aber hauptsächlich auf die von seinen Vorgängern verhängten Einschränkungen bei der Abtreibung, so daß wieder grünes Licht zum Massenmord gegeben werden konnte. Der dritte Weltkrieg braucht eigentlich erst gar nicht auszubrechen. Er findet bereits auf den Schlachtbänken der Abtreibungskliniken statt, wo Millionen Ungeborener bestialisch umgebracht werden, ohne sich dagegen wehren zu können. Ihre Zahl wird weltweit mit 60 Millionen jährlich geschätzt.
Dies sind Sittenbilder einer Gesellschaft, wie sie nicht drastischer und grauenerregender gezeichnet werden können. Und dies geschieht, wie gesagt, unter der Verantwortung von Men-

schen, die mit dem Gesangbuch unter dem Arm und mit frommem Augenaufschlag am Sonntag in die Kirche marschieren und dabei nichts weiter als Heuchelei kundtun. Von Clinton wird unter anderem gesagt, er sei während des Gottesdienstes so ergriffen, daß ihm bei den Chorälen die Tränen in den Augen stehen würden. Dieser Mann, der einmal gesagt hat: "Ich glaube nicht, daß nach der Bibel Abtreibung Mord ist", und nach dessen Ansicht die Gebote Gottes zur Homosexualität nichts aussagen, ist inzwischen weit und breit bekannt geworden, auch für recht lockere moralische Grundsätze …

So ist eine Sexklage gegen ihn anhängig. Sie bezieht sich auf die Zeit, als Clinton noch Gouverneur des Staates Arkansas war. Damals habe er eine Mrs. Jones "in sein Hotelzimmer bestellt, sich vor ihr entblößt und sie zum Oralsex aufgefordert", so Presseberichte wörtlich. Dies soll übrigens nicht der erste Fall dieser Art gewesen sein. Wenn man sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigt, daß solche Leute als Staatsmänner und Politiker maßgeblich Einfluß auf die Geschicke der Menschheit haben, dann ist es wahrlich nicht schwer, zu erkennen, daß wir uns bereits mitten im endzeitlichen Sodom und Gomorrah befinden.

Es geht zusehends bergab in "Gottes eigenem Land". Die Gattin des Präsidenten, Hillary Clinton, die der methodistischen Kirche angehört, hat ebenso wie ihr Mann nicht nur ein wohlwollendes Verhältnis zum Islam und dem Koran, die First Lady knüpft auch mit Hilfe einer "spirituellen Beraterin" fleißig Kontakte ins Jenseits. So soll sie unter anderem mit der 1963 verstorbenen Eleanor Roosevelt sowie mit dem toten Mahatma Gandhi imaginäre Gespräche geführt haben. Jüngst ließ sie sich sogar von einem indianischen Geistheiler "segnen".

Die Hure Politik

Unter den Machtmitteln, aufgrund derer Satan heute die ungläubige Menschheit beherrscht, ist das der politischen Machenschaften aller Art ein hervorstechendes. Es wird immer deutlicher, daß auch noch die letzten vereinzelten Bastionen christlichen Einflusses in der Politik unseres Landes vom antigöttlichen Zeitgeist hinweggefegt werden. Die Politiker sind mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt in einem Chaos landet, weil sie sich nur von Zeitströmungen leiten lassen und nicht von dem, was Gottes Gebote den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreiben. Sie sind nicht mehr bereit, moralische und christlich ethische Werte anzuerkennen und zu bewahren.

Noch vor nicht all zu langer Zeit standen jugendgefährdende Filme wie zum Beispiel "Das Schweigen" von Ingmar Bergmann auf dem Index. Die Kindestötung im Mutterleib war ebenso verboten wie Homosexualität und Pornographie. Ehe und Familie waren geschützt, und Ehescheidung erfolgte nach dem Schuldprinzip.

Man nannte Sünde noch beim Namen. Dann aber haben die Politiker dem sich unter satanischem Einfluß entwickelnden veränderten Rechtsbewußtsein Tür und Tor geöffnet. Sozusagen über Nacht wurde die Pornographie freigegeben, die sexuelle Freiheit für alle gefordert, die Abtreibung legalisiert und der Sexualkundeunterricht in den Schulen eingeführt. Damit war das moderne Sodom eingeläutet. Es gibt heute nicht eine Stadt in unserem Land, wo die Sünden dieser verruchten biblischen Stätte nicht offen ausgeübt werden.

Wenn man die Handlungsweise der Verantwortlichen hinterfragt, dann sagen sie sorglos und im Brustton der Überzeugung, sie hätten alles im Griff. Aber das ist eine Lüge. Sie haben überhaupt nichts im Griff. Sie haben nicht mal ihr Privatleben im Griff. Unlängst stellte ein Journalist die berechtigte Frage: "Kann sich ein 82 Millionen Volk an Männer binden, die jeweils drei bzw. zwei Frauen nicht an sich binden konnten?

Leben sie doch bereits mit der vierten bzw. dritten zusammen. Führungspersönlichkeiten mit wechselnden ehelichen und außerehelichen Verhältnissen wecken Zweifel an ihrer Fachkompetenz, weil ihre Lebenskompetenz offenbar nicht sonderlich ausgebildet ist." Damit sind die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und dem Saarland gemeint. Einer von ihnen wird im Herbst 1998 als Kanzlerkandidat für die Bundesrepublik Deutschland aufgestellt (wer von

beiden, ist bei der Abfassung dieser Zeilen noch nicht bekannt).
In der ZDF Sendung "Frontal" am 14. Oktober 1997 sagte der Moderator Hauser: "Wer dreimal sein Ja-Wort bricht, dem glaubt man nicht." Und sein Kollege Kienzle meinte: "Der Schröder bricht sein Ja-Wort im Schnitt alle zwölf Jahre. Das sind immerhin drei Amtszeiten eines Bundeskanzlers." Daraufhin wiederum sein Vorredner: "Ein Mann, der drei Frauen sitzenläßt, der läßt irgendwann auch ein ganzes Volk sitzen …"
In einem Leserbrief an eine bekannte deutsche Tageszeitung schreibt eine Frau: "Bin ich altmodisch, weil mir Herr Schröder durch seinen Umgang mit Frauen unsympathisch geworden ist? Bin ich altmodisch, weil ich der Meinung bin, daß dies auf eine menschliche Unreife hinweist und ich mir deswegen nicht vorstellen kann, daß dieser Mann geeignet ist, Führungspositionen innezuhaben? Ich weiß nicht, aber für mich ist dieses Verhalten, immer wieder Ehen aufzulösen, wenn es scheint, etwas Besseres gefunden zu haben, ein Zeichen von Mangel an Konfliktfähigkeit, von Lernbereitschaft und Achtung gegenüber dem Menschen, mit dem eine Partnerschaft eingegangen wurde … Ein Politiker ist kein Showstar. Er sollte auch ein Vorbild in seinem persönlichen Leben sein."
Der vorgenannte Professor an der Universität Hohenheim/Stuttgart, Günter Rohrmoser, erklärte in einem Interview mit Helmut Matthies zu der Frage, ob die Erneuerung in Deutschland von der SPD und deren Führungskräften kommen könne: "Der SPD Vorsitzende Oskar Lafontaine hat auf die Frage nach seinen Lebensmaximen, die ihn vor dem Mißbrauch der Macht schützen sollen, geantwortet: 'Fressen, Saufen und F. ...' Daran sehen Sie, daß von dieser Partei auch keine Erneuerung zu erwarten ist."
Von Leuten regiert zu werden, die aufgrund ihres Lebenswandels christlich ethische Werte kaum noch repräsentieren können, ist ein Greuel. Es war überdies früher auch nicht denkbar, daß die Inhaber hoher Staatsämter, deren Ehebruch öffentlich bekannt wurde, weiter in ihrem Amt bleiben konnten. Heute darf sich über diese "Privatsachen", die nur noch als Kavaliersdelikte angesehen werden, kein Mensch mehr ein Urteil erlauben.
"Vor über 60 Jahren noch mußte Englands König auf den schönsten Thron der Welt verzichten, um eine geschiedene Frau heiraten zu können", schrieb der Publizist Claus Jacobi: "Heute ist der britische Kronprinz selbst geschieden. Mit Ronald Reagan zog der erste geschiedene US-Präsident ins Weiße Haus … Im 20. Jahrhundert des Zweifels begannen viele Menschen dem Wert der herkömmlichen Ehe zu mißtrauen (wie so manchem anderen auch). Warum warten, bis der Tod scheidet, wenn's das Amtsgericht kann. Warum nicht Freuden ohne Fesseln, warum nicht jung gegen alt eintauschen?"
Als sich vor einem Jahrzehnt der amerikanische Präsidentschaftsbewerber Gary Hart anschickte, das Weiße Haus zu erobern, da stolperte er über sein unmoralisches Leben, und seine Karriere war sehr schnell zu Ende. Einige Zeitungen veröffentlichten nämlich Bilder der Geliebten des verheirateten Hart. In den USA muß das Staatsoberhaupt, zumindest nach außen, immerhin noch eine einigermaßen saubere Weste haben. Kandidaten mit drei gescheiterten Ehen wie Gerhard Schröder hätten dort keine Chance.
Wer nun aber glaubt, daß die außerehelichen Liebesaffären der prominenten Spitzenpolitiker (der SPD) ihrer politischen Karriere bei uns schaden würden, der irrt sich. Eine öffentliche Diskussion darüber, ob zum Beispiel Schröder angesichts seiner privaten Beziehungsprobleme für das Kanzleramt geeignet ist, findet in Deutschland nicht statt. Davon sind wir weit entfernt. Das wäre, wie eine Zeitung schreibt, "ein Rückfall in die muffige Moral der 50er Jahre". Heute könnten die Bürger sehr wohl unterscheiden zwischen dem "individuellen Recht auf private Neigungen und dem Umgang mit dem Institut der Ehe".
Weder Altkanzler Willy Brandt, der, wie er einmal forsch sagte, in seinem Leben "nichts anbrennen" ließ, noch der CSU Vorsitzende Theo Waigel, die beide ihre Ehefrauen wegen einer Jüngeren sitzen ließen, könnten "wegen ihrer amourösen Eskapaden nicht unsolide genannt

werden", so die liberale Presse.
Was Waigel betrifft, so meinte der Münchener Kardinal Georg Wetter seinerzeit nicht ohne Grund, ob man einem solchen Mann überhaupt noch Verantwortung übertragen könne, der einen solchen Lebenswandel führt. Nachdem er 27 Jahre lang mit der ihm angetrauten Frau verheiratet war, verließ er sie unter den unwürdigsten Umständen und wandte sich einer nahezu 20 Jahre Jüngeren zu. Für einen Mann seines Schlages, der nach der Bibel offen in Ehebruch lebt, haben die göttlichen Gebote lediglich den Stellenwert eines Tirolerhutes, wie es einmal jemand ausdrückte.
Um auf die "Neigungen" von Gerhard Schröder zurückzukommen, so hatte er von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er das Land Niedersachsen bewußt ohne Gott regieren möchte. Sechs Minister seines Kabinetts verzichteten bei der Eidesformel anläßlich der Amtsübernahme auf den Zusatz: "So wahr mir Gott helfe …" Sie wollten also von vornherein Gott aus allen ihren politischen Bemühungen ausgeschaltet wissen. Schon seinerzeit, als er noch Bundesvorsitzender der Jungsozialisten war, umriß Schröder knallhart die Richtlinien seiner zukünftigen Politik: "Unsere Aufgabe ist es nicht, Kirchen zu bekämpfen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen Kirchen überflüssig sind."
Es fällt immer wieder schwer, zu begreifen, daß sich solche Leute nicht nur in verantwortlichen Staatspositionen befinden, sondern auch noch maßgeblich an der Gesetzgebung beteiligt sind. Von ihnen sagt die Bibel: "Weh denen, die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen …" (Jesaja 5, 20).
Was das Zusammenleben zwischen Mann und Frau betrifft, so hat uns Gott eine wunderbare Gebrauchsanweisung gegeben, die Bibel, sein Wort. In diesem Buch steht kein Wort zuviel aber auch keines zu wenig. Die Ehe ist von Gott selbst eingesetzt worden. Sie ist keine menschliche Erfindung und auch keine wissenschaftliche Errungenschaft. Darum kann sie auch nicht willkürlich manipuliert werden. Nur unter der Führung Gottes und bei Beachtung der göttlichen Normen ist eine Ehe wirklich glücklich und gesegnet.
Die meisten unserer Politiker sind total unfähig, auch nur einigermaßen vernünftige Maßnahmen zu treffen. Ihr Handeln besteht weitgehend nur aus Lüge, Betrug, Korruption, Bereicherung und leeren Versprechungen. Einer unserer Kanzler hat einmal lakonisch gesagt: "Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern …" Für das derzeitige Staatsmanagement in unserem Land gibt es nur ein passendes Wort: Lotterwirtschaft! Unsere "lieben" Volksvertreter plündern die Menschen immer mehr aus, während sie selbst sich an erhöhten Diäten, satten Pensionen und fetten Übergangsgeldern mästen.
Es ist im übrigen heute alles derart verkorkst, daß kein Mensch mehr die politischen und wirtschaftlichen Probleme dieser Welt lösen kann. Und es wird auch keinen Frieden mehr geben auf dieser Erde weder in Israel noch sonst wo. Christen wissen das. Die Bibel sagt es ihnen.
Es gab noch nie so viele Gipfeltreffen wie heute und noch nie so wenig Übereinstimmung in der Lösung der Probleme. Die Großen dieser Welt sind ratlos. Sie wissen weder ein noch aus. Die Quelle, aus der sie Weisheit schöpfen könnten und die Gott die Quelle des Lebens nennt, haben sie längst verlassen und sich statt dessen löchrigen Brunnen zugewandt.
Ein biederer deutscher Pfarrer kam einmal nach Amerika. In New York besuchte er auch den riesigen Palast der Vereinten Nationen am East River. Dort, wo die maßgebenden Führer der Völker zusammenkommen, um die Geschicke der Menschheit zu lenken, um nach Auswegen aus Krisen zu suchen, Elend zu mildern und Kriege zu vermeiden.
Der Pfarrer erzählt dann: "Ich bat einen Ordner, mir die Kapelle zu zeigen. Er sah mich erst etwas eigenartig an, dann sagte er: 'Ach, Sie meinen wohl den Meditationsraum'?"
Wenn man nicht mehr betet, sondern nur noch meditiert, begibt man sich auf einen gefährlichen Irrweg. Bei der Meditation handelt es sich um ein aus dem Buddhismus kommendes östlich religiöses System, um das Unterbewußtsein im Menschen aufzuschließen, des Versinkens

in sich selbst, wobei dann eine Passivität entsteht, in die fremde (okkulte) Mächte einströmen können.
Hoffnungen, die sich auf Institutionen wie die korrupte Weltorganisation in New York und deren viele wirkungslosen Nebenorganisationen, auf Nato, EU und Europaparlament stützen, auf daß ein kollektives Sicherheitssystem den Weltfrieden bewahren soll, sind genauso zum Scheitern verurteilt, wie sich seinerzeit der ähnlich klägliche Versuch des Völkerbundes als monströser Unsinn herausstellte.
Am 10. Dezember 1948 verkündeten die Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". Seitdem hat es mehr Kriege gegeben als je zuvor. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges hat es keinen einzigen Tag wirklichen Friedens mehr gegeben. Es gab ca. 140 Kriege, die 37 Millionen Menschenleben forderten. Das ist mehr als die Hälfte der Opfer der beiden Weltkriege, die insgesamt 65 Millionen betrugen.
Es gibt unter den Menschen keinen wirklichen Frieden. Seit der Stunde, da Kain seinen Bruder Abel erschlug, seit jenem ersten Mord in der Weltgeschichte, haben die Menschen nie mehr aufgehört zu töten, und die Erde hat seither gewaltige Ströme von Blut getrunken. Bis auf den heutigen Tag ist der Frieden eine Illusion geblieben, weil das Herz des Menschen böse ist, wie die Bibel sagt.
Schon der Prophet Jesaja sagte: "Sie kennen den Weg des Friedens nicht, und Unrecht ist auf ihren Pfaden …"
Die Menschen sehnen sich zwar nach Gerechtigkeit, aber die Ungerechtigkeit wird immer größer in der Welt. Kein Wunder, denn das unrechte Verhalten der Menschen hat seine Ursache in ihrem gestörten Verhältnis zu Gott. Es hat einmal jemand gesagt: "Das Geschöpf ist ohne den Schöpfer bald erschöpft."
Wir leben in einer Welt, die sich von Gott längst losgesagt hat. Seine Gebote haben für die Menschen keine Gültigkeit mehr. Sie wollen, daß Gott draußen bleibt. Man möchte darum auch in den Foren der Nationen der Welt, wie der UN, aus eigener Kraft schaffen, was sich Gott für eine Welt des Friedens vorbehalten hat. Aber dieses Vorhaben wird nicht gelingen, denn es ist ein Vorhaben ohne den Friedensstifter Jesus. Es mündet vielmehr in die größte Menschheitskatastrophe der Weltgeschichte.
Gott hat uns von Anfang an die Regeln übermittelt, nach denen das Leben in seiner Schöpfung funktioniert. Die Gebrauchsanweisung steht in der Heiligen Schrift. Und darum sollte die Bibel auch unser Kursbuch sein. Darum ist das Evangelium der einzig gangbare Weg zum Frieden. Solange wir Gott nicht erlauben, den wahren Frieden in uns zu schaffen, können wir auch nicht erwarten, daß die Völker in Harmonie leben. Die christlichen Werte, die die Menschen inzwischen zu Grabe getragen haben, müssen wieder erneuert werden. Der Apostel Paulus bringt es auf den Punkt: "Wenn wir gerecht geworden sind durch den Glauben, haben wir Frieden mit Gott …"

Wie vor der Sintflut

"Wenn der Menschensohn kommt", sagt Jesus, "wird es sein wie zu Noahs Zeit. Damals vor der großen Flut aßen und tranken und heirateten die Menschen, wie sie es gewohnt waren bis zu dem Tag, an dem Noah in die Arche ging. Sie ahnten nicht, was ihnen bevorstand, bis dann die Flut hereinbrach und sie alle wegschwemmte. So wird es auch sein, wenn der Menschensohn kommt."
Es gibt hier eine unübersehbare Parallelität zu den Menschen von heute. Mit den Dingen, die vorstehend genannt werden, sind die Menschen auch heute vollauf beschäftigt. Darum haben sie auch keine Zeit für Gott. "Sie achteten es nicht ...", heißt es in einer anderen Übersetzung. Sie beachteten Gott überhaupt nicht, sie nahmen ihn nicht für voll. Statt dessen gingen sie nur den angenehmen Dingen des Lebens nach: "Sie aßen, tranken, freiten und ließen sich freien ..."

Nun sind Essen, Trinken und Heiraten ja bekanntlich sehr angenehme Dinge und natürlich auch notwendig. Im übrigen sind sie auch von Gott gewollt, brachte Theo Lehmann einmal zum Ausdruck und fügte dem hinzu: "Aber wenn von jemandem weiter nichts zu sagen ist, als er ißt, er trinkt und er hat Geschlechtsverkehr, da weiß man ja noch nicht mal, ob von einem Menschen oder von einem Hund die Rede ist. Denn Essen, Trinken und Sex, diese drei Dinge, hat der Mensch mit dem lieben Vieh gemeinsam. Aber schließlich muß es da doch noch einen Unterschied geben. Und den gab's damals eben nicht …"
Den gibt es auch heute nicht. Auch heute erschöpft sich alles in Fressen, Saufen und Sex. Mehr ist nicht drin. Jeder denkt nur an sein Vergnügen. Der Gedanke an Gott hat da keinen Platz. Die Menschen sind ausschließlich mit materiellen Dingen beschäftigt. Jesus hat dies damals schon gewußt, und darum sagte er auch, so wie die Leute waren, bevor die Sintflut kam, werden sie auch sein, bevor ich wiederkomme. Sie mißachten Gottes Gebote, sie treten sie mit Füßen. Wir leben heute in einer Gesellschaft, wo der Mensch ohne Gott glücklich zu werden versucht und wo der Name Christi nicht willkommen ist. Es ist ein Zeitalter, das Jesus als das letzte bezeichnet hat. Die Bosheit der Menschen ist heute so groß, daß Gott sie nur noch strafen kann.
Es soll sich niemand einbilden, dies alles würde ewig so weitergehen und Gott würde auch weiterhin stillschweigend zusehen. Dann hätte er uns nicht sein Wort zu geben brauchen. Wenn Jesus uns warnt, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Noah und seine Zeit, dann sollten wir gut hinhören. Jesus sagt uns, daß dann das Ende kommen wird. Überhaupt hat Jesus sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen. Allein im Matthäus-Evangelium finden wir zwei Kapitel darüber, das 24. und 25. Kapitel. Das zeigt uns die gewaltige Bedeutung dieser Aussagen.
Damals vor der Sintflut schaute Gott vom Himmel und sah die Gottlosigkeit auf Erden. Es entging ihm nichts, und er drückte auch kein Auge zu. In 1. Mose 6, 6 heißt es: "Da reute es Gott, daß er die Menschen gemacht hatte."
Es gab noch nie soviel Gesetzlosigkeit wie heute. Man könnte mit Jesaja sagen: "Finsternis bedeckt das Erdreich und Dunkel die Völker" (60, 2).
Jede Nachrichtensendung bestätigt heute die Angaben der Bibel, die Vorzeichen der untergehenden Welt, wie sie Jesus vorausgesagt hat. Aber die Menschen hören nicht auf Jesu Worte. Sie sind genauso verstockt wie zu Noahs Zeiten. "... Und sie achteten nicht darauf."
Aber Noah ließ sich nicht beirren. Er baute die Arche, genau so, wie Gott es ihm befahl. Und was für ein Schiff war das. Wir können es in der Bibel nachlesen: 145 Meter lang, drei Decks mit einer Deckfläche von 89.000 Quadratmetern. Das sind ungefähr 18 Fußballfelder. Der Rauminhalt des Schiffes betrug 39.500 Kubikmeter. Das war ein Brummer von der Größe eines heutigen Ozeanriesen. Und das alles mitten in der Wüste. Ringsum kein Wasser. Weit und breit kein Fluß, kein Meer, nur trockenes Land.
Kein Wunder, daß die Leute ihn alle ausgelacht haben. Sie haben ihn verspottet, verhöhnt und überall lächerlich gemacht. Am meisten aber haben sie über die Aussage Noahs gelacht, als er sagte, Gott habe es ihm befohlen, dieses Schiff zu bauen. Genau so, wie sie heute über die Warnungen der Bibel spotten, wenn man ihnen sagt, daß bald das Gericht kommen wird.
Der Bau der Arche erregte viel Aufsehen damals. Und die Nachricht von dem alten "verrückten" Mann verbreitete sich mit Windeseile im ganzen Land. Sicherlich sagten sich viele der Spötter: "Dieser Noah hat bestimmt einen Sonnenstich bekommen. Ist ja auch kein Wunder, mitten in der Wüste ein Schiff zu bauen!"
Ich kann mir auch gut vorstellen, daß man überall im Land so eine Art von Kaffeefahrten organisierte, um den neugierigen Zeitgenossen diese Sensation vorzuführen. Und dann kamen sie in Scharen und starrten Noah an wie einen Exoten, wie einen Geisteskranken, der zudem altersschwach und senil ist, bei dem man schon den Kalk rieseln hört. Ein Mann mit Halluzi-

nationen. Und sie sagten sich: "Wie können wir doch froh sein, daß wir normal sind."
Aber die Bibel berichtet uns: Die Flut nahm sie alle hinweg, alle die Spötter und Ungläubigen. Die Menschen verlassen sich bekanntlich so gerne auf ihren Verstand und auf das, was sie sehen und erklären können. In Sprüche 3,5 warnt uns der weise Salomo davor, uns auf unseren Verstand zu verlassen. Wir sollen statt dessen vielmehr allein auf den Herrn vertrauen und auf das, was er uns sagt. Noah hörte nur auf Gott, und der gab ihm genaue Anweisungen, wie er die Arche bauen sollte, und die befolgte Noah dann auch, denn er glaubte und vertraute Gott.
Er hat sich auch nicht vorstellen können, daß es einmal 40 Tage lang regnen wird. Er sagte auch nicht etwa: "Herr, es gibt doch überhaupt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse und Beobachtungen, die auf eine große Flut hindeuten. Noah hatte in seinem ganzen bisherigen Leben noch nie eine Flut gesehen, und er war bis zu diesem Zeitpunkt immerhin schon 600 Jahre alt. Noah hatte auch keine Wetterkarte. Er hörte keinen Wetterbericht, und es gab damals noch keine Satellitenfotos und auch keine Meteorologen, die ihm hätten sagen können, daß sich ein großes Unwetter entwickelt. Noah konnte sich nur auf das Wort Gottes verlassen. Er argumentierte auch nicht mit Gott, er glaubte an Gott. Gott hatte es ihm ja schließlich gesagt.
Und dann kam der Sturm, dann kam das Wasser, und es stieg und stieg und überschwemmte alles. Die Flut nahm sie alle hinweg. Alle! Nicht nur einige. Die Alten und die Jungen. Ob sie nun erst in der Blüte ihrer Jahre standen oder schon graue Haare hatten. Die Reichen und die Armen, die Bettler und die Fürsten, die Dirnen und die Frommen, die Spötter und die Theologen, die Hurer und die Priester. Die Flut deckte alles zu: die Lehmhütten der Elenden und die Paläste der Könige, die ruchlosen Freudenhäuser und die Tempel der Religiösen. Sie alle waren außerhalb der Sicherheitsarche. So wird es auch einmal am Ende der Zeit sein.
Charles H. Spurgeon, der große Erweckungsprediger im vergangenen Jahrhundert, hat den Spöttern, Zweiflern und Besserwissern einmal ins Stammbuch geschrieben: "Die Flut hat sie alle vertilgt. Doktor der Rechte und der Theologie wurden unbarmherzig dahingerafft. Niemand war imstande, durch alles, was er je gelernt hatte, der Flut zu entrinnen. Wissen ist keine Rettungsboje. Logik ist kein Schwimmgürtel und Rhetorik kein Rettungsboot. Mit ihrer ganzen Wissenschaft versanken sie, gingen sie unter … Und so werden sie alle dahingerafft werden von der Flut des Gerichts, wenn sie sich dem Rettungsangebot Gottes in seinem Sohn Jesus Christus entziehen."
Das nächste Mal, so sagt Gott, kommt nicht Wasser, sondern Feuer. Das wird am Ende des 1.000-jährigen Reiches sein. Dann wird auch das Gericht vor dem großen weißen Thron stattfinden. Im 2. Petrusbrief (4,5-7) heißt es: "Sie wollen nicht wahrhaben, daß es schon einmal einen Himmel und eine Erde gab. Gott hatte sie durch sein Wort geschaffen. Die Erde war aus dem Wasser aufgestiegen, und auf dem Wasser ruhte sie. Und durch das Wasser wurde sie auch zerstört: durch die große Flut. Ebenso ist es mit der jetzigen Welt. Sie besteht nur so lange, wie Gott es bestimmt hat. Wenn der Tag des Gerichts da ist, wird sie durch Feuer untergehen, und mit ihr alle, die Gott nicht gehorcht haben".
Eines Tages ist der letzte Tag. Eines Tages ist Schluß. Eines Tages ist die Welt zu Ende. Vom 1. Buch Mose bis hin zum Buch der Offenbarung lesen wir davon, daß einmal der Tag kommen wird, an dem Gott Gericht hält. Und dieser Tag ist bereits längst festgesetzt. Es ist der Tag X in der Geschichte der Menschheit. Dann werden einmal alle Menschen Rechenschaft darüber ablegen müssen, was sie auf dieser Erde getan oder nicht getan haben.
"Sie werden dann der Tatsache ins Auge sehen müssen, vor der sie bisher die Augen verschlossen haben. Nämlich, daß Jesus lebt, daß die Christen nicht gesponnen haben und daß die Bibel kein Märchenbuch ist. Da kann sich dann keiner drücken, nicht mal durch den Tod. Denn die Toten werden auferstehen. Egal, ob die Menschen am Jüngsten Tag schon gestorben

sind oder noch leben bei diesem Treffen mit Jesus sind sie dabei, auf alle Fälle ..." So hat es einmal ein gläubiger Pfarrer in einer sehr anschaulichen Predigt zum Ausdruck gebracht.
120 Jahre lang hat Noah gepredigt und gewarnt. Und dann gab Gott nochmals sieben Tage, ganz zum Schluß. Wir können das nachlesen im 1. Buch Mose, 7, 4. Wie viele Menschen hat Noah in diesen sieben Tagen noch retten können? Keinen, nicht einen einzigen trotz dieser Brisanz. Es hat einmal jemand gesagt: "Wer im Zeitraum von 120 Jahren abgestumpft ist, der läßt sich auch in den letzten sieben Tagen nicht mehr retten …" Bei Noah haben nur die eigenen Familienangehörigen auf Gott und seine Ermahnung gehört. Unser Problem heute ist, daß nicht mal mehr unsere eigenen Familienangehörigen auf uns hören.
Es gibt ein zu spät! Wenn der Mensch die Liebe Gottes mit Füßen tritt, wenn er aus lauter Stolz und Selbstbewußtsein die Liebe Gottes nicht haben will, dann kommt die Stunde, in der auch Gott nein sagt. Dann werden sie rufen, schreien, flehen, sie werden ihre Kleider zerreißen, aber Gott wird nicht antworten. Die Chance ist vertan, und sie wird den Unbußfertigen nie wieder geboten. Die Flut wird sie alle hinwegnehmen. Es wird auch diesmal sein wie zur Zeit Noahs. Die einen sind drinnen, die anderen sind draußen …
Die Menschen haben sich seitdem nicht geändert. Sie spotten und höhnen nach wie vor gegen alles Göttliche. Sie leben und handeln im Geist ihrer Zeit. Bei Noah haben sie gesagt: "Seht euch nur diesen lächerlichen Kasten an ..." Aber der Kasten schwamm, und die acht Menschen, die sich darinnen befanden, überlebten. … Spötter machten sich schon immer lustig über die Vorstellung göttlichen Gerichts und ihres Verlorenseins. Sie lachten nicht nur über Noah, sie lachten ebenso über Jeremia, als er die Zerstörung Jerusalems vorhersagte. Sie lachten auch über Lot, der Sodom warnte, und sie lachten über Amos und seine Gerichtsankündigung. Aber die Gerichte Gottes trafen immer ein, präzise und unerbittlich. Die Zerstörung war jedesmal total.
Auch heute hängt alles davon ab, ob wir uns innerhalb oder außerhalb der Arche befinden. Die Menschen müssen sich entscheiden. Es gibt den Zeitpunkt, wo die Gnadenzeit vorbei ist. Und so wie hinter Noah und seiner Familie Gott selbst die Türe abschloß, wie hinter den fünf Jungfrauen die Türe verschlossen wurde und Jesus den fünf törichten sagte, daß er sie nicht kenne, so gibt es Rettung nur für den, der rechtzeitig die bergende Arche aufsucht. Das muß aber noch vor der Flut sein.
Dabei spielt das Maß unserer Sünden keine Rolle, ob wir viel oder wenig gesündigt haben. Gott fragt uns nicht, ob wir die Ehe gebrochen, gestohlen oder gar gemordet haben. Er fragt uns nur, und das ausschließlich, nach unserem Verhältnis zu seinem Sohn. Und solche, die ihn, den Herrn Jesus, im Glauben angenommen haben, werden gerettet, die anderen aber, die ihn abgelehnt haben, gehen verloren. In den Augen Gottes gibt es nur zwei Wege, den breiten und den schmalen.
Es gibt nur zwei ewige Bestimmungen, ewige Freude oder ewige Pein. Die Bibel sagt uns: "und wisset, daß ihr nicht mit vergänglichem Silber und Gold erlöst seid von eurem eitlen Wandel nach der Väter Weise, sondern mit dem teuren Blut Christi, als eines unschuldigen und unbefleckten Lammes" (1. Petrus 1, 18).
Ohne bewußte Bekehrung zu Jesus Christus sind wir alle verloren und nimmt uns die Flut hinweg. Gott gibt dem unbußfertigen Sünder auch keine zweite Chance. Das Gericht ist eine furchtbare Endgültigkeit. Nur die, die mit Noah in der Arche waren, waren sicher. Sie wurden durch die schreckliche Katastrophe hindurchgebracht. Und so wird Jesus Christus auch alle die erhalten, die sich in ihm bergen. "Wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen", sagt er und fordert uns auf, durch die enge Pforte zu gehen.
Die Arche Noah hatte nur eine Tür. Auch heute gibt es nur eine Tür zur Errettung, und diese Tür ist Jesus, der von sich sagte: "Ich bin die Tür, wer durch mich hineingeht, der wird selig werden" (Johannes 10, 9). Außer der Tür hatte die Arche noch ein Fenster nach oben. Heute

ist das nicht anders. Wir können nur nach oben blicken. Wir finden nur Schutz in der Arche des Gnadenbundes, dem Werk und der Person Christi. Jesus sagt eindringlich und nicht ohne Grund immer wieder: "Wachet!"
Dieser Befehl kommt im Neuen Testament in Verbindung mit der Wiederkunft des Herrn zehnmal vor; allein neunmal aus dem Mund des Herrn selbst. Noch nie war Wachsamkeit so dringend nötig wie gerade in unseren Tagen. Wir sind in einer Zeit angelangt, wo alles zu Ende gehen wird. Und wir tun gut daran, weniger auf die Nachrichtensprecher zu hören als vielmehr auf das biblische Wort.
Bald werden die Bücher geschlossen werden, und wenn der letzte Mensch den Leib Christi vervollständigt hat, dann wird das Gnadentor sich schließen und niemand kann mehr hineinkommen. Das könnte noch heute geschehen. Es hat einmal jemand gesagt: "Der Leib Christi wird keine Mißbildung sein. Er wird keine sechs Finger an einer Hand haben. Es wird ein vollkommener Körper sein. Jedes Glied daran ist im Blute Jesu gewaschen und wiedergeboren."

Mahnung zur Umkehr

In diesem Buch wurden wiederum eine Menge von Fakten zusammengetragen, die in teils erschreckender Form bezeugen, daß sich nicht nur in unserem Volk derzeit ein ungeheuerlicher moralischer, sittlicher und ethischer Bewußtseinswandel vollzieht, der sämtliche menschlichen Grundwerte auflöst. "Ihrer Sünde rühmen sie sich wie die Leute in Sodom und verbergen sie nicht. Wehe ihnen!" (Jesaja 3, 9).
In bedrohlicher Vielzahl werden die Menschen "immer perverser, verhurter, gottloser, satanischer, greulicher, mörderischer, sündiger und antichristlicher. Die Gottlosigkeit schreit zum Himmel …" formulierte es die "Evangeliums Mission". Mit ungeheurer Wucht überrollt die Lawine der Schamlosigkeit und Hurerei unser Land und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens.
Sicher wurden Sünden der vorgenannten Art zu allen Zeiten begangen, aber heute werden sie öffentlich geduldet. Unser Land ist zu einem Tummelplatz der abscheulichsten Formen der Sittenlosigkeit geworden. Das Widergöttliche und Unnatürliche ist inzwischen Norm. Die Kinder gehorchen ihren Eltern nicht mehr. Die Eltern gehorchen Gott nicht mehr. Auch die Obrigkeit gehorcht Gott nicht mehr. Das hängt damit zusammen, daß in den letzten 50 Jahren, wie nie zuvor, Generationen von Gottlosen heranwuchsen.
Es begann mit der Preisgabe der Grundlage allen Glaubens, der Heiligen Schrift. Wo das Wort Gottes preisgegeben wird, braucht man sich über die Folgen nicht zu wundern. Unsere Gesellschaftsordnung ermöglicht es, daß gottlose Menschen wiederum gottlose Menschen in das Parlament wählen, die ihrerseits gottlose Gesetze erlassen, damit die Gottlosen so richtig in allerlei Sünden leben können. Eine ganze Anzahl von Moralgesetzen wurden inzwischen "reformiert". Andere ganz abgeschafft. Mit dieser Art von zügelloser Freiheit haben die liberalen Politiker Deutschland zu einem Schweinestall gemacht.
Eine Gesellschaft, die Handlungen wie Homosexualität, Pornographie, Drogenmißbrauch, Abtreibung und andere duldet, oder sogar öffentlich noch fördert, obwohl sie in den Augen Gottes Sünde und Greuel sind, gräbt sich ihr eigenes Grab. Die Bibel sagt uns: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben" (Sprüche 14, 34).
"Wenn die Menschen gottlos leben, dann sind die Sitten zügellos, die Mode schamlos, die Lügen grenzenlos, die Verbrechen maßlos, die Völker friedlos, die Schulden zahllos, die Regierungen ratlos, die Politik charakterlos, die Beratungen ergebnislos, die Konferenzen endlos und die Aussichten trostlos ..." Ein vielzitierter Slogan, der die Situation unseres Volkes treffend kennzeichnet.
Nach wie vor haben die bekannten Verse des Dichters Heinrich Heine, die er im Leiden um seine Heimat im französischen Exil schrieb, brennende Aktualität: "Denk ich an Deutschland

in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht. Ich kann nicht meine Augen schließen und lasse meine Tränen fließen."
Wenn wir die Nachrichten hören oder die Tageszeitungen aufschlagen, könnte man in der Tat verzweifeln. Nichts als Mord und Totschlag, Kriege, Katastrophen, Terror, Hungersnöte und Verwahrlosung der Sitten. Genau wie es die Endzeitprognosen der Bibel aufzeigen. Die untergehende westliche Kultur stellt nur noch eine verrottete Zivilisation dar.
Es ist ein regelrechtes Sodom und Gomorrah, das sich wie ein übelriechender Abfallhaufen direkt vor unserer Haustüre anhäuft. Die Menschen taumeln immer mehr in Angst und Hoffnungslosigkeit in eine Situation ohne Ausweg und niemand ist mehr in der Lage, die Probleme der Menschheit zu lösen, die immer verwirrender werden. Als Christen wissen wir, daß aber das Schlimmste für die Menschen erst noch kommt. Die Bibel sagt es uns.
Vor kurzem las ich in einem Andachtsbuch die ernsten Worte von Fritz Berger, eines aufrechten Gottesmannes und Predigers aus der Schweiz:
"Wir gehen einer Zeit entgegen, oder sind schon mitten drin, wo sich der Zorn Gottes gegen die Völker offenbart. Ein Strafgericht über das andere wird kommen. Gott wird mit seinem grimmigen Zorn über alles gottlose Wesen kommen und wird die Spötter spotten und die Schmäher und Lästerer schrecklich heimsuchen, und alles abgöttische Volk muß zuschanden werden, welche meinen, sie können es ohne Gott machen in dieser Welt. Es wird ihnen gehen wie Sodom und Gomorrah. Ja, was angekündigt ist, wird alles kommen, daß er seinen Feinden die Zunge im Maul verfaulen läßt und die Augen in den Löchern die Zunge, mit welcher sie Gott gelästert haben, und die Augen, mit denen sie sein Volk zu vernichten suchten."
Was im letzten Buch der Bibel, der Offenbarung, an die Gemeinde in Laodicäa gerichtet ist, läßt sich auf unsere heutige Zeit und Situation gleichnishaft übertragen: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du doch kalt oder warm wärst! Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde. Du sprichst: Ich bin reich und habe gar satt und bedarf nichts, und weißt nicht, daß du bist elend und jämmerlich, arm, blind und bloß" (3, 15-17).
Unermeßlich wird der Zorn Gottes sein, wenn die jetzige Gnadenzeit abgelaufen ist und er die furchtbaren Gerichte, die er in seinem Wort angekündigt hat, über diese gottlose, gottvergessene und gottvermessene Menschheit schütten wird. In der Bibel lesen wir: "Und der Herr wird aus Zion brüllen und aus Jerusalem seine Stimme hören lassen, daß Himmel und Erde erbeben werden" (Joel 4, 16).
Auch den Propheten Jeremia (25, 30-31) ließ er im Hinblick auf unsere Zeit verkünden: "Der Herr wird brüllen aus der Höhe und seinen Donner hören lassen aus seiner heiligen Wohnung. Er wird brüllen über seine Fluren hin, wie einer, der die Kelter tritt, wird er seinen Ruf erschallen lassen und über die Bewohner der Erde hin, und sein Schall wird dringen bis an die Enden der Erde. Der Herr wird mit den Völkern rechten und mit allem Fleisch Gericht halten; denn die Schuldigen wird er dem Schwert übergeben".
Im Wort Gottes wird aber nicht nur das Bild der Apokalypse gezeichnet. Es wird auch die Möglichkeit des Auswegs aus diesem verderblichen Chaos aufgezeigt. Gott verheißt denen, die ernsthaft zu Buße und Neuanfang bereit sind, Gnade und Vergebung. "Siehe, wenn ich den Himmel verschließe, daß es nicht regnet, oder die Heuschrecken das Land fressen oder eine Pest unter mein Volk kommen lasse und dann mein Volk, über das mein Name genannt ist, sich demütigt, daß sie beten und mein Angesicht suchen und sich von ihren bösen Wegen bekehren, so will ich vom Himmel her hören und ihre Sünde vergeben und ihr Land heilen" (2. Chronik 7, 13-14).
Noch gibt Gott den Menschen Zeit zur Buße. Vor der Sintflut warnte er durch Noah und ließ diesen die Arche bauen, damit die Glaubenden gerettet werden. Vor der Zerstörung Sodoms durch Feuer und Schwert schickte er Engel, um Lot und die Seinen aus der verfluchten Stadt

herauszuholen. Bevor er Ninive richten wollte, sandte er Jona, um die in ihrer Bosheit verstrickte Stadt zu warnen.
Es gibt noch eine Hoffnung für eine bereits am Abgrund taumelnde Menschheit: Jesus Christus, der von sich sagt: "Ich bin das Licht der Weit. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben" (Johannes 8, 12). Als Gott vor 2.000 Jahren seinen Sohn in diese finstere und verdorbene Welt gesandt hat, da hat er es mit der aus seiner unendlichen Liebe geborenen Absicht getan, die zwischen ihm und den Menschen, zwischen Geschöpf und Schöpfer zerbrochene Verbindung wieder herzustellen. Als Jesus dann starb, trug er stellvertretend für uns unsere gesamte Schuld und Sündenlast, unsere Finsternis und Gottesferne zum Kreuz. "Die Strafe liegt auf ihm, auf daß wir Frieden hätten ..." (Jesaja 53, 4).
Dieser Friede und die Möglichkeit, wieder ein Leben nach Gottes Gesetzen, seinem Wohlgefallen und Rechtsempfinden zu führen, ist uns allen angeboten. Die Menschen müssen nur wollen und umkehren.
Wir, die wir Gottes Wort kennen und von dessen Wahrhaftigkeit zutiefst überzeugt sind, müssen die Menschen immer wieder eindringlich warnen und ihnen inmitten des dornigen Gestrüpps des Pluralismus, der geistlichen Verwirrung und den vielen Irrlichtem den Weg aus der Finsternis zeigen. Nur der Weg im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber und in Ehrfurcht und Achtung seiner Gebote und Gesetze führt in die Seligkeit. Es ist der schmale Weg, nicht der breite, der rettet. Christen sind Wegweiser in einer orientierungslosen Welt, Leuchttürme, die mit der erlösenden Botschaft des Evangeliums die Dunkelheit durchdringen und das untrügliche und wahrhaftige Wort der Schrift bewahren.
Der Inhalt dieses Buches sollte uns trotz der vielen schrecklichen Vorkommnisse und des vielen negativen Materials, das hier zusammengetragen wurde, nicht zum Resignieren bringen.
Einer meiner Verleger, Autor und Leiter einer gesegneten Außenmission, Pastor Peter Assmus, hat im Rahmen einer ähnlichen Publikation einmal festgestellt: "Wer das vorliegende Buch liest und den Heilsplan Gottes, so wie er in der Bibel aufgezeichnet ist, nicht kennt, wird entsetzt sein. Er wird vielleicht sagen: Wie kann man nur so etwas glauben und auch noch in einem Buch publizieren?
Er wird sagen: Ist die Welt nicht so schon schrecklich genug mit alledem, was man Tag für Tag in der Zeitung liest, am Radio hört und im Fernsehen sieht? Oder, ist es notwendig, den Menschen mit Horrorgeschichten der Bibel noch mehr Angst zu bereiten? Nun, ich kann diese Reaktion sehr gut verstehen.
Die Perspektive für die nahe Zukunft wird in der Bibel nicht rosig geschildert. Was gesagt wird, klingt schrecklich und es wird wohl tatsächlich noch schrecklicher sein, als es klingt. Man hat auch wirklich nur die beiden Möglichkeiten, dazu Stellung zu nehmen: Entweder man lehnt die Aussagen der Bibel ab oder man glaubt sie. Auf gar keinen Fall wäre zulässig, das Angenehme zu akzeptieren und das Unangenehme abzulehnen. Leider sind wir in unseren Tagen aber dahin gekommen, daß man vielfach gerade dies tut."
Vom Chaos der letzten Zeit zu reden, macht die Herzen zwar nicht leichter, aber die Bibel fordert uns dazu auf, die Zeichen der Zeit zu beachten und den Menschen den Weg aus der Verlorenheit zu zeigen. Doch bei all dem dürfen wir wissen, unser Herr sitzt nach wie vor im Regiment und hat alles in seiner Hand. Als Kinder Gottes sind wir auf der Siegerseite. Die Menschen wissen nicht, was auf sie zukommt, Christen wissen es: Jesus kommt wieder. Das ist unsere Zukunft. Es ist das größte Geschenk, das Gott uns machen kann außer der Errettung. Wir wissen zwar nicht, wann genau das sein wird, wir glauben aber, daß es bald ist.
Der amerikanische Publizist Joseph W. Thach erläutert dazu: "Dann wird Jedes Volk auf Erden anfangen, eine neue Lebensweise zu erlernen. Der König aller Könige und Herr aller Herren wird die Herrschaft über alle menschlichen Machtgebilde antreten und wird Maßnahmen

einleiten, die der Welt endlich dauerhaften Frieden bringen.
Eine von Grund auf neue Gesellschaft, fußend auf Gottes Gesetz der Liebe und des Friedens, wird für alle Menschen errichtet werden. Und die oberste Instanz dieser vollkommenen und gerechten Herrschaft wird die Macht haben, das Richtige durchzusetzen. Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere (mehr) das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen" (Jesaja 2, 4).
"Gefahrvolle und harte Zeiten stehen uns bevor. Die gute Nachricht aber ist: Gleich danach bricht das herrlichste Zeitalter des Friedens an, das die Menschheit nie gekannt hat. Wenn Jesus kommt, dann kommt er als König der Könige, als Herr der ganzen Welt" (Offenbarung 19, 11-12), und sein Reich wird alle weltlichen Reiche ablösen.
In Offenbarung 11, 15 steht dazu geschrieben: "Es sind die Reiche der Welt unseres Herrn und seines Christus geworden, und er wird regieren von Ewigkeit zu Ewigkeit. Das Reich Gottes setzt allen bestehenden Herrschaftsformen ein für allemal ein Ende. Es wird die Machtenthebung aller Regierungen sein, die es auf Erden gibt. Die Länder der Weit werden dann zu Reichen Christi werden und Christus, der König aller Könige, wird oberste Instanz sein. Ihm wird gegeben sein alle Gewalt, und seines Reiches wird kein Ende sein, so sagt es die Schrift."
Die Zeit ist gekommen, wo der Herr sein Volk auf seine Wiederkunft vorbereitet. Es gibt zwei geistige Mächte in der Welt; die eine ist von Gott, die andere von Satan. Letztere haben wir auf den vorstehenden Seiten zur Genüge kennengelernt. Der Teufel bereitet auf seine Weise seine Handlanger ebenso zu, wie Gott seine Kinder zubereitet. Der Herr hat jedem Menschen das Recht gegeben, demjenigen zu dienen, dem er dienen will. Wir sind an dem Punkt angelangt, bei dem die Geschichte unseres Zeitalters zum Abschluß kommt und an dem wir uns entscheiden müssen.
Die Berichte in diesem Buch wurden nicht zur Befriedigung von Neugierde niedergeschrieben oder etwa wegen der Sensationslust, sondern um die Menschen mit den Zeichen der Endzeit bekannt zu machen und ihnen zu zeigen, wie spät es bereits an der Weltenuhr ist. Es wurde auch durchaus nichts Außergewöhnliches berichtet, denn das Wichtigste und Aktuellste in diesem Buch können Sie in der Bibel selbst nachlesen und das andere in der Tageszeitung. Es wurde nur beides zusammengestellt, verbunden und erklärt, und dabei an die uns vom Wort Gottes auferlegte Pflicht gehalten, unsere Mitmenschen eindringlich vor dem zu warnen, was kommen wird.
Corrie ten Boom sagte dazu einmal ihrerseits: "Ich finde die Tagesnachrichten so schrecklich, daß Zeitungslesen und Nachrichtenhören mich manchmal beinahe verzweifelt und mutlos machen könnten. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man beginnt sich zu fürchten und fragt sich, worauf das alles noch hinauslaufen soll. Wie tröstlich ist es dann, die Bibel zu lesen und zu sehen, daß Gott all das, was jetzt geschieht, schon lange vorher gewußt hat, und daß er uns eine herrliche Zukunft verspricht, durch all die schrecklichen Ereignisse hindurch.
Der Herr Jesus beschreibt in seinen Abschiedsworten, in Lukas 21, was wir nun in den Zeitungen lesen können. Darum ist es gut, in unseren Tagen die Bibel zusammen mit den Zeitungen zu lesen. Da erfahren wir es, daß Jesus bald kommen kann. Wir wissen jetzt viel mehr von den Zeichen der Zeit als früher, weil wir sie in den Zeitungen finden. Es ist ein Gebot des Herrn, daß wir auf die Zeichen achten sollen.
Ich glaube, was über die Wiederkunft Jesu in der Bibel geschrieben steht. Alles, was über die Zeit vor dem Kommen Jesu in der Bibel steht, ist geschehen. So wird auch geschehen, was wir über die Wiederkunft Jesu lesen. Ich sage nicht, daß ich das alles verstehe das brauchen wir auch gar nicht … Aber auch das oft so schwerverständliche Buch der Offenbarung ist heutzutage viel besser zu verstehen als vor zehn oder zwanzig Jahren.
Die Bibel sagt uns, daß uns Schuld trifft, wenn wir schweigen. "Jesus weinte über Jerusalem"

(Lukas 19, 41). Wie lange ist es her, daß wir eine Träne über die schlechte Stadt, in der wir leben, vergossen haben?", fragte einmal der christliche Publizist W. C. Moore und fuhr fort: "Die größten Verbrecher, die schlimmsten Verräter sind nicht die ehrlosen Politiker, obwohl sie schlecht sind, sondern die Christen, die das schwere Unglück auf unser Land zukommen sehen und weder beten noch handeln, um den Ruin zu verhindern. Gott gab uns die ganze siegreiche Botschaft der Errettung umsonst, damit wir uns daran erfreuen, sie aber auch anderen mitteilen, wie es uns der Herr befohlen hat" (Markus 16, 15 und Matthäus 28, 18-20).
Im Rahmen des Missionsbefehls, den Jesus den Seinen auferlegt hat, ist es unsere wichtigste Aufgabe und heilige Pflicht, zu mahnen und aufzuklären, damit noch so viele kostbare Seelen wie möglich gerettet werden können. Schweigen wir, so wird uns Schuld treffen (2. Könige 7, 9). Es geht um Leben und Tod, und die Zeit ist knapp. Und so möge Gott Gnade geben, daß auch diese Warnschrift den Lesern Segen bringt und sie erkennen läßt, daß all die Fragen, die die Welt bewegen, letztlich nur von einem Buch beantwortet werden können, das ist die Bibel, die Heilige Schrift Gottes.
Bevor ein Schiff am Sinken ist, ertönt der Ruf SOS. Er ist international bekannt und bedeutet: "Rettet unsere Seelen." Für die bevorstehende große Lebenskatastrophe, dem drohenden Untergang eines großen Teiles der Menschheit, erschallt der Ruf Gottes mit der Einladung, in das Rettungsboot Jesu Christi zu kommen, das alle aufnehmen kann, die sich retten lassen wollen. Noch ist seine rettende Hand ausgestreckt, aber bald kann es zu spät sein.
Darum sagt uns die Bibel auch, daß heute der Tag des Heils ist und "wenn ihr seine Stimme hört, verhärtet eure Herzen nicht" (Hebräer 4, 7). Die seiner Stimme folgen, werden es nie bereuen, die aber die Hand des Erlösers zurückweisen, werden es in alle Ewigkeit bereuen. Er allein ist das Licht der Welt und der einzige Weg in eine glückliche Zukunft.
Um das Bild dieser Zukunft mit menschlicher Vorstellungskraft zu beschreiben, drückte es einmal ein Evangelist mit den Worten aus: "Wo liegt das Land, in dem ein jeder von uns für immer wohnen möchte? Wo gibt es ein Land ohne Sünde, ohne Verbrechen, Gesetzlosigkeit und Blutvergießen, ohne Krankheit, Tod, Schmerz und Herzeleid"?
Himmel heißt das Land, das nichts von alledem mehr aufweist, was so bezeichnend ist für jedes irdische Land. Im Reich Gottes gibt es keine Grenzen, keine trennenden Mauern oder Vorhänge, keine Rassenschranken, keine Soldaten, denn dort werden keine Kriege geführt; es gibt keine Polizei, denn Sünde oder Verbrechen sind unbekannte Begriffe.
Man findet keine Leichenbestatter, denn dort gibt es keine Gräber; keine Ärzte, denn Bakterien, Fieber, Seuchen und Krankheiten fehlen; es gibt dort auch keine Diebe, denn dort herrscht keine Dunkelheit. Wer sehnt sich nicht nach diesem herrlichen, begehrenswerten Land, in dem es keine Trennungen, keine zerrütteten Familien, keine Alkoholiker, keine Drogensüchtigen, keine Gefängnisse, keine Krankenhäuser, keine Bettler, keine Blinden, Tauben, Stummen oder Lahmen gibt? Welch ein Land! …<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete später über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Subventionen des Staates**
In Deutschland liegt die Kirche mit dem Staat in einem Bett, obwohl es das Grundgesetz anders vorschreibt. Die Folgen: Der Staat nimmt dem Bürger das Geld - der reichen Kirche wird es vorne und hinten rein gesteckt! **Über 20 Milliarden jedes Jahr!**
Entweder sind die Politiker derart umnachtet, dass sie es nicht merken, oder sie sind der Kirche hörig und haben Angst.
Man hat das Gefühl, die Kirchen haben die Politiker längst in die Tasche gesteckt und können fordern, was sie wollen - die Politiker zahlen es buckelnd, dankbar und freiwillig nach dem Motto: "Halt du sie dumm - ich halt sie arm ..."
Seit Jahr und Tag benützt die Kirche den Staat und somit das Volk als "Melkkuh".
Sie läßt sich vom Staat vieles zahlen:

Gehälter von Bischöfen, Kardinälen, Erzbischöfen und Weihbischöfen
Gehälter von Kanonikern und Oberkirchenräten
Gehälter von Domvikaren und Mesnern
Gehälter von bischöflichen Sekretären
Gehälter von Militärbischöfen und -pfarrern
Reparatur und Erhalt zahlreicher Kirchen und kirchlicher Gebäude
Ausbildung der Priester und Theologen
Konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen
Abermillionen für Forderungen aus der Zeit vor Napoleon(!), die meist von den verarmten Kommunen bezahlt werden müssen. (Kein schlechter Witz)
Sogar der Weihrauch, der Meßwein und die Meßgewänder u.v.m. werden bei der Militärseelsorge vom Staat bezahlt.
Vom Volksgeld finanzieren sie auch die meisten Kosten ihrer Einrichtungen (ca. 90 %, ca. 50 Milliarden Euro jährlich). Sie greifen wenig in die eigene Tasche (trotz 500 Milliarden Euro Vermögen). Dennoch haben sie dort das Sagen: Wer einen Geschiedenen heiratet, dem droht in einer katholischen Einrichtung die Kündigung etc. …
Dies alles und noch vieles mehr ist "das Geheimnis des Staates und der Kirche."
Baut eine örtliche Kirchengemeinde einen neuen Kindergarten, so bezahlt sie z.B. nur 1/3 der Kosten, 2/3 zahlt der Staat. Die Kirche wird jedoch alleiniger Eigentümer. (Oft wird das Grundstück gar geschenkt.) So wächst der Grund- und Immobilienbesitz der Kirche kontinuierlich.
… Für Caritas und Innere Mission bzw. Diakonie gibt es noch einmal ca. 50 Milliarden Euro extra Subventionen vom Staat. Die Kirchen selbst verwenden für öffentlich-soziale Zwecke nur ca. 8 % der ca. neun Milliarden Euro Kirchensteuer jährlich. Sie greifen nicht gern in die eigene Tasche, solange die Melkkuh, der Staat, sich melken läßt. So werden die blutigen Kirchenfundamente mit immer neuen Geldströmen aus der Staatskasse übergossen.
Wann wachen die Politiker auf?
Wozu braucht das Land Eminenzen? Wann endlich wird der Staat frei und die Kirchen und ihre Anhänger zahlen ihre "Hochwürdigsten Herren" und ihren Kult selber?
Die Kirche zahlt keine Einkommensteuer bzw. keine Körperschaftssteuer, keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftssteuer, keine Schenkungssteuer, keine Gewerbesteuer, keine Grundsteuer, keine Grunderwerbssteuer, keine Umsatzsteuer, keine Zinsabschlagssteuer bzw. keine Kapitalertragssteuer, keinen Solidaritätszuschlag, keine Gebühren für Grundbucheinträge, und sie ist von Justizkosten bzw. Gerichtsgebühren sowie von Beurkundungs- und Beglaubigungsgebühren befreit, z. B. den Gebühren für Grundbucheinträge, was vor allem durch die immensen Immobiliengeschäfte in die Millionen geht, mit denen die Kirche hier privilegiert wird.
Zwar vergütet die Kirche dem Staat nach eigenen Angaben "zwei bis vier Prozent" der Kirchensteuereinnahmen für den Einzug, doch dies ist ein minimaler Betrag im Verhältnis zu den Kosten, die der Kirche entstehen würden, wenn sie, wie jede andere Organisation der Welt, ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen müßten. … Die Kirche muß sich um nichts kümmern, denn der staatliche Apparat in Verbindung mit den Arbeitgebern und Banken sorgt für die lückenlose und rigorose Eintreibung….<<

2000

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich

geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. Leute, die man sich politisch warmhalten mußte, kamen so ebenfalls in den Genuß von "Bimbes" (pfälzisch für "Geld"). Das Problem: einen Rechtsgrund für solche Zahlungen gab es natürlich in der Regel nicht, sie konnten also auch in den offiziellen Abrechnungen nicht aufscheinen, ohne daß dies unbequeme Rückfragen ausgelöst hätte.
Kohls Vertrauter Hans Terlinden, zuständiger Hauptabteilungsleiter Verwaltung im Konrad-Adenauer-Haus, dem Hauptquartier der CDU, sammelte die Spendengelder. Er ist inzwischen vom Dienst fristlos suspendiert. Terlinden übergab die Summen an CDU-Spendenanwalt Horst Weyrauch, der als Kohls Treuhänder fungierte.
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat.
Merkwürdig: Bereits kurz nach dem Leuna-Vertragsabschluß kassierte Staatssekretärin Agnes Hürland (CDU) 500.000 Mark "Beraterhonorar" von der am Leuna-Projekt beteiligten Thyssen-Tochter TRT. Bis jetzt schweigt Frau Hürland. Inzwischen ist klar: Sie wurde von einem bestechlichen Thyssen-Mitarbeiter engagiert, der seinerseits wiederum die Hälfte des ausbezahlten Honorars als Provision zurückerhielt.
Ungetreue Firmenmitarbeiter auch bei der französischen Elf-Aquitaine: Insgesamt vier Milliarden Francs (über eine Milliarde Mark) soll Ex-Elf-Chef Loik Le Floch-Prigent durch Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beiseite geschafft haben, vielleicht noch mehr. Die Zahlungen wegen Leuna sind davon nur ein kleiner Teil. Der Ex-Auslandschef von Elf, Alfred Sirven, ist untergetaucht. Auch der frühere französische Außenminister Roland Dumas soll an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zu den Begünstigten gehörten französische Politiker von links bis rechts, ein Sohn des Ex-Präsidenten Mitterrand ebenso wie die linksradikale Organisation SOS-Racisme, der Mitterrands Frau Danielle nahestand.
Ausbezahlt wurden die Gelder über das Genfer Konto der Ölfirma. Von diesem Konto flossen auch 256 Millionen Francs (etwa 75 Mio. Mark) an deutsche Konten im Rahmen der Leuna-Transaktion, unter anderem an zwei nichtgenannte, Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre, wie die linke französische Tageszeitung "Libération" berichtet. Der eine ist Holger-Ludwig Pfahls, er wird seit August 1999 per internationalem Haftbefehl gesucht. Die andere soll laut "Berliner Zeitung" Agnes Hürland sein.
Noch merkwürdiger: über denselben Genfer Konteninhaber, Dieter Holzer, liefen auch andere Zahlungen, die etwa im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre um die Spürpanzer-Lieferungen an Saudi-Arabien stehen. Drahtzieher hier: Ex-Staatssekretär Pfahls.
Beobachter blicken inzwischen kaum noch durch, doch das, was sie zu sehen bekommen, läßt sie schwindlig werden. Die Frage, die Helmut Kohl wird beantworten müssen, ist: Sind Gelder aus der Affäre um Elf-Aquitaine und aus der Panzer-Affäre an CDU-Kassen geflossen oder nicht? Alles andere ist zweitrangig.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>**Streit und Hader um Gott**
Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen
Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptie-

ren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.
Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe.
Möge Özdemir und anderen die Weisheit zufallen, daß Gott omnipotent und allen, auch den Islamisten, zugänglich ist. Jesus als einzelne Person zu betrachten, ist - ob im Abendland oder Morgenland - keine vollständige Sicht, denn das Golgathamysterium war und ist - ob man will oder nicht - die Essenz eines reinen Geistwesens, dessen schlichte Formel "Reine Liebe" lautet. Gott aber darf sich auch eine deutsche Verfassung nicht entziehen.
Er ist die uralte und ebenso lange mißverstandene Crux vom Morgen- und Abendland, die in jüngster Zeit immer deutlicher wieder zutage tritt. Ohne das Morgenland - ein Begriff, der noch aus der Zeit stammt, als man die Erde als eine Scheibe anzusehen pflegte - kann der in gleicher Weise entstandene Begriff Abendland nicht verstanden werden. Erst als das Christentum sich in Rom etablierte und Kaiser Konstantin an die Stelle des "Sol invictus" Christus setzte, war die eigentliche Geburtsstunde des Abendlandes gekommen, dessen wirklicher Motor immer das Papsttum war. Der weitere Gang der Geschichte ist bekannt, jedoch haben weder Mohammed noch Christus in Wirklichkeit etwas von Flammen und Schwertern gesagt.
"Der Mensch ist nicht ein Sklave, er ist auch keine Nichtigkeit - der Mensch ist Teilhaber am göttlichen Werk", sagte der große russische Dichter Nicolai Berdjajew vor knapp einhundert Jahren. Was für ein Abgrund zwischen diesen Worten und der im vollen Gange befindlichen Globalisierung, die zwar das Feigenblatt des ökumenischen Weltkirchenrates kennt, in Wahrheit aber nur die Maxime eines neuen Materialismus und damit die Zerstörung gewachsener Kulturen verschiedenster Arten von Menschen im Schilde führt! Die Erwähnung Gottes vor allem im Schwadronieren von US-amerikanischen Politikern ist dabei zumeist nur pure Heuchelei.
Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. Und dennoch sind alle, wenn auch teuflisch fehlgeleitet, "Teilhaber am göttlichen Werk", wie Berdjajew es zum Ausdruck brachte.
Den Todesstoß für das, was Berdjajew meinte, wollte der Kommunismus vor allem in der Sowjetunion vollbringen. Doch Jahrzehnte des Terrors, der Gulags und der psychiatrischen Anstalten brachten letztendlich keinen Erfolg. Ebenso schlug die prahlerische Formulierung fehl, ein Atheist zu sein. Sie war ohnehin Nonsens, denn wer sich gegen etwas definiert, gibt damit automatisch zu, daß es - in diesem Falle Gott - existiert.
Nach dem fehlgeschlagenen Experiment in der Sowjetunion kann man hierzulande nur hoffen, daß die deutschen Parlamentarier nicht der Sogkraft des atheistischen Zeitgeistes verfallen und den Gottesbezug aus dem Grundgesetz entfernen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**
Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an

der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:
Kein Kommentar.
Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".
Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...
Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein.
Nicht ausgeschlossen sei es, erklärte ein Justizsprecher, daß sich deutsche und französische Ermittler eines Tages in Sachen Elf zusammensetzten und ihre Informationen austauschten. Er verwies dabei auf den Geschäftsmann und Elf-Vermittler Andre Guelfi, gegen den in Frankreich ermittelt werde und dessen Namen auch im deutschen Elf-Leuna-Dossier immer wieder auftauche.
Während der frühere Pariser Kulturminister Jack Lang am Montag für Helmut Kohl in die Bresche sprang und an dessen Verdienste für Europa erinnerte, spekulierten die französischen Zeitungen längst über das politische Ende des CDU-Politikers.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Januar 2000 (x887/...): >>**Wenn die "Leitkultur" Schwäche zeigt ...**
Politiker beschwören in der Ausländerfrage ohne geistige Rückversicherung unverantwortliche Visionen
Mehr und mehr droht der Spendensumpf, in dem die Union und andere staatstragende Parteien zu versinken drohen, Fragen zu überlagern, die von schicksalhafter Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sind. Zu diesen Fragen gehört mit Sicherheit die Neufassung des Ausländergesetzes und des Staatsbürgerschaftsrechtes, die seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft sind. Rund 3,7 Millionen der ca. 7,3 Millionen offiziell in Deutschland erfaßten Ausländer können aufgrund dieser Gesetzesänderung deutsche Staatsbürger werden.
Einen Einbürgerungsanspruch haben diejenigen Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben. Darüber hinaus erhalten in Zukunft in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sollten diese Kinder noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, müssen sie sich mit 23 Jahren für einen Paß entscheiden.
Mit diesen Gesetzen sind Regelungen in Kraft getreten, die die konservativen Kräfte in Deutschland unter allen Umständen verhindern wollten. Um in diesem Zusammenhang nur den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu nennen: Dieser erklärte Anfang des letzten Jahres, daß die Verhinderung der doppelten Staatsbürgerschaft das zweitwichtigste Ziel seiner Partei sei. Stoiber forderte, daß sich die in Deutschland lebenden Ausländer an der abendländischen Kultur als "Leitkultur" ausrichten müßten. Was Stoiber genau unter dieser "abendländischen Kultur" versteht, hat er nicht weiter konkretisiert.

Seine eigentliche geschichtliche Kontur hat der Begriff "Abendland" ("Okzident") als Gegenbegriff zum "Morgenland" ("Orient") gewonnen. "Orient" und "Okzident" bezeichneten zunächst nicht mehr als Verwaltungseinheiten des Römischen Reiches. Im Zuge der allmählichen theologischen Auseinanderentwicklung des griechischen Ostens und des lateinischen Westens entstand im 8. Jahrhundert der Kirchenstaat, der für die Geschichte des Abendlandes von entscheidender Bedeutung werden sollte.
Spätestens mit dem Untergang des Byzantinischen Reiches Ende des 15. Jahrhunderts trat schließlich der Islam als Herausforderung des christlichen Abendlandes immer deutlicher in Erscheinung. "Abendland" galt von nun als "christlich" geprägter geographischer Raum, dem das "Morgenland" als "islamisch" geprägter Raum gegenübersteht. Nur nebenbei sei an dieser Stelle vermerkt, daß die Idee des "Abendlandes" nach dem Ende des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" im Jahre 1806 zu einem primär deutschen Anliegen wurde.
Hier und da wurde die "Idee des Abendlandes" auf die Formel "Das Abendland ist christlich, oder es ist nicht" gebracht. Dazu mag man stehen, wie man will. Eines aber steht außer Zweifel: das Christentum ist konstitutiv für die "Idee des Abendlandes".
Heute hat die Bindekraft des Christentums allerdings in einem Maße abgenommen, daß die Forderungen Stoibers seltsam realitätsfern wirken. Es stellen sich aber noch andere Fragen: Wie kann von einem Ausländer die Ausrichtung an der abendländischen Kultur erwartet werden, wenn der Gottesbezug im Grundgesetz von rot-grünen Politikern offen in Frage gestellt wird? Politiker von SPD und Bündnisgrünen forderten bereits im Zuge der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, den Begriff Gott aus dem Grundgesetz zu streichen.
Ihrer Auffassung nach sollte der Gottesbezug nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde. Konsequenterweise betrachten bündnisgrüne Politiker auch die staatliche Garantie des Religionsunterrichtes als "Relikt aus vordemokratischen Zeiten".
Wo der springende Punkt für die Bündnisgrünen und viele SPD-Politiker liegt, hat der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir ausgeführt: Ein Wertekonsens in Deutschland könne nur gemeinsam mit Nichtchristen geschaffen werden. Eine "Konstitutionalisierung des christlichen Gottes" führe zu Ausgrenzung und Intoleranz. Es spricht für sich, daß sich viele angeblich "fortschrittliche" deutsche Politiker genau diese Sichtweise zu eigen gemacht haben.
Vor diesem Hintergrund geht die Forderung Stoibers ins Leere. Wenn sich nicht einmal alle deutschen Politiker auf die "abendländische Kultur" verpflichten lassen wollen, dann kann dies auch nicht von einbürgerungswilligen Ausländern erwartet werden. Abzuwarten bleibt, ob diese Form geistiger Orientierungslosigkeit, wie sie bei Politikern aller Couleur zu beobachten ist, nicht genau zu dem führt, was der große Kulturkritiker Oswald Spengler in den 20er Jahren meinte prognostizieren zu müssen: zum Untergang des Abendlandes.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2000: >>**"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"**
Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigen sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Februar 2000: >>**Keine Anrechnung bei Zwangsarbeitern**
Bei der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter ist die umstrittene Anrechnung bereits erbrachter Leistungen endgültig vom Tisch. Darauf hat sich eine rot-grüne Koalitionsrunde verständigt. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, zeigte sich befriedigt

über diese Lösung. Auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz sagte, die Vereinbarung sei jetzt zu respektieren. Der Entwurf des Bundesfinanzministeriums für ein Stiftungsgesetz hatte ursprünglich vorgesehen, daß bei der Entschädigung bisher schon erbrachte Zahlungen zum Beispiel für ehemalige KZ-Häftlinge angemessen berücksichtigt werden.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete am 13. März 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen

in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.
Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.
Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.
Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden. Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.
Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. März 2000: >>**Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit**
Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.
Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...
Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Gedanken zur Zeit: Kampf der Kontinente / Konflikte als Chance**
Von *Alfred Mechtersheimer*
Was sich wie ein politisch unkorrekter Witz anhört, ist traurige Realität. Deutschland zahlt auch heute noch Schulden aus dem Versailler Diktat und wird dies noch bis ins Jahr 2020 tun. Wie lange Deutschland für den Zweiten Weltkrieg zahlen wird, ist nicht abzusehen. Die Annahme jedenfalls, mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 sei das Problem weiterer Reparationen vom Tisch, hat sich in diesen Tagen als Trugschluß erwiesen. Der Verzicht auf einen Friedensvertrag schützt keineswegs vor Zahlungsforderungen.

Weshalb hat Washington das Tabu der deutschen Reparationen gebrochen? Offensichtlich hat die Bereitschaft der deutschen Industrie und Regierung zu Entschädigungsleistungen für NS-Zwangsarbeiter Begehrlichkeiten geweckt. In Umkehrung der Zeitgesetze rückt das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht weiter weg - wir kommen ihm immer näher. Bislang galt das vor allem für die deutsche Schuld, nun aber soll es auch für deutsche Schulden gelten.
Um Geld geht es den USA nur in zweiter Linie. Hauptmotiv ist der Kampf gegen den Wiederaufstieg des wiedervereinten Deutschland. Die Ablösung Europas als stärkstes Machtzentrum der Welt durch die USA verläuft keineswegs so glatt, wie dies zunächst aussah. Japan konnte durch währungspolitische Maßnahmen zurückgedrängt werden, aber der alte Kontinent zeigt eine überraschende Dynamik und hält auf den globalisierten Märkten gut mit. Selbst auf dem US-Markt dringt die europäische Konkurrenz weiter vor. An der Ostküste sieht man sich um die Früchte des Sie- ges nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg betrogen.
Die Symbole der europäischen Renaissance sind Airbus, Ariane, Deutsche Bank, Daimler-Chrysler oder SAP. In Schröder sieht man den ersten deutschen Kanzler, der die Kluft zwischen ökonomischer Stärke und außenpolitischer Zweitklassigkeit abbauen will, und das auf recht undiplomatische Weise. Dies ist eine Provokation, die von den USA immer öfter mit dem Griff in die deutsche Vergangenheit beantwortet wird. Die Instrumentalisierung deutscher Schuld erfolgte bislang subtil, jetzt wird sie offen betrieben.
Die sich jetzt abzeichnende neue Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen stellt auch das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Partnern auf die Probe. Frankreich, Großbritannien, Italien verfolgen mit klammheimlicher Freude die neue Deutschlandpolitik der USA. Aber ihre wirtschaftlichen Interessen sind so eng mit der europäischen Zentralmacht verflochten, daß sie sich im Konflikt zwischen Washington und Berlin für den europäischen Nachbarn entscheiden müssen. Schließlich ist die Wiedergeburt Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gemeinsame europäische Leistung, zu der neben Deutschland vor allem Frankreich einen Großteil beigetragen hat und in jüngster Zeit verstärkt beiträgt.
Deshalb liegt es im gemeinsamen europäischen Interesse, wenn deutsche Außenpolitik künftig auf gleicher Augenhöhe mit den USA gemacht wird. Amerikanische Außenpolitik folgt den Regeln der Macht, sie ist berechenbar. Dazu gehört auch, daß Gefolgschaft nicht belohnt, sondern ausgenutzt wird. Respektiert wird nur, wer seine Interessen konsequent vertritt. Diese Regeln hatte die Bonner Außenpolitik permanent mißachtet. Eine durchdachte Berliner Außenpolitik gibt es nicht. Außenminister Fischer ist dafür von Haus aus ungeeignet, weil ihm die zentrale Kategorie der internationalen Politik, nämlich nationales Interesse, fremd ist. Im Kanzleramt sind zwar richtige Reflexe, aber noch keine Konzepte zu erkennen.
Neue Berliner Außenpolitik muß im Bewußtsein der historisch einmaligen Leistungen Deutschlands nach 1945 betrieben werden. Das außenpolitische Fundament sind privilegierte Beziehungen mit Frankreich im Westen und Rußland im Osten. Wenn die Versuche der US-Regierung, die Gegensätze innerhalb Europas zu verschärfen und zu nutzen, mit Geschlossenheit nach außen beantwortet werden, dann sind die transatlantischen Spannungen Europas Chance.
Ein Europa, das sich in absurden Integrationsbemühungen verschleißt, wird diese Geschlossenheit nach außen nicht aufbringen. Es gilt Kurt Schumachers Wort: "Nur wer sein Vaterland bejaht, ist zu internationaler Zusammenarbeit bereit." Dieser Satz gilt für die deutsche Politik gegenüber den USA und Europa gleichermaßen, für ein Europa jenseits von Versailles - und dessen Folgen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. März 2000: >>**Wiedergutmachung mit bösen Folgen**
In Berlin löst die Frage möglicher deutscher Reparationen einige Unruhe aus
Offiziell ist die Sache nie auf dem Tisch gewesen, aber an Anmerkungen hat es nicht gefehlt,

daß die USA die Frage der deutschen Reparationen in Folge des Zweiten Weltkrieges noch für offen hielten. Dieser längst abgehakt geglaubte Punkt war im Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ins Spiel gebracht worden. Es ging dabei von amerikanischer Seite um die Klärung von sogenannten nicht rassisch bedingten Vermögensschäden. Dies schließt Kriegsschäden ein. Die mögliche Zahlung von Reparationen, so die Amerikaner, werden von einer Einigung für die Zwangsarbeiter nicht berührt.
Dahinter steht die Frage, wie der 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag über die "abschließende" Regelung der Deutschlandfrage zu bewerten ist. War es ein Friedensvertrag oder nicht? Zwar hatten die alliierten Kriegsgewinner 1945 in Potsdam beschlossen, sich materiell an Deutschland gütlich zu tun, konnten sich über den Umfang der Leistungen aber nicht einigen. Was die endgültige Festsetzung von Reparationen betraf, wurde im Londoner Schuldenabkommen von 1953 mit den Westmächten beschlossen, diese bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufzuschieben.
Bei dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sich die Bundesregierung deshalb auch alle Mühe gegeben, ihn nicht als Friedensvertrag erscheinen zu lassen. ... Kanzler Helmut Kohl hat sich jedoch bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einmal aufs Glatteis begeben: Wenn Deutschland sich bereit erklären solle, müsse Polen auf Reparationsforderungen verzichten. Indirekt sagte er damit, daß es hier eine offene Frage gebe. Wie gefährlich solches Tun sei, ist ihm offenbar bedeutet worden. Und auch, daß Polen zusammen mit der Sowjetunion bereits 1953 auf Reparationen verzichtet habe.
Es bleiben noch mehr als 50 Staaten, mit denen das Deutsche Reich am Schluß im Krieg lag und die nicht verzichtet haben. Würden nun nur von einer Reihe von ihnen Reparationsforderungen erhoben, käme man schnell auf astronomische Summen. ...
Allerdings hat Stuart Eizenstat, der für die Amerikaner in Sachen Zwangsarbeiter verhandelt, seinem deutschen Partner Otto Graf Lambsdorff geschrieben, daß Reparationen wegen des Zweiten Weltkrieges kein Streitpunkt seien - "so weit es Vermögen betrifft". ... Und für Lambsdorff bleibt es "ein diskussionswürdiger Punkt, daß 50 Jahre nach Kriegsende unser größter Verbündeter noch meint, die Reparationsfrage sei offen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. März 2000: >>**Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei**
Die politische Klasse als Souverän
Karl van den Driesch
… Dreh- und Angelpunkt ist die Bestimmung im Grundgesetz "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", die den Parteien lediglich eine Mitwirkung zugesteht. Dieser Entwurf ist inzwischen verkommen zu einer Parteienherrschaft, die den Bürger auf Distanz hält und ihm Partizipation weitgehend verwehrt. Das Sagen hat eine "politische Klasse" (hauptberufliche Politiker, die von der Politik leben und ihren Status einer Partei verdanken) mit einer "politischen Elite" (in deren Händen sich Macht konzentriert).
Im Gegensatz zur Gemeinwohl-Orientierung des Grundgesetzes lassen sich Berufspolitiker heute vorwiegend vom Eigeninteresse des Machterhalts und damit einer Sicherung ihrer Pfründe leiten, wofür extrem das Beispiel des Altbundeskanzlers Kohl steht, der sich sogar über die Verfassung hinwegsetzte.
Der Bürger darf dagegen nur sehr begrenzt befinden, in der Regel bei Wahlgängen. Seine Entmündigung zeigt sich besonders auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen. Schon an der Entwicklung des Grundgesetzes wurde er nicht beteiligt. Er kann nicht einmal über die Kandidaten entscheiden, die für Bundestag und Landtage zur Wahl stehen, da diese von den Parteien nach Gutdünken ausgewählt werden und durch ein starres Verhältniswahlrecht mit "sicheren" Listenplätzen sogar eines eigenen Profils entsagen dürfen.

Der Bürger entscheidet allein noch über die Größe der Parlamentsfraktionen und damit über die Herrschaftsanteile der Parteien. Schon ein öffentliches Nachdenken über eine reine Mehrheitswahl, die die Parlamente vor Luschen bewahren könnte, ist verpönt.
Auch die große Richtung der Politik läßt sich kaum beeinflussen. Unwägbarkeiten ergeben sich aus Regierungskoalitionen mit dann ausgehandelten Verträgen und aus Mehrheiten der Opposition im Bundesrat. Und die Strukturen geben manches Demokratische nicht her, etwa einen Volksentscheid zur Einführung des Euro wie in anderen Ländern.
Mit einer parteiübergreifenden Gemeinsamkeit der Interessen verfügt die politische Klasse heute über die Spielregeln des Erwerbs von Macht, Posten und Geld. Sie ist quasi souverän geworden, die Souveränität des Volkes sei, so von Arnim, übergegangen auf die politische Klasse. Selbst verfassungsrechtliche Grenzen werden durch Grundgesetzänderung überschritten, wenn sich Regierung und Opposition darin einig sind, eigene Unrechtshandlungen zu kaschieren, assistiert von einem Bundesverfassungsgericht, in dem nur Richter sitzen, die von den Parteien ausgewählt wurden. …
Die politische Klasse hat erkannt, daß sich mit direkter Demokratie in Ergänzung der repräsentativen ein neues System etablierte, das ihre Freiräume einengt und die Machtverteilung hin zum Staatsvolk verschiebt. So etwas wird erfahrungsgemäß nicht ohne Widerstand hingenommen. Und Machtträger sind nicht zimperlich bei der Wahl ihrer Mittel, wenn es um die Verteidigung von Privilegien geht. Die politischen Gegenmaßnahmen haben sich niedergeschlagen in Hürden, die man heute den Volks- und Bürgerbegehren in den Weg stellt in Form von Sachbeschränkungen, Zulässigkeitsüberprüfungen, Quoren und Fristen.
Der Wunsch, direktdemokratische Möglichkeiten auf Bundesebene zu schaffen, ist im Land populär und von zwei Spitzengremien schon positiv beurteilt worden. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nach der Wiedervereinigung war mehrheitlich für derartige Vorschläge eingetreten, scheiterte jedoch an der Zweidrittelmehrheit, die für Kommissionsbeschlüsse festgelegt worden war.
Nach der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung sind direktdemokratische Elemente auf Bundesebene durch Änderung des Grundgesetzes geplant. Doch auch hier dürfte die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat nicht zustande kommen; denn CDU und CSU haben sich bislang gegen solche Projekte ausgesprochen. …
Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei. Droemer Verlag, München 2000 …
Karl van den Driesch, Oberst a.D. der Bundeswehr, arbeitet als freier Journalist.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 1. April 2000 (x887/...): >>**"Marxismus für feine Leute"**
Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...
Von RUDOLF WILLEKE
Der bekannte Rechtsphilosoph und sozialdemokratische Justizminister der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, hat den Satz formuliert: "Jede Idee, die der menschliche Geist erzeugt hat und den Kopf verläßt, also zur 'Sprache kommt', strebt danach, verwirklicht zu werden. Auf dem Wege der Verwirklichung verändert sie das Bewußtsein und die Gesellschaft."
Dieser Satz erscheint zunächst banal, denn jedermann weiß, welche gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Folgen die Ideen etwa von Jesus Christus, von Martin Luther und Immanuel Kant oder von Friedrich Nietzsche, Karl Marx und Wladimir I. Lenin hatten.
Der Satz ist gleichwohl beachtenswert, wenn man bedenkt, daß die Ideen, ja das gesamte Ideengebäude der "Frankfurter Schule" bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden, so daß sich die Kulturrevolution 1968 bis 1998 hinter dem Rücken des kollektiven Bewußtseins vollziehen konnte und die Folgen nicht der eigentlichen (letzten) Ursache zugerechnet wurden, sondern dem namenlosen "Zeitgeist", dem "Fortschritt", der "Modernisierung.

Die kulturrevolutionären Veränderungen infolge der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule liegen weit überwiegend im Bereich der gesellschaftlichen Institutionen, der "Umwertung der Werte", der "Umbegreifung der Begriffe" und des praktischen Verhaltens der Menschen in der Gesellschaft.
Wenngleich die Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist, ist ihr Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig ("FAZ" vom 18. Juni 1999), sie ist richtungweisend für die sozialdemokratisch-ökologische Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen.
Eine philosophische Schule wie die Frankfurter Schule besteht aus der Gemeinschaft der Lehrer- und Schülergeneration, die durch gemeinsame Grundanschauungen, durch gemeinsame Forschungsmethoden und Ziele miteinander verbunden sind und die sich mit einer Idee oder mit einem Programm identifizieren.
Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt , um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Marxismus (Neomarxismus) vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.
Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.
Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft (jeder Art, d. Verf.) verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.
Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.
Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne.
Kritische Theorie will die Wirklichkeit nicht beschreiben, sie will sie verändern, sie steht damit im polemischen Widerspruch zu allen traditionellen Wissenschaften, insbesondere zur Philosophie des Deutschen Idealismus.
Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.
Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter Jean-Jacques Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution von 1792 (nicht 1789).
Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzu-

stand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.
Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.
Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.
Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".
Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis (Produktionsverhältnisse) ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen (revolutionieren) sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte, deren Folgen Thema dieser Artikelserie sind.
Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.
Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution.
Da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der "Frankfurter", das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen, werden nur einige zentrale Thesen der Kritischen Theorie herausgegriffen. (Wenn im folgenden undifferenziert von der Frankfurter Schule gesprochen wird, ist immer einer der vier Gründer gemeint.)
Die Kritische Theorie ist nach Auffassung der "Frankfurter" eine alles umfassende, alles erklärende Theorie. Sie will sowohl Religions- als auch Gesellschaftsphilosophie, ebenso Theorie der Menschwerdung (Ontogenese) wie Moralphilosophie, Geschichts-, Kultur-, Musik- und Kommunikationstheorie sein. Sie stellt den Anspruch, eine Theorie der Wahrheit zu sein und damit die gesamte vorausgehende Philosophie von Thomas von Aquin bis Kant und Hegel zu überbieten und abzulösen.
Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften (Evolutionismus/Darwinismus) sowie durch den (dogmatischen) Marxismus widerlegt ist.
Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen (Feuerbach), und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. Horkheimer und Adorno teilen die Auffassung, daß die entscheidenden Fragen der Metaphysik nur negativ, d.h. nur verneinend, aufhebend, beantwortet werden können, dementsprechend gebe es nur negative (bestreitende, verneinende) Theologie.
Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.
Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. Gott ist vielmehr, wie Ludwig Feuerbach vor ihm schon behauptete, eine Projektion des leidenden Menschen an den Himmel, also

Phantasieprodukt des Menschen. Der Mensch hat sich seinen Gott geschaffen, weil er ein Bedürfnis nach ihm hatte. Nach Habermas ist das Zeitalter der Hochreligionen und die Epoche des metaphysischen Denkens vorbei.
Das Christentum sei kein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr, die neue "wissenschaftliche Weltanschauung" - der Darwinismus/Evolutionismus - habe dem Christentum den Rang streitig gemacht, wissenschaftliche Aufklärung habe das (unaufgeklärt-mythische) Bewußtsein aufgelöst, die religiöse Welt insgesamt "entzaubert" und jede religiös begründete Ethik wie Lehmbröckchen zwischen den Fingerspitzen zerrieben. Das moderne, nachmetaphysische Denken bestreite keine bestimmten Behauptungen der Theologen oder Metaphysiker, es behaupte vielmehr deren Sinnlosigkeit.
Sinnlos ist das Nachdenken über Gott deshalb, weil Gott in der Kritischen Theorie nicht real existiert, sondern nur ein Phantasieprodukt leidender Menschen ist. Theologie als Nachdenken und Reden über Gott ist dann eben nur Reden über nichts oder über menschliche Einbildungen.
Die "Moderne" oder das nach-metaphysische Zeitalter sei die Epoche des Massenatheismus: die katholische Kirche sei in mehrere Konfessionen und in eine Unzahl von Denominationen zersplittert, und alle moderne Theologie erscheint als Schrumpfungsprozeß, der zur Auflösung führe, weil diese "moderne" Theologie die Unterschiede zwischen Heils- und Weltgeschichte, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Kirche und Welt, zwischen Theologie und Soziologie, zwischen Seelsorge und Psychologie, zwischen Christen und Nichtchristen, also den überlieferten Dualismus, einebne.
Mit dieser Zustandsbeschreibung von 1974 hat Habermas sogar recht behalten. Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt (und notwendig), daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht.
Wenn ein dogmatischer Marxist gefragt wird, wie ein "Sozialist" die Frage nach Gott beantworten würde, würde er mit Karl Marx antworten, der "sozialistische Mensch" sei so, daß er diese Frage nicht mehr stelle. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 2000: >>**Polen drängt in die EU**
Die polnische Regierung hat ihre Forderung nach rascher Aufnahme in die EU unterstrichen. Ministerpräsident Jerzy Buzek forderte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am Donnerstag in Brüssel auf, ein Zieldatum zu nennen. Damit würden die Vorbereitungen seines Landes einen Schub erhalten. Buzek hat sich einen Beitritt im Jahr 2003 zum Ziel gesetzt. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. April 2000: >>**Deutsche kaufen Land in Polen**
Deutsche liegen beim Grundstückskauf in Polen 1999 vorn. Mehr als ein Drittel der 916 ausländischen Firmen, denen das polnische Innenministerium den Kauf von 2.342 Hektar Land gestattete, stammte aus der Bundesrepublik. Außerdem durften 299 deutsche Antragsteller als Privatleute insgesamt 138 Hektar Land kaufen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 2000: >>**Aussiedler können kein Deutsch mehr**
Die nach Deutschland kommenden Aussiedler aus den Ländern der früheren Sowjetunion haben immer schlechtere Deutschkenntnisse. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt (SPD), beklagte am Mittwoch in Nürnberg: "Insbesondere bei Jugendlichen gehen sie gegen Null." Welt sieht die Zuwanderung aber als Chance. Die Aussiedler könnten sowohl zur Finanzierung der Sozialsysteme in Deutschland beitragen als auch zur Erschlie-

ßung neuer Märkte in Osteuropa.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. April 2000: >>**Zu wenig Geld für Zwangsarbeiterstiftung ...**

Fast 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Bundestag eine Stiftung zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter auf den Weg gebracht. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Redner aller Fraktionen bekannten sich zu dem Ziel, noch in diesem Jahr mit Zahlungen an die Opfer zu beginnen. Die Parteien appellierten an alle deutschen Unternehmen, sich an der Stiftung zu beteiligen und die von der Wirtschaft versprochene Summe von 5 Milliarden Mark aufzubringen. Bisher haben 1.208 Firmen insgesamt 2,4 Milliarden zugesagt. ...

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung der Bundesrepublik, Otto Graf Lambsdorff, erinnerte an die historische und wirtschaftliche Dimension der Einigung, die deutsche Unternehmen vor teuren Sammelklagen in den USA schützen soll. ... Lambsdorff warnte vor Illusionen: "Eine hundertprozentige Rechtssicherheit wird es nicht geben." ...

Während der Bundestag über die Stiftung debattierte, sorgte in Wien eine neue Sammelklage von früheren Zwangsarbeitern gegen Österreich und 80 österreichische Firmen für Empörung. Ein US-Anwalt fordert für seine Mandanten eine Entschädigung von umgerechnet 36,9 Milliarden Mark.

Unterdessen hat das Oberste Gericht Griechenlands Deutschland zur Zahlung von Kriegsentschädigungen in Höhe von 55 Millionen Mark verurteilt. Das Gericht teilte gestern in Athen mit, die Summe stehe den Angehörigen von 218 Dorfbewohnern zu, die 1944 von deutschen Truppen ermordet worden waren. Nach deutscher Auffassung sind alle Forderungen seit 1960 durch ein Abkommen mit Griechenland abgegolten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2000: >>**Polen wünscht sich mehr deutsche Investitionen**

Schröder und Buzek beraten in Gnesen ...

Der polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek hat die deutsche Wirtschaft zu Investitionen in Polen aufgefordert. ... Schröder sagte, der Beitritt Polens liege im nationalen Interesse, weil durch eine Ausweitung des Handels Arbeitsplätze bewahrt würden. Als "nicht glücklich" bezeichnete der Kanzler eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) über Defizite bei den Beitrittsvorbereitungen osteuropäischer Länder. Sein Eindruck sei, daß Polen sich alle Mühe gebe, sein selbst gestecktes Ziel zu erreichen.

Beide Regierungschefs räumten ein, daß es anfangs Übergangsfristen etwa beim Zugang von polnischen Arbeitskräften nach Deutschland oder beim Ankauf von polnischen Liegenschaften durch Deutsche geben werde. Buzek meinte, daß diese zu den "heiklen Punkten" zählten. Die Atmosphäre sei aber freundschaftlich gewesen. Dazu habe die Grundsatzentscheidung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern beigetragen. ... <<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2000: >>**"Der Höhepunkt des Heldentums"**

Mit Militärparaden und Folklore feiert Vietnam das Ende des Krieges vor 25 Jahren

... Der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt ... nannte den Krieg zwischen dem Vietcong

und der nordvietnamesischen Armee auf der einen Seite gegen die USA und Südvietnam auf der anderen Seite "ohne Beispiel in Ausmaß und Brutalität". ...
Vietnams Regierungschef Khai hatte am Sonnabend in Hanoi an die früheren Kriegsgegner appelliert, ihre Verantwortung für die Folgen des Krieges zu übernehmen. Besonders die USA sollten sich engagieren. Mehr als zwei Millionen Vietnamesen und 58.000 amerikanische Soldaten sind im Krieg getötet worden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Mai 2000: >>**Säumige Firmen an den Pranger**
Deutsche Firmen, die nicht in den Entschädigungsfonds für ehemalige NS-Zwangsarbeiter zahlen, aber einst von ihrem Leiden profitierten, sollten weltweit an den Pranger: Der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Gibowski, drohte damit am Sonntag ebenso wie der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michael Friedman. Der Leiter der Jewish Claims Conference in Deutschland, Karl Brozik, dachte sogar erstmals über Zwangsmaßnahmen nach.
... Ebenso wie Gibowski und Friedman sprach sich Brozik dafür aus, die Anonymität aufzuheben und die säumigen Firmen öffentlich bloßzustellen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Mai 2000: >>**Ein Freund besucht die Deutschen**
... Der tschechische Präsident Vaclav Havel traf bei seinem Staatsbesuch am Mittwoch erst Bundespräsident Johannes Rau und anschließend Gerhard Schröder. Der bekräftigte die Unterstützung für den Beitritt Tschechiens zur EU und lehnte Forderungen der Sudetendeutschen nach deutschen Bedingungen für den Beitritt ab. Schröder bezeichnete Havel als "wirklichen Freund Deutschlands".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2000: >>**"Vorabend einer europäischen Katastrophe?"**
Wenn er an Europa denkt, verdunkelt sich sein Gesicht. Die Europäische Union (EU) befindet sich nach Ansicht von Josef Homeyer (Bischof der Diözese Hildesheim) "in einer der größten Krisen seit ihrem Beginn". Sie steht - so fügt er mit prophetischer Sorge hinzu - hoffentlich nicht am Vorabend einer europäischen Katastrophe". ...
Die europäischen Institutionen seien einst auf die ursprünglich sechs Mitglieder zugeschnitten worden. Nach dem Beschluß, die Zahl der Mitgliedstaaten auf das vierfache zu erhöhen, müßten die Apparate endlich modernisiert werden. ...
Das entscheidende Defizit sieht der 70-jährige Geistliche darin, daß es auf der europäischen Bühne ein Führungsvakuum gebe. Gemeint ist dieses Mal nicht die EU-Kommission, sondern "das ehemals führende Tandem Frankreich-Deutschland". "Der Motor läuft gegenwärtig auf Hochtouren", zitiert Homeyer einen prominenten Europa-Politiker, "doch befindet er sich leider nur im Leerlauf." ...
Papst Johannes Paul II. habe vor kurzem mit dem "längst fälligen" Schuldbekenntnis endlich ein wichtiges Signal gegeben. Die Seele Europas entstamme nicht nur einer westlichen, sondern auch der östlichen Kultur. Wenn die EU heute die Aufnahme östlicher Staaten aus einer Mischung von politischer Kraftlosigkeit und mangelndem Geschichtsbewußtsein hinauszögere, füge sie den Völkern im Osten neue Verletzungen zu - mit unabsehbaren Folgen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**
Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.
Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministeri-

um in Paris. ...
Fischer hatte sich in einer als "persönliche Überlegungen" bezeichneten Rede an der Humboldt-Universität für eine zentrale Europaregierung, ein europäisches Parlament sowie eine europäische Verfassung ausgesprochen. Europa müsse "konstitutionell neu gegründet werden". Dies könne durch den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer europäischen Föderation" gewährleistet werden. In einem Verfassungsvertrag sollten die Länder nur die "Kernsouveränitäten und das unbedingt notwendig europäisch zu Regelnde der Föderation übertragen". Zunächst sollte die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die in bestimmten Bereichen enger als andere kooperieren wollten, verstärkt werden.
Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren großenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Mai 2000 (x887/...): >>**Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen**
Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz
Eingedenk der im Jahre 1950 verabschiedeten "Charta der Heimat" wiederholen wir als Heimatvertriebene das Gelöbnis, daß die Respektierung und Wahrung der Würde des Menschen mitsamt seinen Rechten unser höchstes Gebot sind. Auch das Recht auf die angestammte Heimat ist uns als von Gott gegeben heilig und unantastbar.
Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz".
Wir Heimatvertriebenen fordern insbesondere die Europäische Union auf, es nicht bei der plakativen Deklaration zu belassen, Hüterin der Menschenrechte wie des Völkerrechts zu sein, sondern aktiv dafür Sorge zu tragen, daß jeder Mitgliedstaat ohne Ausnahme zur strikten Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte "gezwungen" wird. Für alle Heimatvertriebenen in Europa und alle aus rassischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen Verfolgten und ihres Eigentums beraubten Menschen ist es unerträglich, seit Jahrzehnten erfahren zu müssen, wie ihre elementaren Grund- oder Menschenrechte auf dem Altar politischer Opportunität geopfert werden. Auch das Ignorieren und Nichtverfolgen von Menschenrechtsverletzungen durch einen Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland ist eine Verletzung der Menschenrechte, insbesondere der Würde der betroffenen Menschen.
Wir fordern aus Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen wie der Universalität der Menschenrechte wie des Völkerrechts die Europäische Union auf, bei den Verhandlungen über den Beitritt weiterer Staaten dafür Sorge zu tragen, daß alle Staaten vor Aufnahme in die EU als "Rechts- und Wertegemeinschaft" ihre begangenen Verletzungen der Menschenrechte wie des Völkerrechts juristisch wie moralisch heilen. Insbesondere die Republiken Litauen, Polen und Tschechien sind unmißverständlich aufzufordern, alle menschenrechtswidrigen Ausweisungs- und Enteignungsdekrete durch ihre Parlamente aufzuheben und für null und nichtig zu erklären. Dies bedeutet eine Restitution des willkürlich konfiszierten Eigentums wie eine adäquate Entschädigung.
Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okku-

pation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung.
Wir Heimatvertriebenen lehnen aus tiefster christlich-abendländischer Überzeugung jeglichen Gedanken an "Kollektivschuld" und "Kollektivhaftung" ab. Kein unschuldiges Kind darf ermordet, kein Mädchen vergewaltigt werden aus puren Rachegelüsten wegen anderweitig erlittenen Unrechts. Keine Volksgruppe darf, auch nicht von Siegern, willkürlich aus ihrer Heimat vertrieben sowie ihres Hab und Guts beraubt werden. Wären diese Gebote beachtet worden, viele Kriege nach 1945 wären ihres eigentlichen Motivs beraubt gewesen und hätten vermieden werden können.
Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit "justitia fiat pax", d.h., nur "Gerechtigkeit schafft Frieden".
Wir Heimatvertriebenen und Entrechteten fordern alle Menschen guten Willens auf, unseren Friedenswillen aktiv zu unterstützen und sich nicht auf "Verträge" zu verlassen, die elementare Menschenrechte einfach "ausklammern" und politbürokratisch "ad acta" legen. Nur wer die Menschenrechte reklamiert, fördert den Frieden unter den Völkern in Europa wie der Welt. Sie allein sind der Baustein für eine freiheitliche nachhaltige Entwicklung! ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2000: >>... Der Deutschland-Direktor der Jewish Claims Conference, Karl Brozik, forderte am Wochenende, die Namen der Firmen zu veröffentlichen, die bisher noch nicht in den Entschädigungsfonds eingezahlt haben. Die Bundesregierung solle Druck auf die Wirtschaft ausüben, damit diese endlich die verabredeten 5 Milliarden zusammenbringe. Auch der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, verlangte den Druck "auf die noch abseits stehenden Unternehmen" zu erhöhen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 22. Mai 2000: >>**Vertriebene fordern eine Entschädigung**
Die Forderung von Vertriebenen nach Entschädigung für "sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt" droht das deutsch-tschechische Verhältnis zu belasten. ...
Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat in Berlin zur Diskussion über die Entschädigung von deutschen Vertriebenen aufgefordert. Polen, Tschechien und Slowenien müssen sich "den materiellen Folgen der völkerrechtswidrigen Vertreibung und Enteignung" von Millionen Deutschen nach 1945 stellen, verlangte BdV-Präsidentin Erika Steinbach auf der Bundesversammlung. Unterdessen forderte die Sudetendeutsche Landsmannschaft von dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds eine Entschädigung für erlittenes Unrecht. ...
Edmund Stoiber sagte ...: "Ich halte das Anliegen für gerechtfertigt." Die "barsche Haltung" Außenminister Joschka Fischers sei ihm völlig unverständlich. Fischer hatte gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" gesagt, der Vorstoß der Sudetendeutschen verletze "massiv" deutsche Interessen und sei "kontraproduktiv".
Der Referatsleiter im tschechischen Außenministerium, Jiri Sitler, sagte: "Tschechien überschätzt den Vorstoß nicht." Er wisse aber nicht, "ob es gerade jetzt klug ist, aus Deutschland Forderungen zu stellen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun haben".<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO2-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebrummt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. (Erstaunlich übrigens, daß die Sozialisten, denen doch sonst immer alles viel zu "national" ist, ausgerechnet am Namen der österreichischen Notenbank keinen Anstoß nehmen!)

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt vielmehr in jenen postkommunistischen Ländern Südosteuropas, wo die D-Mark mittlerweile zur gängigen Währung geworden ist und die gleichen Funktionen erfüllt wie der Dollar in anderen Weltgegenden. Der Ruf ertönt, weil der dramatische Kursverfall des Euro in gleichem Ausmaß die D-Mark entwertet und somit alle schädigt, die an die D-Mark geglaubt hatten.

Und man muß sich vor Augen halten, was das sonst noch bedeutet: Wer am Balkan seine Ersparnisse in D-Mark unverzinst unter der Matratze liegen hat, zieht damit unbeabsichtigt an den gleichen Strängen wie die hiesigen Währungshüter mit ihren Maßnahmen zur "Kaufkraftabschöpfung"! Und wenn dann - dank freundlicher Nachbarn oder hilfsbereiter Bomberpiloten - das Haus abbrennt und mit dem Haus die Matratze und mit der Matratze die Ersparnisse, dann wird zugleich der Notenumlauf der Bundesbank verringert, es wird also eine Verbindlichkeit getilgt, ohne daß man das als "außerordentlichen Ertrag" auszuweisen und womöglich noch zu versteuern hätte!

Gewiß, es macht in Summe nicht viel aus, ist aber wieder eines von zahlreichen Beispielen dafür, wie heute unter dem Deckmäntelchen "Globalisierung" die Umverteilung funktioniert, eine Umverteilung von unten nach oben - von denen, die arbeiten und sparen, hin zu den Finanzhaien und den von ihnen abhängigen Politikern.

Als der Euro in seinen ersten Daseinstagen (bescheidene) Kursgewinne gegenüber dem Dollar verzeichnen konnte, ließ man das Volk mit Triumph-Gemurmel beschallen: "Seht Ihr, wir haben's ja immer schon gewußt!" Und heute? Da lassen die Beschwichtigungshofräte verlauten, daß der Kursverfall ohnehin nur scheinbar" sei und eigentlich gar keine Rolle spiele, weil ja im Euro-Land der größte Teil der Wirtschaft bloße Binnenwirtschaft sei.

Nun, da ist etwas Wahres dran, doch muß man sich das im Detail ansehen: Denn Importe von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl, werden weiterhin in Dollars fakturiert, heizen also die Inflation an, und von der Inflation am stärksten betroffen sind bekanntlich stets die Schwächsten - hierzulande wie auch am Balkan. Daß andererseits die Exportwirtschaft durch Abwertung angeblich profitiert, ist eine weitere Halbwahrheit: Denn eine mengenmäßige Ausweitung (wenn überhaupt!) bedeutet noch lange keine entsprechende ertragsmäßige Ausweitung, um die Volkswirtschaft für die teureren Importe zu entschädigen!

Auch betriebswirtschaftlich ist der (unverdiente) Konkurrenzvorteil durch Abwertung eher gefährlich, verleitet er doch dazu, Unwirtschaftlichkeit unter den Teppich zu kehren, was dann

bei einer Kursentwicklung in die andere Richtung katastrophale Folgen haben kann. ...
Besonders hervorzuheben ist natürlich, daß der Sinkflug des Euro sich nicht auf alle Euro-Länder gleichermaßen auswirkt! Wer zahlt denn vor allem für das teurere Erdöl? Aha! Und wer profitiert von dieser Teuerung? Ebenfalls aha! Es ist kein Zufall, daß England und Norwegen dank Nordsee-Öl auf den Euro verzichten dürfen. Und es ist ebenso kein Zufall, daß Morgenthaus grüne Erfüllungsgehilfen so heftig für die Schließung deutscher Kernkraftwerke und gegen die Errichtung österreichischer Wasserkraftwerke kämpfen!
Da ist aber noch ein weiterer, ganz entscheidender Aspekt: Für Dollars kann man heute um ein Viertel billiger einkaufen - Liegenschaften, Betriebe, Finanzbeteiligungen etc. Und da geht es eben nicht um die vielgerühmten "Investitionen", mit denen die Wirtschaftskraft erhöht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sind vielmehr reine Finanztransaktionen, deren Gewinne wieder verflüssigt werden, sobald sich das lohnt, also wenn das Pendel wieder in die andere Richtung geht. Und weil man eben mächtig genug ist, das Pendel einmal hierhin und einmal dorthin ausschlagen zu lassen, ist man auch beim Billig-Einkaufen und Teuer-Verkaufen jeweils um die sprichwörtliche Nasenlänge voraus!
Die Abwehr solcher Plünder-Aktionen ist nur einer autonomen Volkswirtschaft möglich, die Europäer aber haben ihre eigenen Volkswirtschaften dem Moloch Globalisierung zum Fraße vorgeworfen, und eine gemeinsame europäische Volkswirtschaft gibt es nicht. Wird es auch nicht geben, solange die Hegemonial-Interessen einzelner Mächte das Geschehen in Brüssel diktieren! Der Euro muß also - selbst wenn er aus den angeführten Gründen durchaus wieder einmal steigen wird - ein Spielball der Globalisierer bleiben, ein Instrument zur Umverteilung.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens **über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**
… Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.
In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juni 2000: >>**Reichlich Kritik für Scharpings Bundeswehr-Pläne**
Der Union sind 277.000 Soldaten zu wenig, den Grünen zu viel – und auch Offiziere murren / Volle Öffnung für Frauen
... Das Konzept, das spätestens am Mittwoch nach Pfingsten vom Kabinett abgesegnet werden soll, löste ein geteiltes Echo bei Regierungs- und Oppositionsparteien aus. Kernpunkte sind die unbeschränkte Öffnung für Frauen, die Reduzierung der Truppenstärke und die Verkürzung des Wehrdienstes.
Frauen dürfen alles: Die Bundeswehr wird im Januar die ersten Frauen auf freiwilliger Basis für alle Laufbahnen und Verwendungen einstellen. Bisher ist die Tätigkeit von Frauen auf Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Künftig können sie auch Kampfpilotinnen und Kampfschwimmerinnen werden.
Formel "255.000": Scharpings Konzept sieht die Reduzierung von 320.000 auf 277.000 Soldaten vor. Danach werden aber nur 255.000 tatsächlich zur Verfügung stehen, weil sich jeweils 22.000 in Qualifizierungs- und Berufsförderungsmaßnahmen befinden. ...

Neun Monate Wehrdienst: Der Wehrdienst wird von zehn auf neun Monate verkürzt, die in einem sechsmonatigen Block und spätere Wehrübungen aufgeteilt werden können. ...
CDU/CSU-Wehrexperte Paul Breuer meinte dagegen, die Bundeswehr würde schon durch Scharpings Reform für ihre Hauptaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung "zu klein dimensioniert".
Bei vielen Offizieren im Verteidigungsministerium stößt die Aufteilung der Wehrdienstzeit auf Skepsis. Daran, daß sich die restlichen drei Monate des gekürzten neunmonatigen Wehrdienstes in Wehrübungen nachholen lassen, glaubt kaum einer.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juni 2000: >>**CSU kritisiert Kanzler bei Vertriebenentreffen**
Die CSU hat Bundeskanzler Gerhard Schröder beim traditionellen Pfingstreffen der Vertriebenen scharf kritisiert. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber warf dem Kanzler beim 51. Sudetendeutschen Tag am Sonntag in Nürnberg eine Mißachtung der Vertriebenen-Anliegen vor. Die von Schröder vertretene Auffassung von einer "historisch abgeschlossenen Epoche" sei ein "Schlag in das Gesicht von Millionen von Menschen", sagte Stoiber.
Zu dem Treffen, das in diesem Jahr unter dem Motto "Vertreibung weltweit ächten" stand, waren am Wochenende rund 100.000 Menschen gekommen. Erstmals in der Geschichte des Vertriebenen-Treffens hatte die Bundesregierung eine finanzielle Unterstützung der Veranstaltung abgelehnt.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juni 2000: >>**Allseits Lob für den Zwangsarbeiter-Kompromiß**
... Wirtschaft und Politik haben am Dienstag den Durchbruch bei den Verhandlungen über die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter grundsätzlich begrüßt. Bei der Washingtoner Verhandlungsrunde zur Zwangsarbeiter-Entschädigung wurde eine Vereinbarung erreicht, die deutschen Firmen weitestgehende Rechtssicherheit vor künftigen Klagen garantiert. 100-prozentig ist diese Sicherheit allerdings nicht, wie der Münchener Opferanwalt Michael Witti betont. Der Rechtsvertreter stellte bereits weitere Prozesse in Aussicht. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Juni 2000: >>Kabinett segnet Scharpings Bundeswehrreform ab
Die Weichen für die bisher größte Reform der Bundeswehr sind gestellt: Am Mittwoch hat das Bundeskabinett die Eckpfeiler für die Reform beschlossen, die Verteidigungsminister Scharping (SPD) vorgelegt hatte. Sie sieht unter anderem vor, die Gesamtstärke der Bundeswehr schrittweise um 61.000 auf 277.000 Soldaten zu verringern. Die Wehrpflicht soll bleiben, von 2002 an aber von zehn auf neun Monate sinken. ...
Ziel der Reform sei es, die Bundeswehr leistungsfähiger und wieder voll bündnisfähig zu machen, sagte (Verteidigungsminister) Scharping. Die Bedrohung von außen sei noch nie in der deutschen Geschichte so gering gewesen wie derzeit. ... Gestärkt werden sollen die Kräfte, die sich an internationalen Einsätzen beteiligen können. In Zukunft seien daher Lufteinsätze und High-Tech-Geräte wichtiger als schwere Panzer. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2000: >>**Beutekunst ist auf dem Rückweg**
Rußland hat die Rückgabe weiterer im Zweiten Weltkrieg erbeuteter Kunstwerke an Deutschland in Aussicht gestellt. ... Schätzungen zufolge brachten die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg eine Million Bücher, 55.000 Gemälde, Skulpturen und andere Kunstwerke sowie 175.000 Münzen und Orden nach Rußland. Das russische Verfassungsgericht hatte erst vor einem Jahr bestätigt, nach dem die erbeutete Kunst Eigentum Rußlands ist. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2000: >>**Holländische Banken zahlen Entschädigung**
Niederländische Banken und die Börse von Amsterdam wollen als Ausgleich für Enteignun-

gen von Juden im Zweiten Weltkrieg gemeinsam 314 Millionen Gulden (276 Millionen DM) zahlen. ...
In verschiedenen Zeitungen werden die betroffenen Finanzinstitute ihr Bedauern über das den Juden angetane Leid ausdrucken. Außerdem werden sie eine Publikation über das Verhalten der Börse und der Banken gegenüber den Juden auch nach dem Krieg finanzieren.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**
Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre.
Fischer betonte, in der friedlichen Revolution von 1989 "hat sich unsere Geschichte endlich aufgelöst". Es gebe "keine offene deutsche Frage mehr, weder im Innern noch im Äußern". Die Debatte über ein gebrochenes Verhältnis der Deutschen zum Nationalstaat könne daher beendet werden. Fischer betonte, diese "Normalität" heiße nicht, "Schlußstrich unter unsere Vergangenheit". Aber europäische Normalität bedeute "angekommen sein in festen Grenzen. Im eigenen Nationalstaat mit all den Brüchen, aber auch der Verantwortung, die sich aus den Brüchen der Nationalgeschichte ergibt."
Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. Chevènement betonte seine Ablehnung der Föderationsidee. Er hatte Deutschland mit Blick auf Fischers EU-Vorstellungen altes Hegemonialstreben vorgeworfen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Linksextreme Vertriebenen-Gegner unterwandern bürgerliche Medien**
Gedenken ist eine schwierige Sache. Gedenken hat mit Gedächtnis zu tun. Es ist das gemeinsame Gedächtnis einer Gruppe oder eines Volkes. Es ist das Lebendighalten eines Ereignisses, das ein Volk stark geprägt hat und das es deshalb über das Gedächtnis eines einzelnen sterblichen Individuums hinaus erhalten wissen will. Dieses Bedürfnis kann sich in Denkmälern äußern, in Feier- und Gedenktagen, in Straßennamen oder in Gedenkstätten. Wessen wir gedenken, sagt also etwas darüber aus, was wir als Grundstock für die Geschichtstraditionen der kommenden Generationen für aufbewahrenswert halten.
Berlin soll als Gedenkstätte ein "Zentrum gegen Vertreibungen" als "zentrale Informations-, Dokumentations-, Archiv- und Begegnungsstätte" erhalten. Die Vertreibung um 1945 ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes. 2,4 Millionen Menschen verloren ihr Leben, etwa 12,5 Millionen wurden für immer aus ihrer Heimat vertrieben. Das Völkerrecht bezeichnet dies sowie den damit verbundenen Raub des Eigentums und des Landes ohne Wenn und Aber als Völkermord.
Daß die Vertriebenen nicht in allen politischen Spektren gleichermaßen beliebt sind, wissen diese seit Jahrzehnten und haben dies oft schmerzlich erfahren müssen. Doch hat man bisher unabhängig davon stets Mitgefühl und Respekt vor dem ungeheuren Leiden der Menschen dieser Generation zum Ausdruck gebracht.
Inzwischen jedoch schaffen es immer mehr Mitglieder eines linksextremen Narrensaums, in

als bürgerlich und ehrbar bekannte Publikationen einzudringen und von dort aus ihr Treiben wirksamer fortzusetzen als es ihnen jemals mittels ihrer abseitigen Gazetten möglich wäre. Jüngstes Beispiel dafür ist ein kürzlich in der vierzehntäglich erscheinenden "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" (AJW) erschienener Artikel von Samuel Salzborn über eben jenes geplante Zentrum gegen die Vertreibungen (nicht wie Salzborn bezeichnenderweise schreibt: "Zentrum für Vertreibung") in Berlin.

Dort erregt sich der Autor über die Vorsitzende des BdV, Erika Steinbach. Sie habe in einem Ende Mai der "Leipziger Volkszeitung" gegebenen Interview unerwähnt gelassen, daß die Vertreibung, Salzborn nennt sie "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung", "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde und daß in dieser Hinsicht keineswegs von 'Rassenwahn' gesprochen werden kann. Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen Gründen", so Salzborn weiter, "sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern.

Der Hintergrund: Die sogenannten deutschen Minderheiten hatten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt. Dies war die Basis für die Zerstörung der osteuropäischen Nationalstaaten und letztlich ein zentraler Aspekt bei der Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik."

Es lohnt kaum, auf dieses krude Gemisch von politischer Willkür und historischer Ignoranz und Rechtfertigung von objektivem Völkermord näher einzugehen. Nur soviel: Die eigentliche Redaktion und die Herausgeberschaft der "Wochenzeitung" scheinen offensichtlich immer noch nicht bemerkt zu haben, welches Kuckucksei sie sich da ins Nest geholt hat.

Autor Salzborn schreibt ebenfalls für linksextreme Postillen wie "Konkret", "Antifaschistische Nachrichten" oder "Jungle World". Dort wird er noch deutlicher: "Vertriebene: Ein Mahnmal für die Nazis?" Sämtliche Publikationen, die dem linksextremistischen Narrensaum angehören. Oder er arbeitet für Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wie den früher DDR-finanzierten Antifa-Verein VVN oder die "Jungdemokraten".

Nicht anders die AJW-Autoren Jürgen Elsässer oder Otto Köhler, den selbst die linksliberale "Zeit" vor vielen Jahren vor die Tür setzen mußte. All diese Autoren sind Träger dessen, was sie selbst "antideutsch" nennen. Das Wort "Volk" ist für sie gleich völkisch, das Wort "Nation" gleichbedeutend mit Nationalismus. Jürgen Elsässer hat einmal gesagt: als Linker sei man entweder antinational oder man sei nicht links. Folge: Da sie Volk und Nation nicht akzeptieren, akzeptieren sie natürlich auch nicht das völkerrechtlich anerkannte Recht auf Heimat.

Inzwischen scheint sich bei der AJW, offenbar ohne daß der Herausgeber der Zeitung, der Zentralrat der Juden, es bemerkt zu haben scheint, ein Netzwerk verfassungsfeindlicher Autoren etabliert zu haben, das scharf von der sonst eher bürgerlichen Ausrichtung der Zeitung absticht. Andere deutschsprachige jüdische Publikationen wie der New Yorker "Aufbau", die Basler "Jüdische Rundschau" und die bisweilen national-deutschen "Israel-Nachrichten" kennen solche Probleme nicht.

Es wäre dem Zentralrat und der "Wochenzeitung" sehr zu wünschen, daß er sich einmal genauer mit diesen Dingen beschäftigte und seine angesehene Zeitung nicht zu einer Vertriebenenschelte einer kleinen Gruppe, die ihre eigenen Interessen verfolgt, mißbrauchen ließe.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 2000: >>**Wien richtet NS-Fonds ein**

Das österreichische Parlament hat am Freitag einstimmig der Einrichtung eines "Versöhnungsfonds" zugestimmt, der den 150.000 noch lebenden Opfern des NS-Regimes zugute kommen soll. In den Fonds mit einem Umfang von etwa 6 Milliarden Schilling (853 Millionen Mark) sollen ähnlich wie in Deutschland der Staat und Unternehmen einzahlen, die von Zwangsarbeitern profitiert haben. Das vom österreichischen Nationalrat verabschiedete Gesetz sieht vor, daß Sklavenarbeiter in NS-Lagern einen Betrag von 14.000 Mark erhalten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2000: >>**"Europa – da kann ich richtig wild werden"**
Homeyer (Vorsitzender der Kommission der Bischofskonferenzen des EU-Raumes) diskutiert mit Santer (bis 1999 Präsident der EU-Kommission in Brüssel) über den Alten Kontinent. ...
Homeyer: "In dieser Zeit der Globalisierung müssen wir unser typisch europäisches Gesellschaftsmodell durchsetzen – die sozial temperierte, gemäßigte Marktwirtschaft. USA, Asien, Japan haben sie nicht. Wir haben sie mühsam erkämpft. Das ist die Zukunft der Menschen – in Europa und in der Welt." ...
Santer: "Wir müssen dem Osten helfen. Das kostet was, aber das ist es wert. Wir müssen zurückstecken. Leider leuchtet das unserer Jugend noch nicht ein."
Homeyer: ... "Hätte ich als Bischof was zu sagen, würde ich unseren Pfarrern untersagen, im Urlaub nach Mallorca zu fahren - in den Osten sollen sie." ...
Beide loben Außenminister Joschka Fischer für seine Initiative, Deutschland und Frankreich eine Führungsrolle im europäischen Einigungsprozeß zuzuweisen.
Santer: "Fischer hat den Motor wieder anspringen lassen."
Homeyer: ... Ich bin Fischer sehr dankbar, daß er sich endlich gemeldet hat mit einer Vision. Chirac hat sich dahinter gestellt. Ich wünsche mir, daß dies zum Funken für die Politik wird." ...
Santer: "Chirac und Fischer denken grundsätzlich verschieden. Fischer will Gemeinschaft aller. Chirac will ein deutsch-französisches Sekretariat außerhalb der EU. Davor warne ich!" Die Nationalstaaten müssen einbezogen werden. Ein Bundesstaat nach dem Vorbild der USA sei unerreichbar. Ein Staatenbund sei zu wenig. "Wir brauchen eine Föderation der Nationalstaaten." ... <<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juli 2000: >>**Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter ist besiegelt**
... Nach eineinhalbjährigen Verhandlungen unterzeichneten Vertreter der USA und Deutschlands sowie der Opferverbände am Montag in Berlin ein deutsch-amerikanisches Regierungsabkommen. Kernstück ist eine von Bundesregierung und Wirtschaft mit 10 Milliarden Mark ausgestattete Entschädigungsstiftung. Im Gegenzug schützt die US-Regierung deutsche Unternehmen vor Entschädigungsklagen.
Außenminister Joschka Fischer sprach von einem "historischen Tag". Fischer bedauerte, daß die Entschädigung der Zwangsarbeiter erst 55 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur zu Stande gekommen sei. Für viele Opfer komme sie zu spät. "Aber mit dem in letzter Minute erreichten Ergebnis ist ein tragfähiger, für alle akzeptabler Kompromiß gefunden", sagte Fischer. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**
Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (CDU), hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Juli 2000 (x887/...): >>**Deutsch gilt viel in Rußland**
Die politische überaus korrekte Tageszeitung "Die Welt" meldete auf ihrer ersten Seite an, daß "der Siegeszug der deutschen Sprache nicht mehr aufzuhalten ist". Diese Sensation verkündete sie gleich zweimal, am Anfang und am Ende ihrer 60-Zeilen-Meldung, und das mit ironischem Unterton und einer Mischung aus Fassungs- und Sprachlosigkeit. Das Blatt, das

bekanntermaßen mit jeder Menge Anglizismen um sich wirft, berichtete: "... mitten im fernen Peking brechen sich deutsche Urlaute immer öfter die Bahn."
Was war geschehen? Chinas Staatspräsident Jiang Zemin und Rußlands Staatschef Wladimir Putin hatten bei ihrer ersten Unterredung in der Pekinger Großen Halle des Volkes in deutscher Sprache miteinander geplaudert. Um deutsche Poesie lesen zu können, hatte der Chinese in seiner Jugend Deutsch gelernt, und hin und wieder rezitiert er noch heute Goethes "Erlkönig". Er wisse, so Jiang Zemin, wie gut Putin Deutsch spreche, der jedoch bescheiden antwortete: "Ich spreche aber nur ein bisserl."
Richtig stellte "Die Welt" fest: "Zwei der mächtigsten Männer der Erde verständigen sich auf Deutsch." In der Tat: die beiden Staatsmänner taten etwas sehr Vernünftiges: Da keiner von beiden die Sprache des anderen beherrscht, benutzten sie zur Verständigung eine Fremdsprache.
Anders jedoch "Die Welt". Sie setzte in derselben Ausgabe, in der sie von der Plauderei in Peking berichtete, ihren Lesern folgende drei Überschriften vor: den Zweispalter "Her Majesty was amused" und die beiden Vierspalter "The Great Game" sowie "Step up and do it!"
Da den Redakteuren bekannt sein dürfte, daß ihr Blatt eine deutsche Zeitung für deutsche Leser sein soll (selbst die Lizenzgeber gingen einst davon aus), stellen sie sich damit in die Reihe derer, für die sprachliche Unterwürfigkeit unter das Englische nicht nur eine alberne Modeerscheinung, sondern bewußte Politik ist. Eindrucksvoll hat der Münchner Professor Franz W. Seidler unlängst darauf hingewiesen, daß angloamerikanische Marktstrategen die Bedeutung der Sprache für wirtschaftliche und politische Zwecke genau kennen und dem Leitsatz huldigen: "Zwinge den Partner, deine Sprache zu lernen, das kostet ihn Zeit und Energie und Du wirst ihm überlegen sein, weil Du Deine Sprache immer besser sprechen wirst als er."
Mehr und mehr werden in Deutschland Waren und Dienstleistungen nicht nur von ausländischen Unternehmen, sondern auch von deutschen in englischer Sprache oder in einer Art Pidgindeutsch angeboten, das einer Kolonialsprache entspricht. So werden die Kunden gezwungen, die fremdsprachlichen Ausdrücke zu übernehmen und sich von ihrer Muttersprache zu entfremden. Wenn zudem Gebrauchsanweisungen und Beipackzettel in Englisch gehalten sind, hat dieser Umstand über die kulturelle Unterwürfigkeit hinaus wirtschaftliche und soziale Folgen, die in der Benachteiligung derjenigen liegen, die keine oder nur sehr geringe Englischkenntnisse haben, insbesondere in der ehemaligen DDR.
Es entsteht eine unsoziale Wissenskluft, die mit immer früherem Englischunterricht bis hin zum Kindergarten geschlossen werden soll. Das wiederum führt dazu, daß Volksschulkinder und Grundschüler eine fremde Sprache lernen sollen, noch bevor sie ihre deutsche Muttersprache schreiben und lesen können.
Im Gegensatz zu diesen hektischen Bemühungen zur sprachlichen Anglisierung gibt es heutzutage Abiturienten, die in ihrer Schulzeit anders als der chinesische Staatspräsident in seiner Jugend nie ein Werk von Goethe oder Schiller gelesen haben. Statt klassischer Literatur wird ein Roman mit dem Titel "Der Nazi und der Frisör" als Hauptlektüre der Kollegstufe eines Gymnasiums behandelt.
Deutsch ist das Kommunikationsmittel der größten Sprachgemeinschaft mit 90 Millionen Menschen in Europa. Im Zentrum Europas hat es die größte Verbreitung und grenzt an 14 andere Sprachgebiete, was Sprachkontakte menschlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art mit sich bringt. Deutsch hat somit eine große europäische Aufgabe wahrzunehmen. In vielen Staaten des östlichen Europas ist Deutsch die "Sprache der Freiheit", auch wenn das viele Deutsche nicht wahrhaben wollen.
Die Verantwortlichen in Staat, Politik, Wirtschaft und Medien Deutschlands haben einen riesengroßen Nachholbedarf, wenn sie die deutsche Sprache so entschlossen verteidigen wollen

wie es Franzosen, Polen und Russen mit ihren Sprachen tun. Europas Stärke ist seine kulturelle Vielfalt. Diese wird gefährdet, wenn Deutsch zu einer Art "Trümmersprache" verkommt. Bisher sieht es nicht danach aus, daß die Verantwortlichen in unserem Land diese Aufgabe wahrnehmen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Juli 2000 (x887/...): >>**Ein Lehrstück über den Umgang der Politik mit deutscher Kultur**

Experten schätzen, daß in Deutschland an die vier Millionen Analphabeten leben. Diese beklagenswerte, im Wachsen begriffene Minderheit darf sich dieser Tage glücklich schätzen: Sie bleibt unbehelligt von einer Farce, die den Schreibkundigen das Lachen gefrieren läßt.

Die vor erst zwei Jahren von einem Häufchen Bürokraten und Politikern selbstherrlich erlassene "Rechtschreibreform" ist gescheitert. Jetzt schickt sich die verantwortliche Kommission an, wesentliche, besonders lächerliche Teile des Machwerks höchstoffiziell zurückzunehmen. Ohne die Ratschlüsse dieses restlos kompromittierten Gremiums abzuwarten, erscheint der neue Duden am 25. August bereits mit einer Reihe hausgemachter Rücknahmen der Reform.

Ohnedies haben Nachrichtenagenturen, Verlage und Zeitungen von Anfang an eigene Versionen der neuen Schreibe entwickelt. Eine unüberschaubare Zahl von Hausschreibordnungen wird dem deutschen Leser seitdem serviert.

Das Ostpreußenblatt hat, gemeinsam mit einer kleinen Schar von standhaften Medien, die "Reform" von Beginn an ignoriert. Alle großen Tageszeitungsredaktionen sind indes weitgehend mitgezogen und wissen in diesem Moment wahrscheinlich noch nicht, in welcher Orthographie ihr Blatt im September erscheinen wird.

Millionen neu angeschaffter Wörterbücher, Rechnerprogramme, Schulfibeln etc. landen jetzt im Müll, teure Nachschulungskurse waren umsonst. Das schlimmste aber ist: Nach diesem absurden Theater ist die Autorität einer zentralen, einheitlichen Rechtschreibung dahin. Ganz gleich, was irgendeine Kommission jetzt noch ausheckt, von nun an spätestens schreibt jeder wie er will. Damit ist der deutsche Sprachraum ins Mittelalter zurückgefallen. Die bedauernswerten Schüler, denen man wohlfeil erklärt, sie lernten nicht für die Schule sondern fürs Leben, werden bis auf weiteres mit einer Orthographie versorgt, die außerhalb der Lehranstalten nur noch Schmunzeln hervorruft.

Das Ausland klopft sich auf die Schenkel. In Frankreich etwa, wo die eigene Sprache als hohes Kulturgut besonders geachtet und gepflegt wird, mag man kaum glauben, wie die Deutschen das Idiom Schillers und Goethes zerstümpern.

Schuld an dem Fiasko haben die Politiker, die sechzehn Kultusminister nebst Ministerpräsidenten der Länder, parteiübergreifend und allesamt. In Schleswig-Holstein ging Heide Simonis gar soweit, einen Volksentscheid gegen die Reform glattweg zu übergehen: Direkte Demokratie und "Bürgerbeteiligung" ja, aber nur solange die Richtung stimmt, lautete die Kieler Marschrichtung.

Zufall oder Methode: Die Rechtschreibtragödie fiel just in eine Zeit, da Goethe-Institute reihenweise geschlossen wurden. Während andere Länder mit Eifer die Wahrung und Verbreitung ihrer Sprache weltweit vorantreiben, hat es fast den Anschein, als hätten sich in der Bundesrepublik einflußreiche politische Kreise darauf geeinigt, dem Deutschen den Garaus zu machen. In jedem Falle fehlt der sogenannten politischen Elite offenkundig einiges an Respekt vor der Kultur unseres Landes.

Jetzt werden sich "Experten" abermals den Kopf zerbrechen, wie denn nun die Reform der Reform auszusehen hat. Dabei steht der - einzige - Ausweg längst fest: Ohne Wenn und Aber zurück zur alten, bewährten Orthographie. 90 Prozent der Deutschen, so wollen Schätzungen wissen, haben sie ohnehin nie aufgegeben. Doch diese Blamage werden sich die "Fachleute" und Kultusminister in jedem Falle ersparen wollen. Auf Kosten der hundert Millionen Deutschsprachigen werden sie eine weitere Version ausbrüten, die dann im Durcheinander der

diversen "Hausorthographien" verpuffen darf.
Rückblickend bleibt die Frage: Wie konnte es eigentlich geschehen, daß ein so wertvolles Gut wie die Schriftsprache ausgerechnet den Kultusministerien anheimgegeben wurde? Haben nicht gerade jene Institutionen in vierzig Jahren Schul- und Universitätsreformerei bewiesen, zu was sie fähig sind? Deutschland, das einst Wissenschaftler und Techniker in alle Welt exportierte, bettelt in Indien um Computerspezialisten. Noch ein paar "Rechtschreibreformen" und wir dürfen den Tag erwarten, da ein Bundeskanzler "Green Cards" an asiatische Deutschlehrer verteilt.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 12. August 2000 (x887/...): >>**"Holocaust-Industrie" am Pranger**
US-Politologe wirft Anwälten und jüdischen Organisationen "Ausbeutung" der NS-Opfer vor
Anfang 2000 erschien in der "Berliner Zeitung" ein langes Interview mit dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, das die Gemüter besonders intensiv aufrührte, denn es brach mit geltenden Tabus.
Die Verhandlungen für die Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" waren in vollem Gange, die Summe von zehn Milliarden Mark, die die deutsche Wirtschaft und die Bundesrepublik in die Stiftung einbringen werden, war schon ausgehandelt.
Jetzt ging es um die Aufteilung der Mittel und um das Prinzip der zukünftigen Rechtssicherheit deutscher Unternehmen in den Vereinigten Staaten. Die Zweiteilung der Opfer in "Sklavenarbeiter" und "Zwangsarbeiter" war längst vereinbart, und durch diese Sprachregelung wurde den "Sklavenarbeitern" das Dreifache dessen zugesprochen, was die schlichten "Zwangsarbeiter" bekommen werden - im Klartext: 15.000 Mark gegenüber 5.000 Mark.
Die "Conference on Jewish Claims against Germany" - gemeinhin als Claims Conference bekannt - hatte die Zahl der noch lebenden Sklavenarbeiter mit 135.000 angegeben, da platzte das Interview Finkelsteins mitten in die Debatte mit der Behauptung, diese Zahl sei schierer Betrug. Dessen Zweck sei es lediglich, die Summe, die der Claims Conference bzw. den jüdischen "Sklavenarbeitern" zustehe, um das Vielfache zu erhöhen, indem die Anzahl der real dieser Kategorie zugerechneten Personen grotesk übertrieben werde.
Schon anläßlich dieses Interviews wurde das Buch Finkelsteins, "The Holocaust Industry/Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering" ("Die Holocaust Industrie/Reflexionen über die Ausbeutung jüdischen Leidens") erwähnt.
Nun liegt der Band tatsächlich vor - leider zu spät, denn inzwischen ist der von Finkelstein angeprangerte Betrug in einen festen Betrag umformuliert worden - 1,8 Milliarden Mark -, der wiederum endgültig in ein Gesetz eingemeißelt ist, das vom deutschen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.
Diese Operation konnte laut Finkelstein nur gelingen, weil seit Ende der 60er Jahre das amerikanische Judentum um den Holocaust eine regelrechte Industrie aufgebaut habe, die nur noch wenige Berührungspunkte mit der historischen Realität des Nazi-Holocaust habe.
Finkelsteins Eltern waren beide Überlebende des Warschauer Ghettos und der KZs, er ist das genaue Gegenteil eines Holocaust-Abstreiters. Nur, so eine seiner einführenden Thesen, "manchmal denke ich, daß die 'Entdeckung' des Nazi-Holocaust schlimmer war, als wenn er in Vergessenheit geraten wäre. Es ist wahr: meine Eltern grübelten im Privaten, die Leiden, die sie ertragen haben, waren nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die gegenwärtige krasse Ausbeutung des jüdischen Martyriums?"
Finkelstein benutzt als theoretische Grundlage seiner Argumentation das im vergangenen Jahr erschienene grundlegende Werk des Chicagoer Historikers Peter Novick, "The Holocaust in American Life" und versucht, dessen Ideen und Feststellungen weiter zu entwickeln. Tatsache ist, daß bis Ende der 60er Jahre sich weder das amerikanische Judentum noch die amerikanische Öffentlichkeit schlechthin viel um den Holocaust kümmerte. Erst nach dem spektakulä-

ren Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg entdeckte Amerika plötzlich den wertvollen strategischen Verbündeten im Nahen Osten, und das amerikanische Judentum entdeckte sein eigenes Märtyrertum.
Parallel zum Übergleiten des amerikanischen Judentums aus der Position einer ethnischen Minderheit oder Randgruppe in den Hauptstrom der amerikanischen Gesellschaft entwickelte sich, was Finkelstein als "Der Holocaust" bezeichnet und ausdrücklich unterscheidet vom Nazi-Holocaust. Die amerikanische Judenheit habe "Den Holocaust" zum Kult erhoben, nicht weil sie noch immer eine unterdrückte Minderheit sei wie etwa Schwarze, Hispanier, Asiaten oder Homosexuelle, sondern im Gegenteil, weil sie ihn in ihrer überaus erfolgreichen Rolle in der amerikanischen Gesellschaft erstens zur eigenen Identitätsbestätigung nötig habe und zweitens, weil sie mit Hilfe dieses Kults ihren Einfluß habe steigern können.
Von dem Erfolg dieser einst an den Rand gedrängten Gruppe zeugten Tatsachen wie etwa, daß das Pro-Kopf-Einkommen eines durchschnittlichen amerikanischen Juden nahezu doppelt so hoch liege wie das eines Nichtjuden, daß 16 der 40 reichsten Amerikaner Juden seien, daß 40 Prozent der amerikanischen Nobelpreisträger in Wissenschaft und Wirtschaft Juden seien, gleichermaßen wie 20 Prozent der Professoren an den wichtigsten amerikanischen Universitäten und 40 Prozent der Partner in den wichtigsten Anwaltskanzleien in New York und Washington.
Scharf geht Finkelstein ins Gericht mit den zwei zentralen Dogmen der von ihm sogenannten "Holocaust-Theologie" - nämlich, daß der Holocaust ein beispielloses, einmaliges Ereignis in der gesamten Weltgeschichte sei, und zweitens, daß der Holocaust den Gipfelpunkt des irrationalen, ewigen Judenhasses der Nichtjuden darstelle. Er führt die Behauptung ad absurdum, indem er Elie Wiesel zitiert, der aus der Einmaligkeit des Holocaust die Erkenntnis ableitet, "alles mit uns ist anders". Juden seien "ontologisch", also gewissermaßen in der innersten Bestimmung ihres Seins, einmalig. Der Holocaust markierte demnach nicht nur ein einmaliges Leiden der Juden, sondern bewies gleichzeitig die "Einmaligkeit" der Juden.
Elie Wiesel, der "Hohepriester des Holocaust", hat es Finkelstein besonders angetan, zumal dieser für jeden seiner unzähligen Holocaust-Vorträge 25.000 US-Dollar (54.000 Mark) in Rechnung stelle ...
Die Einkommen der "Berufsholocauster" und der jüdischen Organisation sind Finkelstein ein Dorn im Auge. Er führt den Fall des Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Versicherungsforderungen aus der Holocaust-Ära, Lawrence Eagleburger, auf, der über ein Jahreseinkommen von 300.000 Dollar (rund 648.000 Mark) verfüge, und zitiert den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, der im Januar dieses Jahres in Stockholm erklärt habe, der WJC habe ein Vermögen von sieben Milliarden Dollar aus Restitutionsleistungen angesammelt.
Nachdem er darstellt, wie die Claims Conference aus frühen deutschen Wiedergutmachungsleistungen lediglich etwa 20 Prozent an die ehedem Leidenden weitergeleitet habe, geht Finkelstein auf die Einzelheiten der Auseinandersetzung mit den Schweizer Banken ein, um schließlich zurückzukommen auf das Thema, das ihn hierzulande so bekannt gemacht hat - nämlich der Vorwurf falscher Behauptungen der Claims Conference hinsichtlich der Zahl der noch lebenden "Sklavenarbeiter".
Finkelstein bezieht sich auf die namhaftesten Holocaust-Historiker wie Raul Hilberg und Henry Friedländer, um zu demonstrieren, daß die Zahl von noch 135.000 überlebenden "Sklavenarbeitern" glatter Betrug sei. Er zitiert sogar US-Staatssekretär Stuart Eizenstat - neben Otto Graf Lambsdorf einer der Autoren der Vereinbarung zur Gründung der Stiftung -, der noch im Mai 1999, im Verlauf einer kurzen Lagebeschreibung im State Department (dem US-Außenministerium), die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen "Sklavenarbeiter", also Juden und Nichtjuden zusammengerechnet, auf 70.000 bis 90.000 schätzte.

Angenommen, daß der Anteil der jüdischen "Sklavenarbeiter" 20 Prozent betrug (Historiker behaupten, daß acht bis zehn Prozent aller Zwangsarbeiter Juden gewesen seien), dann müßten zum betreffenden Zeitpunkt 14.000 bis 18.000 noch am Leben gewesen sein, und bis zur Stunde hätte diese Zahl um mindestens 10 Prozent weiter schrumpfen müssen, zumal nach Behauptungen der jüdischen Quelle monatlich einer von hundert der ehemaligen Lagerinsassen sterbe.
Allein dieses Zitat, das eigentlich Eizenstat in ein ziemlich schiefes Licht stellt - denn er hat ja mitgeholfen, schließlich die gefälschte Zahl von 135.000 durchzusetzen -, dokumentiert, daß der lautstarke, oft äußerst polemische Protest, der gegen Finkelstein erhoben wurde, (ein "unbedeutender Nestbeschmutzer" gehört noch zu den gnädigsten Ausdrücken) reine Defensive ist.
Die von Finkelstein zitierten Zahlen lassen erkennen: Die von der Claims Conference angegebene Zahl von 135.000 noch lebenden "Sklavenarbeitern" verträgt sich nicht mit jener der sechs Millionen jüdischer Opfer des Holocaust. Offenbar habe man, so Finkelstein, einerseits auf die schon zur Tradition gewordenen Zurückhaltung der (deutschen) Umwelt gegenüber den Berechnungen der Claims Conference gesetzt oder auf die Unwissenheit betreffend die realen historischen Berechnungen oder auch auf Dummheit, um der Geldgier freien Lauf zu lassen.
Das Tragische dabei ist, laut Finkelstein, daß es hierbei um eine doppelte Ausplünderung (shake-down) geht, - zu Schaden kommen nicht nur Europäer, wie die Schweizer und die Deutschen, sondern auch die Opfer selbst.
Norman Finkelstein: The Holocaust Industry - Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, … London 2000 ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. August 2000: >>**Übernahme in den USA gescheitert**
Übernahmepläne der Münchener Rückversicherung für die US-Versicherung United National sind nach Einwänden des US-Staates Pennsylvania gescheitert. Gegen die Kaufpläne erhoben die Behörden von Pennsylvania Einspruch mit der Begründung, die Victoria-Versicherung habe Ansprüche von Holocaust-Opfern nicht ausbezahlt. ... Die Münchener Rück hält 62 Prozent der Anteile an Victoria.
Als Bedingung für eine Zustimmung zu dem Kauf forderte Pennsylvania die Münchener Rück auf, sich einer internationalen Entschädigungskommission für Holocaust-Opfer anzuschließen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. August 2000: >>Das Simon-Wiesenthal-Zentrum hat gegen Pläne protestiert, in der Nähe des früheren Konzentrationslagers Auschwitz eine Diskothek zu eröffnen. Die Diskothek dürfe nicht in dem dafür vorgesehenen Gebäudekomplex untergebracht werden, da dort Nazis während des Zweiten Weltkrieges Gepäck der Auschwitz-Häftlinge kontrolliert und gelagert hätten.
Der Bürgermeister der Stadt Ostwiecim, Adam Bilski, sagte, es gebe keine rechtlichen Widerstände gegen die Eröffnung der Disko.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 19. August 2000 (x887/...): >>**Moral oder Mißbrauch?**
Jüdische Verbände reagieren heftig auf den Vorwurf, sie instrumentalisierten NS-Opfer
Wohl kaum ein Buch hat in den USA bzw. England bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung einen derartigen Wirbel ausgelöst wie das soeben publizierte Werk "Die Holocaust-Industrie: Reflexionen über die Ausbeutung des jüdischen Leidens" des US-Politologen Norman Finkelstein.
"Norman Finkelstein, Sohn von Konzentrationslager-Überlebenden", stellte die englische Zeitung "The Observer" in einer Besprechung fest, habe ein "persönliches Pogrom gegen die Ho-

locaust-Industrie initiiert. Er greift jedes Dogma an, daß die Forschung über den Völkermord der Nationalsozialisten hervorgebracht hat". Daß Finkelstein deshalb, wie der "Observer" herausstreicht, von "vielen Leuten gehaßt" werde, kann nicht weiter verwundern.
Es überrascht deshalb auch nicht, daß Finkelstein von einigen Kommentatoren inzwischen als "Extremist" oder "Verschwörungstheoretiker" eingestuft worden ist. Andere haben ihn dafür verdammt, daß er sich zum Stichwortgeber für Antisemiten gemacht und angeblich Fakten manipuliert habe. Wieder andere wie Greville Janner, Vorsitzender der Stiftung Holocausterziehung, meinten: "Seine Vorgehensweise ist vollkommen destruktiv."
Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress (WJC), den Finkelstein in seinem Buch besonders heftig angreift, wird mit der Aussage "Ich glaube, er ist armselig. Ich akzeptiere ihn einfach nicht als Wissenschaftler" zitiert. Die Sprache, die Finkelstein benutze, sei, so Steinberg, "antisemitisch". Seine "Fakten" seien "falsch", seine Sprache "unbeherrscht".
In Deutschland gibt man sich (noch) zurückhaltend. So fragt Rafael Seligmann in einer Besprechung für die "Welt am Sonntag": "Darf man solches schreiben? Als Jude zumal?" Seligmann bleibt unentschlossen, wenn er gegen Ende seiner Ausführungen feststellt: "Finkelstein ist Agent provocateur, Gaukler und Aufklärer zugleich. Sein Buch ist verletzend." Aber: "Es wäre falsch, seine Kritik als destruktive Polemik abzutun."
Finkelsteins Thesen sind nicht das erste Mal Stein des Anstoßes. Einem größeren Kreis in Deutschland wurde der heute 47jährige Politikwissenschaftler an der Universität von New York und ausgewiesene Spezialist für Israelfragen bekannt durch seine Antwort auf die wissenschaftlich unhaltbaren, dennoch aber in Deutschland heiß diskutierten Thesen des US-Historikers Daniel Jonah Goldhagen. Finkelsteins Antwort, die von der kanadischen Historikerin Ruth Bettina Birn flankiert wurde, fiel so überzeugend aus, daß der deutsche Historiker Hans Mommsen in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe ("Eine Nation auf dem Prüfstand", 1998) eingestehen mußte, "daß von einem vollständigen Bankrott von Goldhagens monokausalem Erklärungsmodell gesprochen werden muß".
Goldhagens These lautete, daß die Deutschen von einem "dämonisierenden Antisemitismus" erfüllt gewesen seien, "der in Deutschland eine bösartige rassistische Form angenommen und die kognitiven Modelle der Täter sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt bestimmt hat. Die deutschen Täter ... waren Männer und Frauen, die ihren kulturell verwurzelten, eliminatorisch-antisemitischen Überzeugungen getreu handelten und den Massenmord für gerecht hielten". Dementsprechend hätten, so Goldhagen, 80 bis 90 Prozent der Deutschen gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden. Große Teile der Medienlandschaft in den USA und sogar in Deutschland überboten sich in Lobpreisungen für Goldhagens Opus.
Finkelstein war und blieb einer der wenigen Wissenschaftler, die den abstrusen "Beweisführungen" Goldhagens entschieden widersprachen. Sein Widerstand fiel so vehement aus, daß Hans Mommsen in seinem angesprochenen Vorwort zu "Eine Nation auf dem Prüfstand" meinte feststellen zu müssen, daß Finkelstein dazu neige, "die deutsche Bevölkerung zu exkulpieren".
Zu den interessantesten Argumenten, die Finkelstein gegen Goldhagen ins Feld führt, ist die Einzeichnung der Goldhagenschen Thesen in die zionistische Ideologie zu zählen. "Der zionistischen Ideologie zufolge", so Finkelstein, "ist Antisemitismus der Ausdruck der natürlichen und unversöhnlichen Feindseligkeit der Nichtjuden gegen die Juden." Gemäß dieser Deutung stelle der "Völkermord der Nationalsozialisten den unvermeidlichen Höhepunkt des antisemitischen Hasses dar".
Dieser Völkermord dient nach Finkelstein den Zionisten einmal dazu, die "Notwendigkeit des Staates Israel zu rechtfertigen". Zum anderen werde er auch "zur Erklärung aller Feindseligkeiten, die gegen diesen gerichtet sind", herangezogen. Goldhagens Holocaust-Auslegung ent-

spricht laut Finkelstein der zionistischen Auslegung des Holocausts, so wie sie sich nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 im amerikanischen Judentum herauskristallisiert habe.
Dieses Argument steht auch im Zentrum des neuen Finkelstein-Buches. Finkelstein behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Interesse am Holocaust keineswegs dem Umstand geschuldet sei, den Opfern eine Stimme zu geben. Die jüdische Lobby in den USA habe vielmehr erkannt, daß der Holocaust dem israelischen Staat, der sich krimineller Übergriffe auf die Palästinenser schuldig gemacht habe, eine hilfreiche Opferrolle eröffnen könne, die den Staat Israel gegen Kritik bzw. Sanktionen immunisieren könne. Genau deshalb werde bei jeder Gelegenheit die "Einzigartigkeit" des Völkermordes der Nationalsozialisten herausgestrichen. Dies geschehe keineswegs aus moralischen Gründen, sondern um die Macht des "Symbols Holocaust" zu schützen.
Finkelstein setzt sich hier deutlich von den Thesen des Chicagoer Universitätsprofessors Peter Novick ab, der in seinem Buch "Der Holocaust im gesellschaftlichen Leben der USA" (1999) die Furcht des amerikanischen Judentums vor einem "zweiten Holocaust" im Juni 1967 für die einsetzende Erinnerung an den Völkermord der Nazis verantwortlich gemacht hat. Diese Furcht sei durch die weitgehende internationale Isolation Israels im Oktober 1973 weiter verschärft worden.
Die Heftigkeit, mit der Novick auf die jüngsten Thesen Finkelsteins reagiert hat (Novick spricht von "Unrat", "hanebüchenen Fehldeutungen" und "absurden Behauptungen"), hat Finkelstein zu einer Erwiderung veranlaßt: Falls es zutreffend sein sollte, was Novick behaupte, warum hätten sich die jüdischen Interessenverbände des Holocausts nicht bereits 1948 erinnert, als sich Israel viel größeren Bedrohungen ausgesetzt gesehen habe? Oder 1956, als Israel diplomatisch wesentlich stärker isoliert gewesen sei? So Finkelsteins provozierende Fragen, auf die Novick bisher die Antwort schuldig geblieben ist.
Doch Norman Finkelstein geht in seiner Argumentation noch weiter: Ein Effekt des nach 1967 einsetzenden Interesses der amerikanischen Juden am Holocaust sei die Unterordnung Israels unter die USA und die zunehmende Entfremdung Israels von den arabischen Nachbarstaaten gewesen.
Dieser Effekt sei aus Sicht der jüdischen Fürsprecher Israels in den USA gewünscht, auch wenn diese eine derartige Auslegung als "Häresie" zurückweisen würden. Ein Israel, das im Ausgleich mit seinen arabischen Nachbarn lebte und die Unabhängigkeit von den USA suchte, käme aus Sicht der US-Juden einer Katastrophe gleich. Nur ein Israel, daß der USA verpflichtet sei, garantiere, so Finkelstein, daß die Führer der jüdischen Interessenverbände der USA weiter wie Sprecher der hegemonialen Ambitionen der USA auftreten könnten.
Ähnlich argumentiert der von Finkelstein zitierte Linguist Noam Chomsky, wenn dieser feststellt: "Das jüdische Establishment in den USA benötigt Israel nur als Opfer unbarmherziger arabischer Angriffe. Für ein derartiges Israel können Unterstützungen, Geschenke und Geld erreicht werden ..." Jeder wisse von den Aufrufen, Spenden für Israel zu erbringen, die von den jüdischen Interessenverbänden eingesammelt würden. Die Hälfte der Spenden erreiche nicht Israel, sondern bleibe bei den jüdischen Verbänden hängen. "Gibt es", so Chomsky, "einen größeren Zynismus?"
Aus der Sicht Finkelsteins ist die Ausbeutung der bedürftigen Holocaustopfer durch die "Holocaust-Industrie" nur die letzte und häßlichste Manifestation dieses "Zynismus". Diese Darstellung leitet in den wohl umstrittensten Teil des Buches über, in dem sich Finkelstein mit den jüngsten Entschädigungsforderungen der jüdischen Interessenverbände beschäftigt.
Finkelsteins Sprache läßt hier an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. So stellt er fest, daß sich die "Holocaust-Industrie" zu einem "ausgesprochenen Erpressungs-Instrument" entwickelt habe. Unter dem Vorwand, die Interessen des weltweiten (lebenden und verstorbenen) Judentums zu verkörpern, würden quer durch Europa Forderungen nach Kompensationen er-

hoben.
Besonders ins Zwielicht gerät in dem Buch "Die Holocaust-Industrie" der Jüdische Weltkongreß, dessen Präsident Edgar Bronfman sich laut Finkelstein im Januar auf der Londoner Holocaust-Konferenz damit hervorgetan haben soll, ein Vermögen von umgerechnet zirka sieben Milliarden Dollar in Geld und Vermögenswerten aus Entschädigungsleistungen gehortet zu haben. Tom Bower, ein Autor, der sich intensiv mit den Entschädigungsverhandlungen mit den Schweizer Banken beschäftigt hat, widersprach Finkelstein in dieser Hinsicht inzwischen: "Die sieben Milliarden Dollar sind ein Mythos", behauptet Bower im eingangs erwähnten "Observer".
Umstritten ist auch die Zahl von nur 100.000 jüdischen Überlebenden des Holocausts, die es laut Finkelstein noch gibt. Er folgert, daß von den jüdischen Interessenverbänden im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen die Zahlen bewußt zu hoch angesetzt worden seien, um höhere Entschädigungsleistungen erzwingen zu können. Finkelsteins Gegner verweisen darauf, daß unter den Begriff "Überlebende des Holocaust" nicht nur diejenigen Juden fielen, die die KZs überlebt hätten, sondern auch jene, die gezwungen worden seien, ihre Heimat bzw. ihre Häuser zu verlassen oder auch jene, die als Nachkommen der Opfer psychisch traumatisiert worden seien oder finanzielle Nachteile erlitten hätten.
Auf den Vorwurf Finkelsteins, die jüdischen Interessenverbände hätten die 1,25 Milliarden Dollar, welche die Schweizer Banken zugesagt hätten, bisher nicht an die Opfer weitergeleitet, konterten dessen Gegner, daß trotz der erzielten Vereinbarung das Geld noch in der Schweiz sei, weil die US-Gerichte noch nicht über die Verteilung entschieden hätten. Damit würde auch der Vorwurf Finkelsteins, das Geld würde die Opfer niemals erreichen, (zunächst) gegenstandslos.
Wie über Finkelsteins Vorwürfe im einzelnen auch entschieden wird: sein Buch hat die jüdischen Interessenverbände, allen voran den scheinbar allmächtigen World Jewish Congress (WJC) und die Jewish Claims Conference, in Rechtfertigungszwang gebracht. Angemerkt werden muß in diesem Zusammenhang, daß der WJC keineswegs, wie der deutsche Diplomat Wolf Calebow in seinem lesenswerten Buch "Auf dem Weg zur Normalisierung. 15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden" (Berlin Verlag 1999, siehe ausführliche OB-Rezension in Folge 3/2000) feststellte, die Juden insgesamt repräsentiert, sondern einen jüdischen Interessenverband unter vielen anderen darstellt. Es gibt nach wie vor keine jüdische Organisation, die für sich in Anspruch nehmen könnte, für das "gesamte Judentum" zu sprechen - auch wenn insbesondere die deutsche Übersetzung "Jüdischer Weltkongreß" dies im Hinblick auf den WJC nahelegt.
Norman Finkelstein: The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, … London/New York 2000 ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. August 2000: >>**600.000 Spätaussiedler**
Rund 600.000 Spätaussiedler wollen derzeit nach Deutschland. Davon haben 150.000 bereits eine Einreisegenehmigung, wie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, gestern in Berlin mitteilte. Die Integration der Spätaussiedler werde immer schwerer. Die Bundesregierung erwäge, die Sprachprüfungen für Einreisende zu erweitern und mehr Sprachkurse anzubieten.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. August 2000: >>**Ein Provokateur, um den es einsam wird: Norman Finkelstein**
Finkelstein ist heute der einsamste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid
Man weiß nicht viel von dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, der mit einem in jeder Hinsicht leichtgewichtigen Bändchen voller Polemik und Wüten gegen "Die Holocaust-Industrie" Zeithistoriker umtreibt wie seit der Goldhagen-Debatte nicht mehr.

Bekannt ist immerhin, daß der Hochschullehrer an der New York University vor drei Jahren Daniel Goldhagens Bestseller "Hitlers willige Vollstrecker" dekonstruierte und den Autor mit wenig mehr stehen ließ als seinen Tantiemen. Und man ahnt, daß Finkelstein heute der einsamste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid ist.
Sein Vorwurf in "The Holocaust Industry", die Eliten des Judentums in Amerika erpreßten mit einem verkitschten Holocaust-Mythos Wohlverhalten in Washington, Geld in Deutschland und der Schweiz und veruntreuten es, ist so ungeheuerlich, wie sein Verdikt alt ist, Zionisten in Israel immunisierten sich mit dem Völkermord.
Vor Monaten sagte Norman Finkelstein, der von Princeton mit einer Arbeit über die Zionismustheorie promoviert wurde, gegenüber dieser Zeitung, er werde sich nach Erscheinen seines Buchs nicht mehr auf die Straße trauen können. Und es klang schon damals, als der propalästinensische Nahost-Fachmann aus der Schule um Noam Chomsky ein justiziables Pamphlet gegen die Jewish Claims Conference andiente - und uns zu "feige" fand -, als werde er seinen Kamikazegang so mutwillig genießen, wie er ihn begann.
Daniel Goldhagen ist er in inniger Feindschaft verbunden und sonderbar verwandt in seinem Hang zur Quellenvergiftung, seit er 1997 in dem Essay "Eine Nation vor Gericht" dessen These von einem deutschen Muttermilch-Antisemitismus für "verrückt" erklärte - um den Lohn, selbst bei manchem Gutwilligen als Goldhagens "Doppelgänger" in Verruf zu geraten, ein Jäger so fahrlässig und paranoid wie der Gejagte. Goldhagen verhöhnte den "Verschwörungstheoretiker".
Nun erinnert man sich wieder des Bruderkriegs, der nur Finkelsteins neuen Angriff vorbereitete auf ein Phänomen, das unleugbar hinter dem US-Spottwort "There's no business like Shoah-business" steht. Norman Finkelstein hat sich früh ausgezeichnet, als er Joan Peters' Buch "From Time Immemorial" (1985), das den Palästinensern jedes historische Heimatrecht absprach, Punkt für Punkt widerlegte. Und auch 1997 galt Norman Finkelstein in der Linken als Held, weil er mit seinem Text dem offenen Druck der Anti-Defamation League auf den US-Verleger nach Cambridge auswich.
Was treibt Norman Finkelstein an? Vergeltung für das doppelte Leiden seiner Eltern, lautet eine Vermutung. Der Sohn, geboren in Brooklyn 1953, widmete Maryla Husyt und Zacharias Finkelstein, die das Warschauer Getto, Maidanek und Auschwitz überlebten, eines seiner Bücher: "Möge ich niemals vergeben oder vergessen, was man ihnen angetan hat."
Alle anderen Verwandten wurden ermordet. Seine Mutter, die stets die Einzigartigkeit des Holocaust bestritt, wurde mit 3.500 Dollar Entschädigung abgespeist. Peter Novick, dessen Buch "The Holocaust in American Life" nach zehnjähriger Forschung Finkelsteins Thesen ungleich fundierter und sachlicher stützt, nennt die Polemik seines Nachahmers "Dreck", übersät mit "falschen Anschuldigungen und falschen Behauptungen". Es stimme ihn traurig, sagte ein US-Historiker, und er meide sonst das infame Wort vom "jüdischen Selbsthaß". Aber bei Norman Finkelsteins "J'accuse" ("Anklage") spreche einiges dafür.
Auf seiner eigenen Web-Seite, auf der seine Brüder Richard und Henry die volle Solidarität der Familie bekennen, dokumentiert Norman Finkelstein nicht nur zwei Jahre alte Vortragstermine. Sondern auch, obgleich des Deutschen unkundig, die Diskussion zu "Holocaust-Industrie" in Deutschland.
Die US-Debatte hat noch kaum begonnen. Omer Bartov, der das Buch, "die Ansichten eines ideologischen Fanatikers zu anderer Leute Opportunismus", als erster brillant und unzweideutig verriß, erwartet keinen Streit. Zu abstrus sei das Ganze. Raul Hilberg, einer der Autoritäten in der Holocaust-Forschung, findet einige grundsätzliche Wahrheiten in der "eher journalistischen Darstellung". Es sei richtig, daß in Amerika Israels Holocaust-Ausbeutung zensiert und Opferzahlen überschätzt würden. Und die Zahlungen der Schweizer Banken an Juden in Amerika "erscheinen mir obszön". Norman Finkelstein ist einsam, aber noch nicht allein.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x087/79) = Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus", Seite 79.

x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x167	Wieczorek, Thomas: Einigkeit und Recht und Doofheit. Warum wir längst keine Dichter und Denker mehr sind. München 2010.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x913	https://horst-koch.de/sodom-und-gomorrah-heute/ - April 2019
x923	https://www.theologe.de/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.htm - Juli 2019